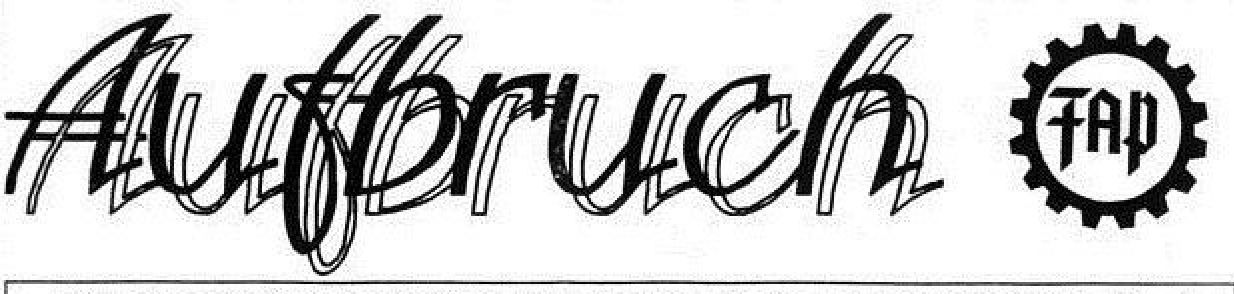


Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland
1. Jahrgang 2. Ausgabe November 1993 Preis: 1.50 DM

EG - ADE ? !

Chancen für eine deutsche Zukunft

Die Karlsruher Verfassungsrichter verhinderten mit ihrem Urteil vom 12.10.1993 (vorläufig) die "Vereinigten Staaten von Europa" und haben damit der Realisierung des von Kohl angestrebten Mega-Staates EG in weite Ferne gerückt. Mit dem Urteil haben die Richter gleichzeitig einen politischen Freiraum geschaffen, den gerade nationale Kräfte in unserem Land für ihre Vorstellungen von einer zukünftigen europäischen Neuordnung nutzen müssen, um das Grundrecht der nationalen Identität aller Völker Europas auch zukünftig vor Einwelt-Ideologen und hemmungslosen Wirtschaftsinteressen zu schützen.

Trotz des verhaltenen Jubels der Bundesregierung hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Ja-Urteil zu den Maastricht-Verträgen die zügellose Preisgabe deutscher Interessen an eine allmächtige zentralistische EG-Bürokratie vorerst eingeschränkt und somit politischen Spielraum geschaffen, den es nun zu nutzen gilt.
In einer Demokratie sollte eigentlich alle Gewalt vom Volke ausgehen. Das dem nicht so ist, hat dies Verfahren mal wieder deutlich gezeigt. Denn es ist nicht ein einziger deutscher Bürger in der Vergangenheit gefragt worden, ob er damit einverstanden sei, in Zukunft seine Identität, sein Recht auf aktive politische Mitgestaltung in seinem Land, seinen Arbeitsplatz und nicht zuletzt sein erarbeitetes Geld auf dem Altar einer nebulösen Utopie zu opfern.

Fortsetzung Seite 2

Deutscher UN-Soldat als Kanonenfutter in Kambodscha

Der erste deutsche Soldat hat im Rahmen von UNO-Einsätzen der Bundeswehr sein Leben sinnlos für eine fragwürdige Sache opfern müssen. Weitere Einsätze im Rahmen der UNO sind geplant.

Der 26 jährige Sanitätsfeldwebel Alexander Arndt ist der erste Bundeswehrsoldat, der bei einer UNO-Mission sein Leben verloren hat.
Angesichts dieses Vorfalls stellt sich wieder die Frage nach Sinn und Unsinn von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, ja, es stellt sich die grundsätzliche Frage nach dem Selbstverständnis und dem Auftrag, den eine deutsche Armee am Ende des 20. Jahrhunderts noch haben kann.
Geht es nach den Regierungsparteien, dann löst sich die Bundeswehr in den nächsten Jahren nicht nur aus Kostengründen mehr und mehr von dem disziplinierten Bild, das man im allgemeinen von einer Armee, zumindest in Deutschland, haben sollte, und tendiert hin zu einem mehr oder weniger lockeren Verband, dessen humanitäre und logistische Aufgabenzuordnung für weltweit operierende multinationale Einheiten immer deutlicher von der Politik in den Vordergrund geschoben wird.

Fortsetzung Seite 2

Deutsche Kohlekraft, die Arbeit schafft

Die deutsche Kohle soll nun endgültig auf dem Altar der EG geopfert werden, tausende deutscher Bergleute verlieren dadurch in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz, ganzen Regionen droht der Ruin

Trotz aller Proteste, die seit Jahren immer wieder die Kohleregionen in Deutschland erschüttern scheint das Schicksal des heimischen Energieträgers Nr. 1 wohl endgültig von den Bonner Eurokraten besiegelt:
Das endgültige Aus nicht nur für die Steinkohle, sondern auf für die Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland, ist nur noch eine Frage der Zeit. Zu teuer ist angeblich die heimisch geförderte Kohle im Gegensatz zu der weitaus günstigeren Auslandskohle, die nicht nur aus den Staaten der EG importiert wird, sondern auch aus den USA und sogar aus Australien.

Fortsetzung Seite 8

Inhalt

Weitere aktuelle Berichte, Hintergrundinformationen und Kommentare lesen Sie auf den folgenden Seiten !

Ja zur europäischen Eidgenossenschaft - Nein zur EG

von Seite 1

Was den Demokraten in dieser Demokratie wichtig ist, ist der Sieg bei den nächsten Wahlen und das Durchpaucken selbstgebastelter Zukunftsträume, die immer mehr den häßlichen Charakter von Dogmen annehmen. Der eigentliche Volkswille ist dann nur noch sekundär.
Und so darf sich niemand wundern, wenn die EG-Idee immer weniger Zuspruch unter der deutschen Bevölkerung findet. Denn was ist so vorteilhaft an dieser EG für uns Deutsche?

Sind es die offenen Grenzen, die es jetzt schon fast unmöglich machen dem kriminellen Unwesen internationaler Banden Einhalt zu gebieten, oder sind es die wirtschaftlichen Vorzüge, die mehr und mehr deutsche Unternehmen in den Ruin treiben, die ganze Berufsstände an den Rand des Elends bringen und die arbeitenden Menschen in das soziale Aus manövrieren ?

Was haben die deutschen Bauern von einer EG, die gigantische Anbaugebiete für Agrarprodukte oder Viehwirtschaft brachlegt, was die deutschen Bergleute und ihre Kollegen der Metallindustrie, wenn Importkohle und -stahl die heimischen Arbeitsplätze vernichten, oder was hat der deutsche Endverbraucher, wenn es demnächst ganz normal ist, mit radioaktiven Strahlen haltbares Obst und Gemüse kaufen zu dürfen, weil es die EG-Richtlinien so diktieren ?

Totes Herzstück Währungsunion

Aber dies sind Fragen die niemand hören will in Bonn, die mit aller Macht bagatellisiert und totgeschwiegen werden, die aber den Menschen heute in Deutschland unter den Nägeln brennen.
Und es stellt sich zuletzt die Frage, welchen Sinn es hat, die eigene Währung preiszugeben für eine EG-einheitliche, die nicht im entferntesten mit dem schritthalten kann, was sie eigentlich garantieren soll, nämlich Sicherheit und Stabilität.
Die Währungsunion, die dritte Stufe der Maastrichter-Verträge und deren eigentliches Herzstück ist schon heute tot.
Die geplante Verschmelzung aller europäischen Währungen zu einer Einheitswährung, da sind sich alle namhaften Ökonomen einig, hat in diesem Jahrhundert keine Chance mehr. Das europäische Wechselkurssystem, bis vor kurzem noch ein fester Wechselkursmechanismus, hat sich als untauglich erwiesen und ist aufgeflogen. Das britische Pfund und die italienische Lira stiegen schon im September 1992 aus, die deutsche Mark und der französische Franc sind nur noch locker verbunden. Damit hat nicht auch zuletzt die tiefe Rezession in vielen EG-Staaten dazu beigetragen, daß der Euro-Zug vorerst nicht planmäßig weiterfahren kann.

Und Dank des höchstrichterlichen Karlsruher Urteils wird sich dieser Zug auch nicht in absehbarer Zeit wirksam vorwärts bewegen, denn die exakten Vorgaben des Maastrichter-Vertrages, nach denen nur diejenigen Staaten an der Währungsunion teilnehmen dürfen, die eine niedrige Inflation, geringes Staatsdefizit und eine hohe Kursstabilität vorweisen können, sind für die meisten in absehbarer Zukunft unerreichbar.

Nun heißt es Rätselraten in den Chaosetagen bundesdeutscher Politik.

Wahltag ist Zahltag

Der durch das Urteil freigewordene politische Spielraum muß nun von anderer Seite genutzt werden, um noch größeren Schaden am deutschen Volk und seiner Wirtschaft zu verhindern.
Im Juni 1994 steht uns Deutschen und allen anderen Völkern Europas eine Schicksalswahl bevor, bei der sich die weitere Gestaltung der europäischen Gemeinschaft entscheiden wird.
Wir alle haben die Wahl einem EG-zentralistischen Mega-Staat unsere Identität und Existenz zu opfern oder aber für ein Europa freier Vaterländer, der freien Nationen zu stimmen um gemeinsam die großen Herausforderungen des nächsten Jahrtausends bestehen zu können, als freiwillige souveräne Partner einer Europäischen Eidgenossenschaft.

Jeder deutsche Bürger, dem das Schicksal seiner Heimat, seines Volkes und damit auch seiner Kinder mehr bedeutet, als die starren Dogmen einer gleichmacherrischen EG-Utopie kann mit seiner Stimme für Deutschland und gegen diese EG seine Zukunft mitgestalten.
Wir fordern den Austritt aus der EG und die Aufnahme von Verhandlungen zu einem europäischen Bündnis, daß die gemeinsamen kulturellen und geistigen Werte als Fundament seiner fruchtbaren Zusammenarbeit anerkennt und in dem das starre kapitalistische Dogma der Multikultur und Gleichmacherei keinen politischen Spielraum mehr hat.

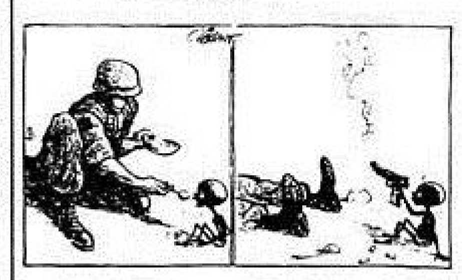
Deutsche Menschen wählen FAP !!!

Kein deutsches Blut für sinnlose UNO-Einsätze

von Seite 1

Damit wird der traditionelle Sinn und Auftrag einer Armee, nämlich in Kriesenzeiten das eigene Volk und seine Heimat gegen Angreifer zu verteidigen, verworfen und durch neue "Ideale" ersetzt, die die Bundeswehr, und mit ihr jeden einzelnen Soldaten zu Handlangern und Erfüllungsgehilfen einer imperialen und rein materialistisch ausgerichteten UNO degradiert, deren Ziel es ist, auch dem letzten Eingeborenenstamm auf dieser Erde den allseelig machenden "american way of live", wenn nötig mit Gewalt, zu lehren.
Um alle Zweifel über diese Mission auszuräumen, wird von offizieller Seite immer wieder die gesteigerte Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands für die Völkergemeinschaft und den internationalen Frieden beschworen. Militärische Einsätze aber können niemals wirklichen Frieden bringen, sie können den schwächeren nur mit Gewalt niederhalten oder ausschalten.

Welch ein reales Interesse könnte ein Volk denn haben, daß in zwei mörderischen Kriegen fast zugrunde gegangen wäre, heute seine Soldaten für fremde Machenschaften zu opfern und dabei nur den Haß der Betroffenen auf sich zu ziehen ?



Beide deutsche Armeen, die Bundeswehr und die NVA wurden in den vergangenen Jahrzehnten dazu mißbraucht, den jeweiligen Militärblöcken ihre Machtpositionen in vorderster Linie zu sichern. Nach der Wiedervereinigung gilt es für die überlebende "Westliche Wertegemeinschaft" das stärker gewordene deutsche Selbstbewußtsein noch fester zu binden und für eigene Zwecke einzusetzen. Somit wird das Grundrecht aller freier Völker und Nationen auf Unabhängigkeit auch weiterhin dem deutschen Volk entzogen, die BW wird systematisch weiter als Söldnertruppe mißbraucht.
Es bleibt nur zu hoffen, daß der Widerstand gegen solche Machenschaften innerhalb der Truppe wächst und immer mehr Soldaten sich ihres erstrangigen Zieles, nämlich den Schutz der Heimat vor **allen** imperialen Kräften bewußt werden, damit solche sinnlosen Opfer, wie das des Feldwebel A. Arndt sich nicht wiederholen !

AIDS durch verseuchte Blutimporte und Schlamperei

Hunderte Deutscher sind durch AIDS-verseuchte Blutimporte und schlampige Untersuchungen des Bundesgesundheitsministeriums zum Tode verurteilt, sind die Interessen von Politik und Pharmazeutischer Industrie wichtiger als das Leben der Menschen ?

Eine unglaubliche Schlamperei im Umgang mit Spenderblut und mangelnde Kommunikation innerhalb des Bundesgesundheitsministeriums (BGA), sowie reinen Profitinteressen einzelner Firmen ist es zu verdanken, daß sich Menschen in Not durch HIV-verseuchte Blutkonserven mit AIDS in Deutschland infizierten und damit zum Tode verurteilt wurden.
Da drängt sich die Frage auf, warum nicht schon viel früher genauere und konsequentere Untersuchungen von Spenderblut durchgeführt wurden und warum es möglich war, verseuchte Blutpräparate durch einzelne Firmen auf den Markt zu bringen.
Die AIDS-Affäre hat das Vertrauen der Bürger in das deutsche Gesundheitswesen grundlegend erschüttert. Die vom Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer angekündigten zukünftigen Maßnahmen im Umgang mit Spenderblut sind längst überfällig.
Schon vor Jahren haben nationale Kräfte immer wieder davor gewarnt, Risikogruppen, wie z.B. Drogensüchtige und Homosexuelle einfach gegen Cash zur Ader zu lassen und darüber hinaus Blutimporte aus aller Welt bei Bedarf in deutsche Adern zu pumpen. Auch die geforderte Meldepflicht für HIV-infizierte Menschen scheint nun plötzlich salonfähig, obwohl noch vor kurzem solche Vorschläge als diskriminierend und tendenziös rechtsradikal abgestemmpelt und verworfen wurden.
Was ist das für ein Gesundheitswesen, daß nicht einmal in der Lage ist, gerade in solchen sensiblen Bereichen wie AIDS, die Bevölkerung nicht nur aufzuklären, sondern sie auch vor der Infizierung in Krankenhäusern und durch die Einnahme von Blutpräparaten zu schützen ?
Wieso war und ist es noch immer möglich, daß einzelne Firmen verseuchte Präparat vertreiben können, ohne daß der Staat seiner Vorsorgepflicht nachkommt und die einzelnen Präparat vorher überprüft ?
Hier offenbart sich nicht nur Unfähigkeit, sondern der schlimme Verdacht einer Korruption innerhalb der verantwortlichen Behörden. Die Pharmaindustrie zahlt gut, das ist allgemein bekannt.
Wenigstens kann man dem Herrn Seehofer eine gewisse Konsequenz als verantwortlichen Politiker in dieser Sache bescheinigen. Denn seine Forderungen nach einer Importsperre von Blutpräparaten und die von ihm erwägte Meldepflicht für alle AIDS-Infizierungen und -Erkrankungen tragen in der heutigen Gesellschaft nicht gerade zu seiner Popularität bei. Aber dies darf noch nicht alles bleiben, schließlich gilt es den Sumpf der pharmazeutischen Korruptionsmafia schnellstmöglich und ohne politische Rücksichten trocken zu legen und die Verantwortlichen härtester Strafen zu zuführen. Entschädigungen für die Opfer alleine reichen nicht aus, es ist höchste Zeit langfristig abschreckende präventive Maßnahmen zu ergreifen um solchen Machenschaften den Boden zu entziehen.
Der Bundesärztekammerpräsident Karsten Vilmar hat sich inzwischen gegen eine Meldepflicht für HIV-Infizierte ausgesprochen.
Es ist zu hoffen, daß sich der Minister als ein Mann mit politischen Rückgrat erweist und damit weitere Menschen vor Schaden bewahren kann. Politiker mit Rückgrat aber sind in dieser Demokratie nicht gefragt.
Und so ist zu befürchten, daß sich die Angelegenheit irgendwann, nach Untersuchungsausschüssen, endlosen Debatten und Streitereien, im Sande verläuft. So, wie es allgemein üblich ist in diesem Staate, wenn es um wirklich wichtige Dinge geht.
Schließlich zählen Profit und und Macht mehr, als ein paar lumpige Menschenleben . . . !

Bundesdeutsche Unternehmen unterstützen Kommunisten der DKP

Firmen halfen Westkommunisten im Wahlkampf
Gemeinsame Front von Kapital und Kommunismus gegen die Freiheit und Interessen des deutschen Volkes

Wie erst jüngst bekannt wurde, haben westdeutsche und europäische Firmen die DKP massiv mit Spendengeldern in ihren Wahlkämpfen unterstützt. So erhielt sie beispielsweise zur Finanzierung des Bundestagswahlkampfes 1976 im März/April mehr als 630 000 Mark Spendengelder von teilweise bekannten westlichen Firmen.
Beteiligt an dieser "edlen" Spendenaktion waren unter anderen die Firmen:

Salamander mit 10 000 DM,
der Schokoladenproduzent Stollwerck mit 5 000 DM,
Neckermann mit 1 000 DM,
Underberg mit 4 000 DM,
Ferrero mit 5 000 DM,
Solfix (Schweiz) mit 11 000 DM,
Amoko (Holland) mit 50 000 DM,
Klawitter (Schweiz) mit 300 000 DM,
Lewis (USA) mit 5 200 DM,
Reckmann mit 10 000 DM,
Reynolds mit 3 000 DM,
Klein mit 15 000 DM,
etc.

Diese unselige Spendenliste ließe sich noch über einige Seiten weiterführen, der Platz in dieser Zeitung alleine ist zu schade dazu.
Aber hier wird deutlich, welch eine gefährliche Allianz inzwischen in diesem Staat herrscht, wie man mit allen Mitteln versucht politische und wirtschaftliche Interessen selbst über weltanschauliche Grenzen hinweg zu verknüpfen, um gemeinsam gegen die Lebensinteresse des deutschen Volkes zu arbeiten. Denn die DKP war der westliche Ableger des SED-Regimes, deren oberstes Interesse natürlich die dauerhafte widernatürliche Spaltung Deutschlands war und ist.
Die lächerliche These, das nationale Parteien vom Kapital unterstützt würden, haben die Kommunisten nun selber widerlegt, sie selber sind die eigentlichen Nutznießer. Man braucht sich nur einmal das Parteivermögen der PDS anschauen; kapitalistischer geht es wohl kaum noch.
Es wird höchste Zeit, daß eine nationale politische Kraft diesen gemeingefährlichen Machenschaften ein Ende setzt und den Menschen in Deutschland wieder eine soziale Perspektive schafft.
Das Parteivermögen der PDS z.B. wäre ein Anfang zur Wiedergutmachung der durch ihre Vorgänger gemachte Verbrechen an den mitteldeutschen Menschen und der geschundenen Natur !!!

Hauptstadt Berlin

Was ist deutsch, was ist wahr

Umerziehungsaktion zur Multikultur in Berlin

Ausländerbeauftragte der Stadt startet Propagandaoffensive gegen nationales Selbstwertgefühl aller Deutschen

Die Ausländerbeauftragte der Stadt Berlin, **Barbara John**, zeigt seit einigen Wochen wieder, wie wenig ihr das deutsche Volk bedeutet.
Mit einer groß angelegten Kampagne wirbt sie seit geraumer Zeit auf großen Plakaten, vor allem in den U-Bahnhöfen der Stadt für eine kulturnivellierende Multikultur.
Unter der Schrift "Was ist deutsch ?" findet der Leser eine Vielzahl kleiner Sätze, die alle mit einem Fragezeichen enden, wie z.B. die Frage: "Sind Deutsche sauberer als Ausländer ?" oder "Ausländer nehmen die Arbeitsplätze weg ?"
Die geschickte Wortwahl und die Fragestellung sollen beim Leser die Überzeugung wecken, daß sich alles schnell ändern kann, daß es keine feststehenden nationalen und kulturelle Werte gibt, die ihre natürliche Gültigkeit nicht verlieren. Somit wird assoziiert, daß alle Menschen gleich seien und natürliche Unterschiede keine Rolle spielen.
Nun haben auch andere Überfremdungsapostel auf die Aktion reagiert und versuchen es Frau John gleichzutun, so die Stadt Solingen, die die deutschfeindliche Propagandaoffensive gleich übernahm. Auch an Schulen wird nun heftig weiter gehetzt, schließlich liefert die Stadt ja die Munition zur "Bildung in Sachen Multikultur".
Frau John hat nun angekündigt, daß der "erfolgreichen" Aktion eine weitere folgen werde unter dem Titel: "Was ist morgen ?"
Die Menschen sollten sich Gedanken machen und in die Zukunft schauen, so Frau John. Nur so könne das Zusammenleben unterschiedlicher Nationalitäten funktionieren.
Sie ruft alle Berliner auf, ihre Gedanken zu diesem Thema aufzuschreiben und an die **Ausländerbeauftragte des Senats, Potsdamer Straße 65, in 10785 Berlin** zu schicken oder per **Fax: 030-2625407** zu übermitteln.
Frau John möchte mit der neuen Aktion der Stadt "auf unspektakuläre Art ein Gesicht geben," genauer, die häßliche Fratze der Überfremdung und Multikultur soll endgültig über Deutschlands Hauptstadt triumphieren.



Es liegt nun wesentlich an uns deutschen Menschen, die ihren Glauben an eine eigene starke Zukunft noch nicht verloren haben, der Frau John und allen anderen Überfremdungsfanatikern deutlich unsere Meinung kund zu tun und **politische** Gegengewichte zu schaffen.

Schreibt und faxt alle Eure Wut und Euren Haß über solche Widerwärtigkeit gegen das eigene Volk hundertfach an die Ausländerbeauftragte !!!

Wir lassen uns unsere Heimat, unsere Kultur und unser Volk nicht einfach widerstandslos zerstören.
Wir wehren uns !!!

Deutsche machen mit, in der FAP !

Nebenverdienste Berliner Politiker

Die Verfilzung von Politik und Wirtschaft am Beispiel Berliner Politiker

Politiker sein in diesem Staat ist ein lukrativer Job, ohne viel Verantwortung, jeder Menge Kohle, und wenn mal was daneben geht, dann wechselt man einfach das Ressort.
Diese Weisheiten werden durch das Beispiel einiger Berliner Politiker wieder einmal bestätigt. Ein Berliner Senator verdient jährlich ca. 210 000 DM brutto, ein Staatssekretär etwa 148 000 DM. Die meisten Spitzenpolitiker kassieren nebenbei noch ein nettes Zusatzsümmchen, z.B. als Aufsichtsrat, als Berater, Gesellschafter etc. Der Fiskus erhält aber nur seinen Anteil, bei Beamten der Gehaltsstufe B6 beispielsweise, wenn die jährlichen Nebeneinkünfte 12 000 DM übersteigen.
Wirtschaftssenator Norbert Meisner (SPD) ist in Berlin absolute Spitze. Als Aufsichtsrat bei Banken mit Landesbeteiligung, der Flughafenholding und einer Lebensversicherung verdient er zu seinem Senatorengehalt rund 30 000 DM jährlich dazu.
Bau-Staatssekretär Frank Bielka (SPD) ist Aufsichtsrat in zehn (!) Wohnungsbauunternehmen und erhält für alle Mandate sein fettes Entgeld.
Da ein Krähe der anderen bekanntlich kein Auge aushackt, nimmt Innensenator Dieter Heckelmann seine "Kollegen" in Schutz. Er habe dies nicht zu beanstanden, da Aufsichtsratssitze ein "höchstpersönliches Mandat mit persönlicher Verantwortung darstellen."
Recht hat er, der Herr Heckelmann. Die gleichzeitigen Sesselinhaber in Parlament und Wirtschaft tragen die Verantwortung für die desolate Wirtschafts- und besonders der Wohnungsnotpolitik. Und genau zu dieser Verantwortung müssen sie gezogen werden, alleine in Berlin müssen 20 000 Menschen auf den Straßen dahin vegetieren, weil es die korrupte Kapital- und Politmafia so will. Wohnungen stehen leer, sie sind für immer mehr ehrlich arbeitende Menschen unbezahlbar geworden. Dank der von ihnen gewählten Volksvertretern in den Aufsichtsräten gewisser Firmen.
Wir fordern die strikte Trennung von Wirtschaft und Politik. Wer sich durch solche Machenschaften am deutschen Volk persönlich bereichert, gehört nicht in die Parlamente, sondern ins Zuchthaus!

Hauptstadt Berlin

Berliner Justizsenatorin will Türken als Richter

Auch Schmerzensgeld für Ausländer wegen verletzter Gefühle gefordert

Einen weiteren Vorstoß in Richtung Multikultur unternahm jüngst die Berliner Justizsenatorin Jutta Limbach (SPD).
Sie sprach sich dafür aus, Ausländern auch bei Führungspositionen im Öffentlichen Dienst gleiche Chancen einzuräumen wie Deutschen. So sei sie dafür, daß beispielsweise auch Türken Richter werden könnten.
Ebenfalls müsse man erwägen, diskriminierten Ausländern in Deutschland einen Anspruch auf Schmerzensgeld gesetzlich zuzubilligen.

Nun muß man sich als normal denkender deutscher Mensch fragen was im Hirn dieser Frau vorgeht und wie es überhaupt möglich ist, solch eine Person als Politikerin im Amt zu lassen. Man muß sich das einmal in letzter Konsequenz vorstellen was Frau Limbach da vorschwebt.
Nicht nur, daß Neger und sonstige kulturfremde Menschen dann in Polizeiuniform dem deutschen Bürger Weisungen im eigenen Land erteilen dürfen, und natürlich als willfährige Prügeltruppe gegen die nationale Interessenvertretung auf den Straßen dienen; man wird auch noch von einem Ausländer verurteilt, der sich als Richter natürlichermaßen nicht für die Interessen des deutschen Menschen einsetzen wird, sondern Kraft seines Amtes jede irgendwie nationlorientierte Bestrebung kriminalisieren und Einzelpersonen drakonisch bestrafen wird. Kein deutscher Bürger würde dann auch nur den Hauch einer Chance haben, gerecht behandelt zu werden.
Wie pervertiert die Denkstrukturen unserer "demokratischen Volksvertreter" schon sind wird an dieser Zukunftsvision der Berliner Justizsenatorin mehr als deutlich !!!

Wir meinen, wenn es tatsächlich soweit kommen sollte, und der "freiheitlichste Staat, den es je auf deutschem Boden gab" mit solchen Mitteln das eigene Volk unterjochen will, dann hat jeder anständige deutsche Mensch die Pflicht, mit allen Mitteln, um unserer Zukunft und der unserer Kinder willen, sich dagegen zu wehren !!!

Ausländer quasi als Söldner für die Staatsmacht gegen das eigene Volk einzusetzen, bedeutet nichts anderes, als dem eigenen Volk den Krieg erklären !!!

Impressum

Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen.

Herausgeber:
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin
V.I.S.d.P.: Michael Dräger

Auflage November: 1000 Exemplare

Für namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel), sowie für irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung.



Guardian Angels nun auch in Berlin

Multinationale Jugendorganisation will für mehr Sicherheit in Berlin sorgen

Rund 100 Jugendliche im Alter von 16 bis 22 Jahren sind seit dem 10. Januar als "Samariter der U- und S-Bahn " in Berlin tätig.
Die aus 19 (!) Nationalitäten zusammengesetzte Truppe versteht sich als "Menschenrechtsorganisation, die gegen Rassismus und Sexismus kämpft."



Angesichts dieser Tatsachen kann man sich vorstellen, wie sehr sich diese selbsternannten Gerechtigkeitsengel einsetzen, wenn sich deutsche Menschen den ständigen Übergriffen durch ausländische Banden in dieser Stadt erwehren müssen.
Trotz der Bedenken des Innensenators und des Polizeipräsidenten, stößt das Konzept der Guardian Angels bei Jugendsenator Krüger (SPD) auf Wohlwollen. Er sieht in dieser Vereinigung die Praktizierung von Zivilcourage.
Bei den Berliner Verkehrsbetrieben sind die Angels bislang nur geduldet.
Für jedermann zu erkennen sind sie an den einheitlich rot-weißen Jacken, den weißen T-Shirts mit roter Aufschrift und an den roten Baretts mit Abzeichen.

Neben den täglichen Belästigungen durch bettelnde und freche ausländischen Mitbürger und anarchistischen Elementen kommt nun noch eine weitere für die Berliner hinzu:
Eine uniformierte, trainierte multikulturelle Jugendbande, die immer dann einschreitet, wenn sie es nach ihrer Meinung für gerechtfertigt hält. Wann dies der Fall ist, dürfte nach ihrer eigenen Wesensdefinition klar sein.

Da ist es jetzt an der Zeit noch mehr Zivilcourage zu zeigen und eine deutsche Schutztruppe zu organisieren, die die einheimische Bevölkerung vor der multi-kulti Truppe schützt.
Als Alternative für die Berliner, die dort nicht mitmachen möchten, bietet sich auch die aktive politische Arbeit in der FAP an.
Wir wollen nämlich solchem Unwesen Einhalt gebieten und dafür sorgen, daß Senatoren sich für Recht und Gesetz einzusetzen haben, besonders dann, wenn es um die Sicherheit der deutschen Menschen geht !!!
Schließlich aber bleibt für die unentschlossenen noch die Möglichkeit, im kommenden Jahr ihre Stimme der FAP bei allen Wahlen zu geben.

Eine deutsche Partei setzt sich auch zuerst für deutsche Menschen ein !

Wählt FAP

Hauptstadt Berlin

Fast 32 000 Kinder in Berlin leben von der Sozialhilfe

Deutschlands Jugend ohne Zukunft

Immer mehr Kinder in Deutschland leben von der Sozialhilfe, alleine in Berlin sind es nach offiziellen Schätzungen fast 32 000, die Tendenz ist stark steigend.
Wenn die Sparpläne der Bundesregierung realisiert werden, dann tritt eine zusätzliche Verschärfung der Situation ein.
Die Auswirkungen auf die Zukunft der Kinder sind katastrophal. Viele können nicht mehr in Sport- und Freizeitvereinen aktiv sein, da die Beiträge nicht zu finanzieren sind. Besuche in Tierparks, Kinos, Schwimmbäder oder aber die Teilnahme an einer Klassenfahrt fallen aus, da die Eltern dafür kein Geld haben.
Leistungsschwächen in der Schule können nicht behoben werden, da Nachhilfeunterricht Geld kostet und privater Unterricht vom Sozialamt nicht gezahlt wird. Somit werden Begabungen nicht erkannt, den Kindern die Aussicht auf eine berufliche und persönliche Zukunft genommen.
Hinzu kommt der Abstieg in das Umfeld der Kriminalität. Was bleibt denn anderes übrig, als sich auf den Straßen herum zu treiben und die Gelegenheiten zu nutzen zu etwas Geld zu kommen, um sich auch mal etwas kaufen zu können ?
Was ist das nur für eine demokratische Gesellschaft, die sinnlos Miliardensummen an Entwicklungshilfe und sinnlosen Bundeswehreinsätzen verpulvert und die eigene Jugend auf den Straßen verkommen läst ?

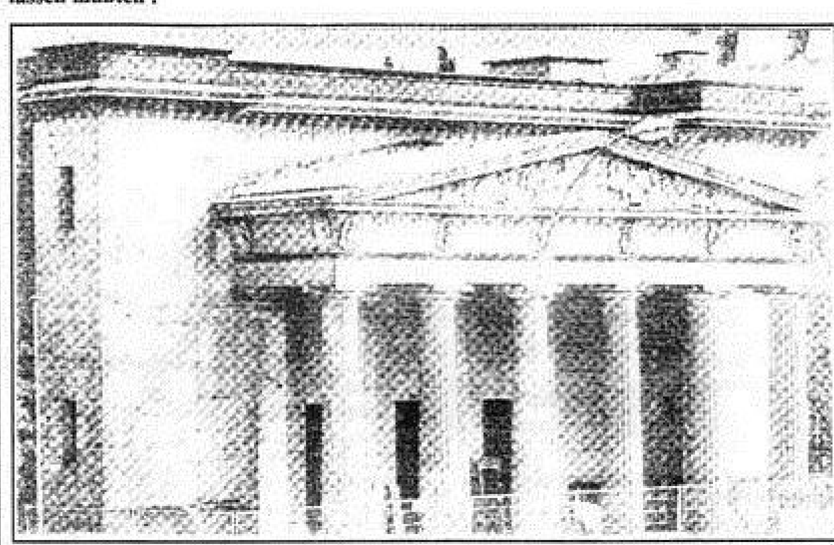
Wir fordern den Einsatz aller erdenklichen Mittel seitens des Staates zur Sicherung der sozialen und menschlichen Entwicklung der deutschen Kinder !

Deutsches Geld zuerst für deutsche Menschen !

Streit um die Neue Wache in Berlin

Gedänkstätte wird genutzt, um das deutsche Volk und seine Toten auch weiterhin zu erniedrigen

Die Neue Wache Unter den Linden ist aus nationaler Sicht ein Mahnmal, das alleine dem deutschen Volk gehört und in dem den Milionen toter deutscher Soldaten und Zivilisten gedacht werden sollte, die in zwei mörderischen Weltkriegen ihr Leben lassen mußten !



Die Schinkelsche Neue Wache zu Berlin-Mitte Unter den Linden

In wenigen Tagen aber wird dort die "Zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" eingerichtet, geschmückt nicht nur von einer Käthe-Kollwitz-Skulptur, sondern erwähnt werden auch die Opfergruppen, die während des 3. Reiches verfolgt und ermordet worden sein sollen.
Grundsätzlich kann jedem gebrachten Opfer gedacht werden und es wird bestimmt auch niemand etwas dagegen haben, wenn es in Deutschland neben einem Holocaust-Denkmal auch ein Denkmal für die Verfolgten und ermordeten Palästinenser der letzten Jahrzehnte geben würde; die Alte Wache Unter den Linden im Herzen Berlins aber ist der zentrale Ort, indem den deutschen Opfern gedacht werden muß, und zwar nur den deutschen.
Denn es ist eine Frage des Selbstverständnises gegenüber seinem Volk, ob man alle Toten in einen "Topf" wirft und somit quasi jeden Meschen gleichermaßen ehrt, oder aber die wirklich dargebrachten Opferleistungen nach Volkszugehörigkeit und Umständen differenziert und angemessen gedacht wird.
Gewiß, im Tode sind sich die Menschen wohl gleich, für die lebenden aber verkörpern sie Eigenschaften, die man nicht gleichmachen kann, auch nicht per Gesetz !

Kein Platz für Kriegsflüchtlinge aus dem ehm. Jugoslawien in Berlin. Kapazitäten durch Asylschmarotzer aus aller Welt belegt

Gewiß ist es traurig, wenn Menschen vor heimatlichen Bürgerkriegen flüchten müssen. Und jeder Deutsche wird diesen Menschen auch Schutz für die Dauer des Krieges hier bei uns gewähren, wenn sie uns darum bitten. Dann aber ist es auch nötig, das ausreichend Platz vorhanden ist, diese Menschen befristet unterzubringen. In Berlin jedenfalls hat man arge Schwierigkeiten Kriegsflüchtlingen aus dem ehem. Jugoslawien ein Dach über dem Kopf zu verschaffen, da die vorhandenen Kapazitäten vorwiegend mit Asylschmarotzern belegt sind, die in ihrer Heimat höchstens einen knurrenden Magen zu befürchten haben. Deshalb setzt sich die FAP für eine gerechte Asylpolitik ein. Wer wirklich in Not ist, findet bei uns für diese Dauer auch Schutz. Wer sich nur auf unsere Kosten ein besseres Leben gestalten will, hat in Deutschland nichts zu suchen und muß umgehend abgeschoben werden.

Deutschland ist kein Einwanderungsland !!!

Asylschmarotzer raus !!!

STOP - keine doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer

Nach Angaben des "Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft" ist am 21. Oktober in Berlin die einmillionste Unterschrift für den Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft für Ausländer geleistet worden, von dem 18 jährigen Yves Seigel aus Schöneberg.

Als Reaktion auf Brandanschläge, bei denen in den vergangenen Monaten ausländische Menschen umkamen, wurde neben der staatlichen Verfolgungswelle andersdenkender auch das abstruse Gedankenspiel der doppelten Staatsbürgerschaft als Allheilmittel gegen Ausländerfeindlichkeit von einigen Politikern in die öffentliche Diskussion gebracht. Die besonders fortschrittlichen schlauen Geister des "Bündnis 90/Grüne" griffen geschwind die Idee auf und iniziierten eine Unterschriftensammelaktion mit dem Ziel, mindestens eine Million Unterschriften der Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) zu übergeben, um eine Bundestagsentscheidung zur Novellierung des Einbürgerungsrechts für Ausländer zu erreichen.
Wie seinerzeit der einmillionste Gastarbeiter, wurde auch der einmillionste Unterzeichner mit einem Mopet belohnt, das Gefährt wurde von der taz gestifftet.
Nun stellt sich die Frage, ob es tatsächlich eine große Mehrheit innerhalb der deutschen Bevölkerung gibt, die für die Einführung solch einer doppelten Staatsbürgerschaft sind, oder ob es sich wieder einmal um eine Augenwischerei größeren Ausmaßes handelt, für die die roten und grünen Genossen ja sattsam bekannt sind.
Es scheint wohl sehr wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der Unterzeichner hier lebende Ausländer der zweiten und dritten Generation sind, denen solch eine Regelung der Staatsangehörigkeit natürlich sehr gelegen kommt. Die restlichen Unterzeichner werden wohl die Kameraden aus der linken Ecke sein, die ebenfalls dafür bekannt sind, ihre eigenen persönlichen Komplexe an ihrer Volkszugehörigkeit festzumachen. Wen wundert es dann, daß tatsächlich die Million Unterschriften zusammen gekommen sind, viel mehr aber dürften es auch nicht werden.
Anhand dieser Aktion aber zeigt sich, wie gefährlich das volkszerstörende Potential in diesem Staate ist. Denn die Realisierung ihrer Forderung würde bedeuten, daß natürlich auch Ausländer hier alle Vorzüge eines Staatsbürgers genießen, und ebenfalls auch in ihrem Heimatstaat. Die daraus resultierenden Konflikte aber sind unüberschaubar. Wie soll sich der Mensch beispielsweise verhalten, wenn er zum Wehrdienst eingezogen wird, oder aber er von einem Gericht in einem der beiden Staaten rechtskräftig verurteilt wird.
Man braucht nicht erst genauer hinsehen um zu erkennen, wie dumm solch ein Vorhaben ist. Unverständlich bleibt in diesem Zusammenhang auch die Forderung der evangelischen Kirche, bzw einer ihrer hochrangigen Vertreter, nach Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft. Der berlin-brandenburgische Bischof Martin Kruse forderte dies in einer Predigt während eines ökomenischen Gottesdienstes aus Anlaß der Eröffnung der "Woche der ausländischen Mitbürger." Das sich jeder denkende deutsche Mensch von solchen Äußerungen abgestoßen fühlt ist völlig normal. Da braucht sich die Kirche auch nicht über die ständig steigenden Austrittszahlen zu wundern.
Eine doppelte Staatsbürgerschaft ist wohl das ungeeignetste Mittel ein ausländerfeindliches Klima in Deutschland zu bekämpfen, ebenso sinnlose Parteienverbote.
Die Ursachen liegen sehr viel tiefer, nämlich daß man von seiten der demokratischen Politiker aus Gastarbeitern Einwanderer machen will, die betroffenen Ausländer und Deutsche werden dabei erst gar nicht gefragt, und daß über Jahrzehnte mit dem liberalsten Asylgesetz der Welt schamlos Schindluder getrieben wurde, der Staat nichts dagegen unternahm und die finanzielle Last alleine auf die Schultern der arbeitenden deutschen Bevölkerung abgewälzt wurde, statt sie der deutschen Großindustrie, die ja aus Profitgründen mit dem maßlosen Anwerben von Gastarbeitern begonnen hat, in Rechnung zu stellen.

Es wird sich eine Initiative finden, die sammelt dann zehn Millionen Unterschriften gegen die Überfremdung Deutschlands und gegen seine unfähigen "demokratischen" Politiker. Und solange sie nur Unterschriften sammelt, haben gewisse Kreise in diesem Staat noch Glück ...!

Der Bundespräsident muß vom Volk direkt gewählt werden können

Große Mehrheit aller Deutschen ist gegen unwürdige Parteienstreite bei der Wahl des höchsten deutschen Amtes

Alle Jahre wieder beginnt die entwürdigende und für dieses System symptomatische Diskussion über den besten Kandidaten für das höchste Staatsamt. Gewählt wird dann in der Bundesversammlung, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die aber der zu wählende Präsident vertreten wird.
Da ist es nur recht, wenn diese Person auch direkt vom Volke gewählt werden könnte. Solch eine Möglichkeit sieht das Grundgesetz aber nicht vor. Aus gutem Grund, denn man stelle sich einmal vor, das Volk würde einen national denkenden Menschen als seinen Repräsentanten wählen, nicht auszudenken. Und aus diesem Grunde wählen die Parteienvertreter ihren Kandidaten lieber selber, mit der Gewißheit, daß alles auch ja mit "rechten" Dingen zu geht.
Zu diesem Thema hat die Berliner Zeitung, eine große Tageszeitung in Berlin, kürzlich eine Umfrage gestartet, deren Ergebnis war, daß 97 % (!) lieber direkt den Bundespräsidenten wählen würden.
Auch einige Berliner Politiker, so z.B. der Jugendsenator Thomas Krüger (SPD) haben sich für eine Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk ausgesprochen. Solch eine Entscheidung könne "ein Stück Selbstreinigung der Gesellschaft sein," meinte Krüger.
Hier hat er vollkommen recht, was die Selbstreinigung angeht, denn es wird höchste Zeit, daß der Bonner Politstall mal gründlich ausgemißtet wird !

Die Stadt Potsdam hat sich gegen die heimische Braunkohle und damit gegen die heimische Bevölkerung entschieden

Mit dem deutlichen Nein der Stadt Potsdam ist wieder ein Stück Hoffnung der Lausitzer Kumpel verloren. Alle Proteste, alle Mahnwachen und Demonstrationen haben nicht geholfen. Das Geld der Stadt ist wichtiger als die Existenz hunderttausender deutscher Menschen in Mitteldeutschland. Importiertes Erdgas ist eben billiger. Vor dieser Entscheidung stehen in nächster Zeit noch 32 Städte in Brandenburg. Das Nein der Landeshauptstadt läst schlimmes befürchten.

Aber nicht nur die mitteldeutschen Kumpel kämpfen ums Überleben, die gesamte deutsche Kohle droht unter dem internationalen Preisdruck zu zerbröckeln. Dadurch droht ganzen Regionen in den nächsten Jahren der wirtschaftliche Kollaps, denn keine noch so forcierte Investitionspolitik kann innerhalb weniger Jahre die freigesetzten Arbeitskräfte umschulen und sie wieder in Lohn und Brot bringen. Hinzu kommt das unsägliche menschliche Leid vieler betroffener. Wenn man älter als Mitte vierzig ist, bekommt man heute kaum noch Arbeit, schon gar nicht in wirtschaftlich schwachen Regionen wie etwa hier in Mitteldeutschland.

Etwas positives hat die trostlose Situation dann doch: Deutlich konnten und können die deutschen Arbeiter nun sehen, wieviel ihre Herren Gewerkschafter und Parteivertreter eigentlich taugen, nämlich nichts. Die haben alle schön klein beigegeben, mit dem großen Geld legt man sich lieber nicht an. Und die jeweilige Parteidisziplien wurde auch gewahrt, schließlich will man ja weiter kommen, die Lebensinteressen der Arbeiter sind dann egal.

Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß die Lebensinteressen der arbeitenden deutschen Menschen immer an erster Stelle des Staates zu stehen haben, und daß es ein Verbrechen ist, tausende Familien einfach ins soziale Nichts zu entlassen, nur weil man billiger ausländische Energiequellen nützen kann; ganz zu schweigen von der Abhängigkeit in die man sich begibt.

Wir fordern den Erhalt der Kohleförderung in Deutschland und endlich die gesetzliche Verpflichtung der Großindustrie, statt im Ausland hier in Mitteldeutschland zu investieren um deutschen Menschen wieder Lohn, Brot und Zukunft zu geben !

Ein Freispruch und seine Folgen

Die antideutsche Justiz erleidet Niederlage in Sachsenhausen und das Recht siegt

Der Freispruch im Prozeß gegen zwei Jugendliche, die beschuldigt wurden, die KZ-Gedenkstätte in Sachsenhausen durch einen Brandanschlag schwer beschädigt zu haben, schlägt Wellen. Denn hier ist etwas sehr seltenes in diesem Staate passiert, nämlich ein längst gefälltes politisches Urteil wurde vom Gericht nicht in ein juristisches umgewandelt, zumal es sich um einen Brandanschlag auf ein ehemaliges Konzentrationslager durch zwei, sog. Rechtsradikale handelt.

Die fast hysterischen Reaktionen sind typisch:

Brandenburgs CDU-Generalsekretär Thomas Klein forderte Justizminister Hans Otto Bräutigam auf, die Revision gegen diesen Freispruch vor dem Bundesgerichtshof zur Chefsache zu machen. Und besagter Herr Justizminister äußerte sich eindeutig: "Auch ich hätte mir gewünscht, daß die Aufklärung dieses schwerwiegenden antisemitischen Vorfalls mit der erforderlichen Priorität, Konzentration und Entschiedenheit durchgeführt worden wäre," was soviel heist, daß das Gericht die zwei Angeklagten hätte verurteilen müssen, egal ob die Schuld einwandfrei nachzuweisen ist oder nicht. Es zählt ersteinmal der Erfolg vor dem Ausland.

Gerüchte über eventuelle personelle Konsequenzen wurden vom Sprecher der Potsdamer Staatsanwaltschaft **Bernd Leu** als "Quatsch" abgewiesen. Leu ist auch zugleich Leiter der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft, die sich von Hakenkreuzverziehrungen bis hin zu Angriffen auf Asylantenheime mit Delikten mit ideologischem Hintergrund beschäftigt. Auch der Anklagevertreter in dem besagten Prozeß, Herr **Uwe Picard**, kommt aus dieser Abteilung.

Interessant ist es, daß es überhaupt eine politische Abteilung der Staatsanwaltschaft gibt, da wir doch alle in einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat leben, der die freie individuelle Meinungsäußerung grundgesetzlich garantiert ...

Nun bleibt nur zu hoffen, daß auch die Angeklagten der anderen Prozesse im Zusammenhang mit Brandanschlägen einen gerechten Richter finden, der ihnen auch die Gelegenheit einräumt die Unschuld zu beweisen. Solche Richter sind heute nur noch sehr, sehr selten im Amt anzutreffen. Wohl dem, der dieses Glück hat !



Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland
2. Jahrgang 4. Ausgabe Januar 1994 Preis: 1,50 DM

Demokratieverständnis in Brandenburg

Die Bundesrepublik auf dem Weg zum Überwachungsstaat ?

1,1 Millionen erstellte polizeiliche Führungszeugnisse über deutsche Bürger war klarer Verstoß gegen den Datenschutz, Innenminister Alwin Ziel als Vorreiter der systematischen Aushöhlung weiterer Grundrechte

Mit der Massenüberprüfung von 1,1 Millionen Brandenburger Bürgern anläßlich der Kommunalwahlen, hat der Innenminister des Landes, Alwin Ziel (SPD), erneut seine "demokratische" Gesinnung eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Eigentlich sollten über alle 1,9 Millionen wahlberechtigten Bürger polizeiliche Führungszeugnisse beim Bundeszentralregister angefordert werden, das der Bundesanwaltschaft untersteht.

Mit dieser Anweisung hat das Landesinnenministerium, und als dessen verantwortlicher Leiter, der Innenminister, eindeutig gegen das Bundeszentralregistergesetz und gegen das Datenschutzgesetz vorsätzlich verstoßen.

Natürlich weist der saubere Herr Ziel jegliche Verantwortung von sich und hat dafür den Kopf seines Landeswahlleiters Hoffmann politisch rollen lassen. Angeblich habe er von dem unrechtmäßigen Datentransfer nichts gewußt.

Fortsetzung Seite 2

Deutschland, armes Vaterland

Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, neue Armut

Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland hat Ende Dezember ihren höchsten Stand seit 1945 erreicht.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit erreichte die Arbeitslosenzahl die neue Rekordmarke von offiziell 3,7 Millionen Menschen. Rechnet man die Menschen, die von Sozialhilfe leben müssen hinzu, so kommt man auf fast 8 Millionen Menschen, die ohne Arbeit ihr Dasein in diesem Staat fristen müssen, wobei die Menschen in Mitteldeutschland prozentual viel stärker betroffen sind.

Alleine in Mitteldeutschland lebten 1993 rund 687 000 Menschen von der Sozialhilfe, in Westdeutschland über 4 Millionen. Über 7,5 Prozent der Bevölkerung in West-, und fast 15 Prozent in Mitteldeutschland müssen von weniger als 806 DM monatlich ihr Leben bestreiten.

Und es kommt noch schlimmer. Für das laufende Jahr erwartet das Bundeswirtschaftsministerium mindestens eine Million zusätzlicher Arbeitslose.

Fortsetzung Seite 2

Medienmacht und Dummheit

Massenhysterie nach Hakenkreuz von Halle - Wie dumm sind die Bundesbürger eigentlich

Wieder einmal haben einige tausend Bundesbürger in eindrucksvoller Weise vor aller Welt ihre leichte Manipulierbarkeit durch die offizielle Politik und deren Massenmedien demonstriert.

Grund- und Persönlichkeitsrechte sollen weiter ausgehöhlt werden - Massenüberprüfung künftig bei jeder Wahl möglich

Von Seite 1
Wieder einmal nimmt das Land Brandenburg eine unrühmliche Vorreiterrolle was das systematische Aushöhlen der Grundrechte angeht wahr.
Und scheinbar trifft das politische Treiben des Herrn Ziel in Bonn auf wohlgefällige Resonanz, überlegen doch nun auch schon andere Bundesländer, ob man nicht in Zukunft generell vor anstehenden Wahlen von allen Wahlberechtigten ein polizeiliches Führungszeugnis anfordern könnte. Dies mache es doch für die Behörden einfacher, Bürger herauszufiltern, denen beispielsweise das Wahlrecht wegen schweren Straftaten entzogen worden sei. Bislang fehlte nur die gesetzliche Grundlage für solche "rechtsstaatlichen" Maßnahmen.
Das "Beispiel Brandenburg" macht die Runde in Bonn, und schon wird an einem entsprechenden Gesetzentwurf gearbeitet, um das Grundrecht auf Daten- und Persönlichkeitsschutz auszuhebeln.
Denn man muß sich fragen, was mit den erstellten Führungszeugnissen bei den Behörden passiert, wer darin Einblick hat und wozu sie mißbraucht werden könnten.
Wo die 1,1 Millionen angeforderten Führungszeugnisse in Brandenburg geblieben sind, weiß bislang jedenfalls kein Mensch.
Ein weiterer Vorteil liegt mit solch einem Gesetz für diesen Staat auf der Hand, nämlich bekannte, mißliebige oppositionelle Wähler und Kandidaten von vornherein von dem politischen Willensbildungsprozeß auszuschließen.
Auch darf sich dann in Zukunft niemand mehr wundern, wenn eine berufliche Karriere oder das ein oder andere Geschäft plötzlich nicht mehr so richtig läuft. Denn für Geld ist in diesem Staat alles zu haben, selbst polizeiliche Führungszeugnisse von "interessanten" Bürgern für "interessierte" Kreise... !



Dem Staat ist nichts mehr heilig - Lebensversicherungen und angesparte Kleinvermögen können die Unterstützung kosten

Während Milliarden DM deutscher Steuergelder von diesem Staat in alle Welt verschleudert werden, müssen die von Arbeitslosigkeit betroffenen deutschen Menschen weitere tiefe finanzielle Einschnitte hinnehmen. Selbst Lebensversicherungen und angesparte Kleinvermögen sind vor dem Zugriff des Staates nicht mehr sicher.

Die Unverschämtheit, mit der das Bonner System den deutschen Menschen zur Kasse bittet scheint grenzenlos zu sein. Ab Januar 1994 nämlich erhalten Arbeitslose nicht nur weniger Geld, sondern können obendrein auch noch im Laufe des Arbeitslebens mühsam ersparte Groschen, die nicht selten als ein Zubrot für die ohnehin schon magere Rente gedacht sind, locker machen. Denn Vermögen, das über 8000 DM beträgt muß erst aufgebraucht sein, bevor Vater Staat eine müde Mark zahlt.
Auch wer über eine Kapital-Lebensversicherung verfügen sollte, oder gar noch einen Trabi oder eine Ente als Zweitwagen besitzt muß bluten.



Nach Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg können Wertpapiere, Zweitauto oder Gold- und Münzsammlungen als Vermögen betrachtet werden, das vor der Arbeitslosenhilfe zu verwerten sei.
Ausgenommen allerdings sind Lebensversicherungen, die zur "Aufrechterhaltung einer angemessenen Altersversorgung" dienen.
Als " angemessen" wird dabei ein Betrag in Höhe der durchschnittlichen gesetzlichen Rente ab 60 Jahren von etwa 1500 DM monatlich angesehen.
Wo leben wir eigentlich...? Diese Frage stellen sich immer mehr deutsche Bürger. Die Konsequenzen dieser staatlichen "Sparpolitik", die immer mehr einer Ausbeutungspolitik ähnelt, sind für die Betroffenen noch unüberschaubar. Wenn erst der letzte Rest an Spargroschen aufgebraucht ist, dann ist es meist nur noch eine Frage der Zeit bis auch die Wohnung nicht mehr gehalten werden kann, eine neue bezahlbare zu finden ist unmöglich. Auch einen neuen Arbeitsplatz gibt es in den nächsten Jahren nur für einige glückliche, eine immer größere Zahl deutscher Menschen wird immer schneller in das soziale Aus geschleudert, dank der Politik der deutschen "Volksvertreter".

Wir fordern, Schluß mit dem Verschleudern deutscher Gelder ins Ausland, keine Unterstützung mehr für Scheinasylanten, Arbeitsplätze zuerst für deutsche Arbeitnehmer, Hände weg vom erarbeiteten Eigentum deutscher Bürger ! ***FAP wählen !!!***

Vorgetäuschter Skinhead-Überfall Anlaß für erneute Diffamierung und Verfolgung der nationalen Opposition

Das Grundrecht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit für nationale Deutsche wird weiter mit Füßen getreten. Stattdessen verbietet der Staat mißliebige nationale Organisationen und unterstützt in steigendem Maße die Rufmordkampagnen der Medien gegen das nationale Selbstwertgefühl vieler deutscher Menschen.

Der vorgetäuschte Skinhead-Überfall auf ein behindertes Mädchen in Halle war für die staatlichen Verfolgungsbehörden erneut ein willkommener Anlaß einige hundert nationle Menschen zu schikanieren. So wurden bekannte Personen von der Polizei festgenommen und stundenlang verhört, Haus- und Arbeitsplatzdurchsuchungen durchgeführt und persönliche Dinge der Betroffenen beschlagnahmt.

Für die Massenmedien war dieser Vorfall natürlich ein gefundenes Fressen, um die nach Mölln und Solingen etwas abgeflauten Wogen der Hetze gegen nationale Menschen wieder kräftig aufzuwirbeln.

Ohne über die näheren Hintergründe der Tat Bescheid zu wissen wurde generell alles nationale wiedereinmal verteufelt. Ohne Pausen wurden tagelang dem deutschen Bürger auf allen Kanälen künstlich aufgeputschte Menschen mit tränenerstickter Stimme vorgeführt, die alle ja so schrecklich betroffen waren, von soviel Brutalität und Gemeinheit der Rechten.

Bundesbürger Fall für den Psychater und die Medienmacht der Hetze

Der Fall des behinderten Mädchens ist beileibe kein Einzelfall gewesen. Immer wieder wurde die politische Opposition von rechts in der Vergangenheit mißbraucht, um über Dinge hinwegzutäuschen, ob es nun von Skinheads entführte und ermordete Babys waren oder Ausländer, wie der Fall einiger Liberianer in Berlin, die angaben, daß sie von Skinheads überfallen worden seien. In all den Fällen, die sich hinterher als erlogen herausstellten, brandete sofort eine künstlich gezüchtete Massenhysterie auf.

Die dummen Parolen und Schlagworte der Medien stoßen immer wieder auf Resonanz bei einigen Bundesbürgern. Scheinbar unfähig selbstständig und differenziert nachzudenken rennen dann einige tausend, wie blinde Hammel zum Schlächter, den linke und multikulti Parolen schreienden Volksverhetzern auf den Straßen der Republik nach. Dabei sind die Menschen in diesem Staate heute doch so kritisch, wie man immer wieder behauptet, und haben angeblich aus den Fehlern der deutschen Vergangenheit so viel gelernt.....?

Tatsache aber ist, daß breite Bevölkerungsschichten durch die heute verfügbaren Massenmedien und durch den Jahrzehnte gewöhnten Materialismus nicht nur verlernt haben differenziert zu denken, sondern viel stärker manipulierbar sind als jemals zuvor.

Es wird bewußt mit zweierlei Maß gemessen

Um gegen die laufenden Rufmordkampagnen in Presse und Politik zu demonstrieren, hatten oppositionelle nationale deutsche Bürger eine Demonstration in Halle für den 22. Januar angemeldet. Was dem einen recht ist, muß dem anderen zumindest billig sein. Aber falsch gedacht.

Unter Mißachtung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit wurde die geplante Demo einfach von den herrschenden Behörden verboten. Dafür durften dann etwa 1500 zwielichtige Gestalten der linken Szene hochoffiziell ihren geistigen, schwammigen Brei kundtun, geschützt durch unser aller Freund und Helfer, der deutschen Systempolizei.

Wieder wurde mit zweierlei Maß gemessen, deutsche Menschen haben in diesem Staate eben weniger Rechte...!

National denken heißt, das Leben in all seinen Formen zu wahren

Gewalttaten, von wem sie auch begangen werden, müssen bestraft werden. Daran besteht kein Zweifel. Wenn Menschen aber aufgrund ihrer politischen Überzeugung generell als Gewalttäter abqualifiziert werden, dann hat diese Gesellschaft längst den moralischen Nullpunkt überschritten. Denn ein Mensch, der grundsätzlich national denkt und dies nicht nur durch sein äußeres vortäuscht, ist kein potentieller Gewalttäter, sondern sorgt sich um den Erhalt und den Fortbestand seines Volkes und seiner Kultur und wird alles tun um das eigene Leben und das der anderen zu schützen. Gerade deswegen aber wird er keine Motivation zur Gewalt gegen andersdenkende deutsche verspüren, schon gar nicht, wenn es um schwächere Bevölkerungsteile geht. Selbst der verblendeste Kommunist ist ein deutscher Mensch, ein Teil unseres Volkes.

Wir wollen eine staatliche und soziale Gemeinschaft aller Deutschen, ohne gegenseitigen Neid und Haß. Die mißbrauchte Parole *Keine Gewalt - Stopt den Haß* ist daher Ausdruck des nationalen Selbstverständnis. Kein Bestandteil dieser Gesellschaft wird aber mehr verfolgt, diskriminiert und verteufelt wie bekennende nationale deutsche Menschen !

Man soll nicht über, sondern mit uns reden, denn an uns führt kein Weg vorbei !

Mitmachen und mitgestalten, FAP- Mitglied werden !

Bei den nächsten Wahlen:

FAP

Deutschlands Zukunft ist unser Programm !

Demokratie ohne nationale Opposition ist Diktatur !

Argumente statt Verbote

Hauptstadt Berlin

Ewiggestrige ehrten Unbelehrbare

Die Hauptstadt als Mekka der Nostalgiegenossen

80000 ewiggestrige Alt- und Neukommunisten aus dem In- und Ausland gedachten der vor 75 Jahren in Berlin gestorbenen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Für einen Tag kehrte die 1989 überwunden geglaubte, häßliche kommunistische Farbenpracht nach Berlin zurück. Einträchtig marschierten Teile des "demokratischen" Parteienspektrums von PDS und SPD, sowie deren Jugendorganisationen, unterstützt von den grün angehauchten, durch die Straßen der Stadt und skandierten ihre internationalistischen Parolen. Und natürlich durften bei dieser Nostalgieorgie auch die zahlreichen schwarz gekleideten Grüppchen der autonomen Krawallszene nicht fehlen, die aber diesmal, ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit, recht friedliche dreinschauten und keine Steine auf die anwesende Hand voll Polizisten warfen.
Und so mancher ehemalige DDR-Bürger wird vor Schrecken die Türen und Fenster verriegelt haben angesichts der Dinge, die sich da auf den Straßen abspielten.
Dieser Gedenkspaziergang war natürlich legal und genehmigt. Natürlich, denn es war ja eine Demonstration linker und nicht nationaler Verbände, die sich durch das Häusermeer walzte.
Was für eine Instinktlosigkeit doch die Berliner Politiker mit der Genehmigung der Demonstration an den Tag legten, angesichts der Tatsache, daß Millionen deutscher Menschen bis vor vier Jahren unter eben diesen roten Genossen schwer zu leiden hatten und tausende ihr Leben verloren, weil sie es wagten das zu sagen was sie dachten.
Ganz unwillkürlich drägen sich da einem doch gewisse Parallelen auf, die Meinungsfreiheit in dem jetzigen Staat sieht auf dem Papier auch schöner aus als in der politischen Realität...!
Natürlich hat sich kein bundesdeutscher Politiker über das Genossentreiben aufgeregt, und auch aus dem Ausland kamen keine empörten Protestschreie wie sonst bei nationalen Demonstrationen, so sie überhaupt genehmigt werden, üblich.
Gewiß sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht politische Figuren der deutschen Geschichte, die ihren damaligen Idealen folgend politisch tätig waren. Und man sollte und muß sich auch heute noch mit ihren Ideen auseinandersetzen. Aber ein derartiges Massenspektakel schadet nicht nur der Stadt Berlin, sondern ist eine schallende Ohrfeige für all die Stasi- und SED-Opfer, die von dem Kommunismus um ihr Leben betrogen wurden und bis an ihr Lebensende an den Folgen der erlittenen gesundheitlichen Schäden durch Haft und Folter im einstigen DDR-Staat zu leiden haben. Diese Menschen bekommen keine angemessene Entschädigung für ihr Martyrium. Stattdessen hofiert dieser Staat die rechtlichen und geistigen Nachfolger des einstigen Verbrecherregimes und duldet die Verherrlichung der geistigen Brandstifter von damals.
Solange noch ein Funken internationalistischer Thesen in der Politik der Linksparteien in diesem Staat zu finden ist, haben sie kein Recht von einem, gern zugestandenen, inneren Wandel zu sprechen.
Was die geistigen Wurzeln angeht, können sich PDS und SPD sicherlich die Hand reichen, wie jüngst bei der Gedächtnisdemo in Berlin.

Ein altes deutsches Sprichwort sagt:

Die eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Zufällige Ähnlichkeiten ?

Wolfgang Thierse (SPD) würde ungern gegen Stefan Heym (PDS) antreten

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse fände es bedauerlich, wenn der Schriftsteller Stefan Heym bei den Bundestagswahlen für die PDS im gleichen Wahlkreis wie er selbst kandidieren würde. Eine Bewerbung Heyms wird für den Wahlkreis Mitte/Prenzlauer Berg diskutiert.
Thierse sagt vor der Presse, er sehe nicht, worin er sich mit Heym in den politischen Auffassungen und Einschätzungen grundsätzlich unterscheide.
Endlich hat Thierse mal die Katze aus dem Sack gelassen, wessen Geistes Kind auch er ist. Wenn er keine grundsätzlich unterschiedliche politische Auffassung wie ein Stefan Heym hat, der während des 3. Reiches in die USA flüchtete und 1945 als Major der amerikanischen Besatzungsmacht dem deutschen Volk Kultur und Demokratie mit Gewalt beibringen wollte, spricht das für sich. Was für ein Geist muß in der SPD herrschen, wenn sich der stellvertretende Vorsitzende mit solch einem Mann identifiziert.
Jeder anständig gebliebene Sozialdemokrat, der noch ein Gespühr für Deutschland im Herzen trägt, müßte spätestens jetzt sein rotes Parteibuch abgeben. Denn es gibt nur eine wirkliche Arbeiterpartei als Alternative: **FAP**

Ja zur Neuen Wache ?

Bald auch Wache für deutschen "Verfolgungskomplex"

Der Bund soll an der Errichtung und Erhaltung von Gedenkstätten mitwirken, die im öffentlichen Bewußtsein für "bestimmte Verfolgungskomplexe" stehen.
Über einen solchen Antrag der CDU/CSU und FDP beriet kürzlich der Bundestag. Das Parlament bejahte weiterhin die Wahl der Neuen Wache in Berlin als Zentrale Gedenkstätte und befürwortete die Aufstellung der Skulptur "Mutter mit totem Sohn" in vergrößerter Fassung.
Wenn das Parlament ernst macht, dann wird es sich wohl auch bald selbst eine Gedenkstätte schaffen, denn es leidet wie dieses ganze Volk an einem "Verfolgungskomplex". Mal waren wir die Verfolger, ein anderes mal die Verfolgten. Auch heute verfolgt man wieder: Nämlich die politischen Kräfte, die sich zuerst um die Belange und die Zukunft des eigenen Volkes kümmern, und weniger um ominöse Verfolgungskomplexe !

Hauptstadt Berlin

Berliner sind freigebig

Das Geld der Berliner fließt als Spende in alle Welt, doch wo war die Hilfsbereitschaft für betroffene Landsleute, die Opfer der Hochwasserkatastrophen an Saar, Mosel und Rhein wurden ?

Wer denen, die nichts oder nur wenig haben, etwas von seinem gibt, der handelt menschlich und sozial. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "infas" spendeten 54 Prozent der Berliner im Jahr 1993 bereitwillig für gute Zwecke. Das Geld floß in die verschiedensten Hilfsaktionen.

Menschen in den Hungerregionen dieser Erde profitierten ebenso von der Spendenbereitschaft wie die notleidende Bevölkerung in den unterschiedlichsten Katastrophengebieten weltweit. Es wurden Kriegsflüchtlinge in den Krisengebieten ebenso unterstützt wie die, die hier als Asylsuchende eine vorläufige Bleibe suchen. Auch für Behinderte und arme Menschen in aller Welt wurde ein kleiner Teil des eigenen Vermögens abgegeben.

Doch bei all dem fällt auf, daß anscheinend niemand die notleidende deutsche Bevölkerung, die kurz vor Weihnachten von dem Hochwasser an Saar, Mosel und Rhein heimgesucht wurde, mit eigenen Spendengeldern bedacht hat. Zufall oder Absicht ? Was ist mit dem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen los ? Oder hat man es uns schon *aberzogen*, sind die Bundesbürger schon so degeneriert, daß der Begriff der Nationalen Solidarität nicht mehr als ein Fremdwort für die meisten ist ?

Tatsache ist, daß die Not und Bedürftigkeit in diesem Staat sprunghaft ansteigt, und daß immer mehr deutsche Menschen auf die Hilfe ihrer Landsleute angewiesen sind. Warum aber spenden dann die Berliner lieber an unterentwickelte Völker der dritten Welt, wo das Geld doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, anstatt sich direkt um seinen bedürftigen deutschen Mitmenschen zu kümmern ?

Kein Geld für deutsche Landsleute - Bundesbürger '94

Weihnachten 1993 sind einige tausend Existenzen ohne eigenes Verschulden in Deutschland vernichtet worden. Doch dies hat bislang noch keinen der doch so spendenfreudigen interessiert. Weder über das Medium Fernsehen noch über Rundfunk oder Presse wurden Spendenaufrufe und Spendenkontonummern veröffentlicht für die betroffene deutsche Bevölkerung.

Dieser Staat und sein politisches System haben es anscheinend doch geschafft, das nationale Solidaritätsgefühl soweit zu zerstören, daß man lieber einigen hungernden Negern irgendwo in Afrika eine Hand voll Reis spendiert, die diese armen Menschen sowieso nicht von ihrer Not befreien kann, als dem natürlich näherstehenden Landsleuten tatkräftig zur Seite zu stehen, um gemeinsam das eingetretene Unheil zu bewältigen.

In der heutigen Zeit müßte man sich als anständiger Mensch regelrecht schämen, ein Deutscher zu sein. Doch Gott sei Dank sind wir alle nur wohlerzogene Bundesbürger...!

Nationale Solidarität statt Materialismus !

In Berlin wird die Überfremdung durch die Behörden munter weiter forciert - Ausländer und Deutsche Opfer der Multikultur

Als erster Berliner Bezirk startete Kreuzberg eine Informationsaktion zur "erleichterten Einbürgerung". Die ersten Ausländer erhielten ein Schreiben von Bezirksbügermeister **Peter Strieder (SPD)** und ein Merkblatt.

In Kreuzberg leben zur Zeit rund 50000 Ausländer, das entspricht etwa einem Drittel der Gesamtbevölkerung. 60 Prozent kommen aus der Türkei, jeder Zehnte aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das Alter der Ausländer ist relativ niedrig, rund die Hälfte der im Bezirk lebenden ist zwischen 15 und 25 Jahre alt.

Wenn die in Kreuzberg lebenden Ausländer entscheiden, hier zu bleiben, ist Einbürgerung die Konsequenz, begründete Strieder die Aktion. Die Antragsquote von bisher 2,5 Prozent müsse viel höher werden.

Mit dieser Aktion zeigt der Staat, wie er mit aller Macht die Überfremdung Deutschlands voran treibt. Hier lebende Ausländer sollen "Deutsche" werden. Warum ?

Die niedrige Antragsquote von 2,5 % zeigt doch deutlich, daß die große Mehrzahl dies gar nicht will, und lieber ihre eigene Identität behalten möchte. Dies aber muß nun unbedingt geändert werden, sonst paßt das Dogma der Multikultur nicht mehr in die politische Landschaft. So werden neben der deutschen Bevölkerung auch Ausländer Opfer dieser menschenverachtenden und kulturzerstörenden Geisteshaltung. Es bleibt zu hoffen, daß wenigstens die hier lebenden Ausländer ein stärkeres Nationalbewußtsein haben als die unterzogenen Bundesbürger. Wirklich deutsche Menschen würden sich nicht widerstandslos überfremden lassen !

Finanzminister Waigel degradiert die Bundeswehr durch Kürzungen zum Schützenverein

Das ohnehin stark angeschlagene deutsche Wehrwesen wird durch die anstehenden Sparpläne weiterhin zerstört

Zur Bundeswehr kann man stehen wie man will, Tatsache ist, daß jeder Staat eine funktionierende, technisch und fachlich gut ausgerüstete Armee braucht, alleine schon um sich jederzeit vor äußeren Agressoren schützen zu können.

Das deutsche Wehrwesen ist nach dem zweiten Weltkrieg systematisch zerstört worden. Einstmals gehörten die deutschen Soldaten zu den besten der Welt, heute ist die Bundeswehr nur noch dürftiges Mittelmaß was ihre innere Haltung und die Ausbildung der Soldaten angeht. Alleine ihre technische Ausrüstung macht sie noch zu einer Truppe, mit der man im begrenzten Ausmaß rechnen kann.

Ausgerechnet an dieser Bundeswehr will Finanzminister Waigel nun noch weiter sparen. Wurde die einstige Truppenstärke von 450000 Mann schon innerhalb der letzten Jahre auf 370000 verringert, so wird sie weiter schrumpfen. Ende 1994 werden es noch knapp 350000 Soldaten sein, die noch schlechter ausgebildet ihren oftmaligen Gammeldienst leisten werden.

Gammeldienst deswegen, weil einfach die benötigten Gelder für eine vernünftige Wehrausbildung aus Bonn verweigert werden. Da hatte man das Geld lieber an die UNO überwiesen, 80,3 Millionen DM mehr an Beitrag, abgesehen von den Kosten der Wüstenexpedition in Somalia.

Die Folgen weiterer Wehretatkürzungen sind katastrophal, nicht nur für die Bundeswehr selber. Die Einsparungen sollen vor allem bei der Ausbildung, Übungen und Instanthaltung des Materials, sowie bei Baumaßnahmen erfolgen. Zudem sollen in diesem Jahr 10000 bis 20000 weniger Wehrpflichtige einberufen werden.

Die Dauer des Wehrdienstes ist ohnehin mit 12 Monaten schon heute zu kurz, denn innerhalb eines Jahres kann man kaum einen jungen Menschen zu einem gut ausgebildeten, leistungsbereiten Soldaten erziehen. Schon gar nicht, wenn das für die Ausbildung nötige Material eingespart wird.

Auch die Wehrungerechtigkeit steigt durch die Sparmaßnahmen weiter. Während die einen ihren Wehr- oder Zivildienst ableisten müssen, können die anderen ihrem eigenen Leben nachgehen. Das muß zwangsläufig zu einer Wehrverdrossenheit und Unstimmigkeiten führen.

Besonders betroffen aber sind die vielen tausend freiwilligen Reservisten, die man einst brauchte und die gerne ihren Dienst leisteten, die nun aber plötzlich von diesem Staat wie heiße Kartoffeln fallen gelassen werden, aus Kostengründen.

So wird zwangsläufig die Diskussion angeheizt, ob es nicht sinnvoller wäre, statt der allgemeinen Wehrpflicht eine Berufsarmee zu schaffen.

Damit aber kann niemanden gedient sein, höchstens denen, die sich lieber auf der faulen Haut tummeln, statt ihren Dienst an der Allgemeinheit zu leisten.

Ein deutsches Gemeinwesen, gleich welchen innerstaatlichen Charakter es hat, muß von allen geschützt, sprich militärisch verteidigt werden können. Es entspricht unserer deutschen Vorstellung von gemeinsamer Verantwortung für Familie, Volk, Heimat und Nation. Auch wenn manch ein nationl gesinnter Mann zähneknirschend seinen Wehrdienst in dieser Bundeswehr leisten muß, so ist er in diesem Augenblick doch deutscher Soldat und reiht sich automatisch in die Kette der großen deutschen Militärtradition. Daran wird auch der krampfhafte Versuch dieser Bundeswehr, eine eigene Tradition aus dem Widerstand des 20. Juli 1944 herzuleiten, nichts ändern. Es ist schon peinlich seine militärischen Traditionen auf eine Geisteshaltung zu beziehen, die einen politischen Mordversuch zu rechtfertigen versucht. Ganz abgesehen von dem Bruch des Treueeides.

Die Wurzeln des deutschen Wehrwesens sind viel tiefer in unserer Geschichte vergraben und haben dem deutschen Soldaten weltweite Hochachtung in allen Kriegen erbracht.

Militärische Auseinandersetzungen finden umso ehr statt, je leichter die Beute zu erobern ist. Alleine diese Tatsache macht eine starke Armee für jeden Staat nötig, einmal zum Selbstschutz und zur Abschreckung.

Wenn der Bonner Staat auch weiterhin an der Bundeswehr sparen will, dann ist der Schritt von der Armee zum Schützenverein bald getan.

Es wäre wohl weitaus sparsamer, die NATO und UNO zu verlassen, nicht mehr in der Welt als Polizeitruppe von USA-Gnaden herumzugondeln und die Bundeswehr nur noch mit einer Aufgabe zu belegen, nämlich dem militärischen Schutz unseres Volkes und unserer Heimat.



Dem DGB laufen die Mitglieder scharenweise davon

Die deutschen Arbeitnehmer geben den verbonzten Gewerkschaften endlich die längst überfällige Quittung

Dem DGB laufen die Arbeitermassen nicht mehr hinterher sondern davon. Der Mitgliederschwund und die sinkenden Einnahmen machen den Genossen schwer zu schaffen.

Gleich Hunderttausende kehrten in den letzten Monaten den vier größten Einzelgewerkschaften, der IG Metall, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die demnächst mit der IG Bergbau fusionierte IG Chemie sowie der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) den Rücken. Vor allem in Mitteldeutschland scheinen die Arbeitnehmer begriffen zu haben, daß die großen Gewerkschaften alles andere im Sinn haben, als sich konsequent um die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter zu kümmern.

Durch die Beschäftigungskrise in die Arbeitslosigkeit getrieben fühlen sich viele von den Gewerkschaften im Stich gelassen.

Konsequenz der Misere: Die Gewerkschaften haben einen Einstellungsstop für hauptamtliche Genossen verhängt, schlimmer noch, in den kommenden zwei Jahren sollen im Zuge der Umstrukturierung etwa 13 Prozent des Personals abgebaut werden. Alleine von den 300 Mitarbeitern, die in der DGB-Hauptzentrale beschäftigt sind sollen 100 wegfallen. Die Zahl der politischen Sekretäre soll von rund 130 auf 100 verringert werden.

Die deutschen Gewerkschaften bekommen nun die längst überfällige Quittung der Arbeitnehmer für die mangelnde Interessenvertretung. Denn der deutsche Arbeiter ist nicht zufrieden mit immer mehr Geld in seiner Lohntüte, es gehört viel mehr dazu sich in seinem Betrieb, in seinem Lebensumfeld wohl und ausgefüllt zu fühlen, als ständig weniger Arbeitsstunden und hier und da ein paar Groschen mehr als Lohn, die meist sowieso von der steigenden Inflation aufgefressen werden.

Die bundesdeutschen Gewerkschaften haben über Jahrzehnte den deutschen Arbeiter nur betäubt, ihn sozusagen in Schach gehalten, um von den eigentlichen Problemen der Gesellschaft abzulenken. Darüberhinaus wurden immer wieder unverholt Klassenkampfparolen gepredigt und somit künstliche Gräben innerhalb des eigenen Volkes geschaffen.

Auch das bonzenhafte Verhalten vieler Funktionäre hat ein übriges bewirkt. Den deutschen Arbeitern geht langsam ein Licht auf. Endlich !

Arbeiter ist jeder, der seine Leistung der Gemeinschaft zur Verfügung stellt. Ob es der Wirtschaftsmanager ist, der Professor oder der Kumpel unter Tage und sein Kollege an der Drehbank. Sie alle arbeiten, nicht nur um zu leben, sondern darüberhinaus dem ganzen Gemeinwesen zu dienen, der Gemeinschaft, die den einzelnen schützt und seine Existenz sichert. Überholte Klassenkampfparolen aber spalten diese lebenswichtige Gemeinschaft. Sie sind genauso schädlich wie Multikulti-Parolen **Mach meinen Kumpel nicht an** oder das offenkundige fast parasitäre Verhalten einiger Gewerkschaftsbosse.

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, alte überholte Denkstrukturen von **denen da oben und wir da unten** lösen die Probleme der heutigen Zeit nicht mehr, sie zerstören nur noch.

Wir alle, egal an welchem Platz der Gemeinschaft wir stehen, sind Arbeiter, die einen arbeiten mit dem Kopf, die anderen mit den Händen.

Die deutschen Arbeiter sind es leid ewig mit Versprechungen und kaltem Materialismus vollgestopft zu werden, der künstlich gezüchtete Prolet hat heute keine Existenzberechtigung mehr.

Eine deutsche Arbeiterbewegung kann nur ein Ziel haben, nämlch die deutsche Gesellschaft mit einer Neudefinition des Begriffs der Arbeit zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft so zu gestalten, daß möglichst jedem Menschen die Möglichkeit geschffen wird, seiner Leistung und Qualifikation entsprechend die Stellung einzunehmen, auf der er seiner Arbeit entsprechend gerecht entlohnt wird und darüberhinaus eine Mitverantwortung für die ganze Gemeinschaft bewußt trägt.

Arbeiten und Leben heißt nicht konsumieren, sondern bedeutet vielmehr Verantwortung für andere übernehmen und das Leben mitzugestalten.

Die Zeit des DGB ist abgelaufen, eine neue Arbeiterbewegung ist im Aufbruch, die aber dann das ganze deutsche Volk einschließen wird !

Es wird Zeit zum Handeln.

Deutschlands Zukunft mitgestalten,

FAP wählen !

SPD hofft auf Ausländer-Stimmen

Die SPD will bei der Europawahl am 12. Juni intensiv um die Stimmen der Ausländer werben, die aus den anderen EU-Staaten in der Bundesrepublik leben. Mit rund 1,5 Millionen Wahlberechtigten sei dieser Personenkreis, der erstmals seine Stimme abgeben kann, ein erhebliches Wählerpotential, erklärte der SPD-Spitzenkandidat für die Wahl, Klaus Hänsch, vor Journalisten in Bonn.

Hier hat Herr Hänsch die generelle Marschrute für alle etablierten Parteien nicht nur für die kommenden Europawahlen offengelegt.

Wenn das eigene Volk die Etablierten nicht mehr wählen will, weil es die Schnauze gestrichen voll hat von den ewig gleichen Phrasen, dann sollen dies in Zukunft die Ausländer tun. Nicht umsonst setzt sich gerade die SPD so wehemend für das allgemeine Wahlrecht für Ausländer ein. Die wurden dann gewiß nicht national wählen...!

STOP !

Kein Wahlrecht für Ausländer !

Unterschriften gegen Terror-Listen

Antifaschisten lassen die Masken fallen

Ganz eifrige Antifaschisten haben in Lüneburg auf einer ganzseitigen Anzeige gegen angebliche Terror-Listen des rechten Spektrums protestiert, indem sie ihre Namen und komplette Adressen veröffentlichten. 650 Stück wurden unter der Überschrift "Wir schweigen nicht !" veröffentlicht.

Man kann den unbelehrbaren Ewiggestrigen nur danken für soviel Entgegenkommen. Wissen nun doch auch endlich die Nachbarn, in welch feiner Umgebung sie wohnen.

Auch der Verfassungsschutz sollte sich über diese selbstlose Tat freuen, hat er doch nun einige Adressen mehr, die er bei dem nächsten RAF-Anschlag überprüfen kann. Aber die Herren haben wohl keine Zeit dazu, schließlich gilt es ja den Staatsstreich von rechts zu verhindern...!

Aus für Bischofferode

Die Kali-Kumpel haben aufs falsche Pferd gesetzt

Nun ist Schluß mit dem Kali-Standort Bischofferode. Nach einem einjährigen Arbeitskampf hat die Treuhand den Laden dicht gemacht. Trotz aller Proteste der Betroffenen, trotz Solidaritätskundgebungen linker Genossen, trotz Sternmarsch durch die Republik, es half alles nichts. Die Menschen haben nun am eigenen Leibe erfahren, was es mit der Freiheit und der Demokratie in diesem Staate auf sich hat. Reden hat man sie lassen, begrenzt handeln auch, doch mitbestimmen und mitgestalten war ihnen untersagt. Die Macht des Geldes und der Wirtschaftsinteressen war wieder einmal stärker. Natürlich wurde der Arbeitskampf auch von den Trittbrettfahrern der PDS ausgenutzt, oder besser, die Kali-Kumpel haben einfach auf das falsche Pferd gesetzt und den Genossen eine willkommene Bühne für ihre Agitation geliefert. Nun stehen sie im Regen dieser Gesellschaft, alleingelassen von diesem Staat und den Genossen.
Das Angebot von nationaler Seite, den Arbeits- und Zukunftswillen der deutschen Menschen dieser Region als Fanal gegen die hemmungslose Zerschlagungspolitik der Treuhand und der EU werden zu lassen, wurde leider in Verkenntnis der Lage abgelehnt. Die Quittung haben sie nun bekommen. Es bleibt unverständlich, warum man sich ausgerechnet den politischen Kräften angebiedert hat, die eine maßgebliche Schuld an der mitteldeutschen Wirtschaftsmisere tragen. Die vielgepriesene internationale Solidarität der Roten hat nämlich noch nie funktioniert.
Es bleibt zu hoffen, daß wenigstens jetzt den meisten ein Licht aufgegangen ist, und sich die deutschen Menschen in Zukunft in ihrer Not an die politischen Reformkräfte in diesem Lande wenden, die sich nicht für Hirngespinste, sondern in erster Linie für die Lebens- und Arbeitsinteressen des deutschen Arbeiters und seiner Familie einsetzen. Diese Kräfte sind allerdings nicht im linken politischen Sumpf, sondern auf nationaler Seite zu finden !

Die Zukunft gestalten, FAP wählen !

Impressum
Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Parikularinteressen.
Herausgeber :
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin.

Ständige Mitarbeiter:
L. Burmeister, M. Dräger (V.i.S.d.P.).
Auflage Januar: 2000 Exemplare
Für namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel), sowie für irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung.

Deutschlands Kohle-Bergbau wird weiter zerschlagen

Allein 1994 müssen weitere 12 000 Arbeitsplätze abgebaut werden

Der Kohlestandort Deutschland geht weiter seinem Ende entgegen. "Tatsächlich ist das Jahr 1993 für den Bergbau noch schlimmer geworden, als wir es vorausschauen konnten", stellte Ruhrkohle-Chef Heinz Horn in einem Resümee zum abgelaufenen Jahr fest.
1994 steht die Ruhrkohle AG vor der Aufgabe, weitere 12000 Arbeitsplätze abzubauen. In den vergangenen Jahren hatten rund 6000 Bergbau-Beschäftigte ihren Arbeitsplatz räumen müssen.
Die Förderung soll weiter reduziert werden.
Das konsequente Kohle-Sterben hält also weiter an. Die ausländischen Billiganbieter ruinieren in Deutschland ganze Industriezweige, nicht nur den Kohle-Bergbau. Auch die deutsche Stahlindustrie rast mit steigender Geschwindigkeit auf das wirtschaftliche Aus zu. Die Folge: Deutschland wird immer abhängiger von anderen Staaten. Das deutsche Bauernsterben, das Sterben der Kohle- und Stahlindustrie, all dies sind die Auswirkungen der Europäischen Integration. Aber auch die deutschen Speditionen und Schiffer kämpfen um ihr Überleben. Die Bonner Europahörigkeit zerstört systematisch die eigene Wirtschaft und produziert Massenarbeitslosigkeit und -elend.
Die lachenden dritten über soviel Dummheit sind die anderen EU-Staaten. Sie können nun ihre Produktion steigern und die Erzeugnisse in Deutschland verkaufen, wir Deutschen sind ja bald völlig auf diese Staaten angewiesen. Deutschland verfängt sich immer enger in den goldenen Ketten der EU. Wenn nicht in absehbarer Zeit Schluß mit dieser Wahnsinnspolitik ist, dann können wir auch bald innerstaatliche amerikanische Zustände unser eigen nennen.
Schluß mit dem Wahnsinn der EU !

EU = Massenarbeitslosigkeit, Bauernsterben, Industrieabbau.



Hurra, das braune Becker-Baby ist da

Multikulturelles Sportler Vorbild nicht zur Nachahmung empfohlen

Hurra, schreit die deutsche Sportlerwelt, und die, die glauben dazu zugehören. Endlich ist es da, das lang angekündigte multikulti-Kind von Boris. Tausende gerührter Menschen wischen sich abends vor dem Alleinunterhalter Fernsehen die Tränen verstohlen aus den Augen.
Ein strammer brauner Junge hat das Licht der Welt erblickt. Papa Boris ist glücklich, nur wundert er sich doch etwas vor der Presse über die bräunliche Hauttönung seines Stammhalters. Da hätte der stolze Papa mal besser vorher genauer hingeschaut, nämlich auf seine Babs, dann wäre ihm das bräunliche Wunder seines Sohnes erspart geblieben. Aber man gewöhnt sich ja fast an alles.
Und noch jemand ist glücklich. Die ständigen Prediger des Völkermischmasch haben wieder mal ein neues und ziemlich bekanntes Zugpferd vor ihre Politkarre spannen können. So soll er also aussehen, der zukünftige Deutsche, ein bischen schwarz, ein bischen weiß. Nur die Schlitzaugen fehlen noch. Die aber kann Boris sicher in dem Antlitz seiner Enkel bewundern. Wie heißt es doch so schön: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm! Nur gut, daß der Stamm in Monaco lebt und nicht in Deutschland.
Wir können allerdings das "fortschrittliche" Treiben des Boris und seiner Babs nicht zur Nachahmung empfehlen !



Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

2. Jahrgang 5. Ausgabe Februar 1994 Preis: 1,50 DM

Autofahren wird in Deutschland zum Luxus

Brummis zahlen ab 1995 Autobahngebühren, PKW ab 1996 ?

Ab 1995 müssen LKW in Deutschland, den Benelux-Staaten und Dänemark Autobahngebühren zahlen. Die Entscheidung über PKW-Gebühren soll frühestens am Ende des Jahres getroffen werden, sagte Verkehrsminister Wissmann in Bonn.
Jährlich rechne man mit 700 Millionen DM, die dem Verkehrswegebau zugute kommen sollten.
Die Bundesregierung melkt den deutschen Autofahrer also weiter. Neben den laufenden Kraftstofferhöhungen, der erhöhten Mineralölsteuer wird es auf deutschen Straßen in absehbarer Zeit nun auch eine Maut geben, für alle Autofahrer.
Das ohnehin stark angeschlagene deutsche Spetitionsgewerbe muß ebenfalls weiter bluten, der eigene Staat schaufelt fleißig mit am Konkursgrab vieler Unternehmen.
Das dem Verkehr auf unseren Straßen Einhalt geboten werden muß, steht außer Zweifel. Dies aber mit immer höheren Abgaben erzwingen zu wollen ist mehr als kurzsichtig und erhöht nur die Wut der Betroffenen. Man muß sich fragen, was denn passieren würde, wenn von heute auf morgen nur die Hälfte der deutschen PKW-Benutzer auf die öffentlichen Verkehrsmittel wechseln würde. Es träte ein hoffnungsloses Chaos ein, da die öffentlichen Verkehrsmittel viel zugeringe Kapazitäten haben und viel zu schlecht ausgebaut sind, um diesem Ansturm auch nur ansatzweise gerecht werden zu können.

FortsetzungSeite 3

4 Millionen und kein bischen weise

Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland fordert neue politische Konzepte, alte Tarifstrukturen erweisen sich als untauglich

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen, die mit über vier Millionen einen historischen Höchststand erreichten, haben in der deutschen Politik kontroverse Diskussionen ausgelöst. Die Verantwortlichen Parteien und ihre Politiker sind derzeit damit beschäftigt, sich gegenseitig den schwarzen Peter zu zuschieben. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, rechnet insgesamt nicht mit einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in diesem Jahrhundert. "Auch für das Ende des Jahrzehnts dürfte es noch mehr als drei Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik geben", sagte er in einem Interview.
Scheinbar sind die Bundesbürger schon daran gewöhnt, die monatlichen Statistiken über den rasanten Anstieg der Arbeislosenzahlen in den Medien präsentiert zu bekommen. Und auch die ständigen Schuldzuweisungen der herrschenden Politiker und ihrer Parteien werden wohl als normal hingenommen, sie locken jedenfalls keine Menschenseele mehr aus dem Haus, sofern ein Dach über dem Kopf vorhanden ist.

Fortsetzung Seite 2

Die Bundeswehr als Feuerwehr

Nicht schießen, dafür zahlen

Nach dem Somalia-Abenteuer der UN soll nun der Balkan "befreit" werden, die NATO machts möglich

Die Bundesregierung richtet sich darauf ein, bei möglichen Luftangriffen von NATO-Streitkräften gegen serbische Stellungen für den Nachschub zu sorgen. Auch ein finanzielles Engagement zeichnet sich ab.
Nach dem Somalia-Abenteuer ist nun der Balkan das nächste Operationsgebiet der Bundeswehr. Da deutsche Soldaten wegen einer angeblich historischen Schuld auf dem Balkan nicht in Aktionen hineingezogen werden dürften, soll die Bundeswehr nun den Nachschub der anderen NATO-Streitkräfte sichern. Darüberhinaus will sich Bonn finanziell an der bevorstehenden Militäraktion "stärker" beteiligen.
Und weiter gehts, von der Wüste auf den Balkan, nicht für deutsche Interessen, sondern, wie immer, für die der anderen "NATO-Partner". Mit der historischen Schulddimension hat man zugleich auch einen willkommenen Finazier des Abenteuers gefunden.

Fortsetzung Seite 2

Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal - Deutschland braucht neue politische Konzepte statt alte Tarifstrukturen und unfähige Parteien

von Seite 1

Addiert man zu den mehr als vier Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen all jene hinzu, die in sogenannten "arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen" geparkt oder vor der Zeit in den Zwangsruhestand geschickt wurden und all jene, die ihr Dasein als Sozialhilfeempfänger fristen, dann sind in Deutschland rund acht Millionen Menschen ohne Arbeit. Doch scheinbar wird diese Tatsache, die sich in der nächsten Zukunft noch verschlimmern wird, wiederspruchslos von der breiten Bevölkerungsschicht hingenommen.

Man fragt sich, warum nicht tagtäglich Massen von arbeitswilligen ganze Regionen in Deutschland mit Demonstrationen lahm legen, wie sonst bei anderen Anlässen, um den herrschenden Politikern auf die Füße zu treten. Denn Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, das man einfach hinnehmen muß. Die Wurzeln liegen ganz einfach in dem immer brutaler werdenen Wettbewerb, gepaart mit ständig steigendem Anspruchs- und Profitdenken all jener, die meist sowieso in der besseren finanziellen und sozialen Situation sind, als die meisten Menschen in Deutschland.

Hinzu kommt die Unfähigkeit und Willenlosigkeit der etablierten Parteien.

Das einzige was zählt, ist der Stimmanteil bei der nächsten Wahl, um möglichst auch weiterhin an den Macht- und Schalthebeln dieser Republik sitzen zu bleiben. Die Erhaltung des Status Quo ist Dogma in diesem Staate geworden! Niemand, kein Politiker, keine etablierte Partei traut sich offen über einschneidende Veränderungen nachzudenken oder gar laut darüber zu reden, erst recht nicht im "Superwahljahr '94". Dabei braucht Deutschland aber gerade jetzt eine zukunftsorientierte wirtschaftspolitische Weichenstellung, braucht neue Konzepte und Strukturen. Um diesen Dingen aber die Möglichkeit einer Entfaltung zu bieten, müßte hier und da das Grundgesetz geändert, zumindest aber ergänzt werden, z.B. im Bereich der Tarifautonomie. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen doch deutlich, daß Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften keine flächendeckenden Tarifverträge als Allheilmittel mehr aushandeln können, ehr werden abgeschlossene Verträge einseitig aufgekündigt. Die strukturellen Veränderungen in den einzelnen Betrieben und Regionen sind zu gravierend, als daß sie von neuen Tarifverträgen wirksam aufgefangen werden könnten. Die Vier-Tage-Woche von VW ist längst kein übertragbares Beispiel für andere Betriebe. Auch der Lohnverzicht greift nur soweit die allgemeinen Lebenshaltungskosten auf dem gleichen Niveau bleiben.

Warum soll es nicht möglich sein, den deutschen Arbeiter am Produktionskapital, gemäß seiner erbrachten Leistung, zu beteiligen? Warum wird nicht über eine gesetzliche Regelung nachgedacht, die die Rahmenbedingungen für betriebsinterne Lohn- und Sozialabschlüsse schafft? Zum Beispiel könnten sich die Arbeinehmer in betriebliche Korporationen zusammenschließen um gemeinsam ihr betriebliches Arbeitsumfeld maßgeblich zu gestalten. Unabhängige und nicht parteigebundene überregionale Arbeiterkorporationen könnten dann die Interessen der Arbeitnehmer für ihre Branche koordinieren.

Dies sind nur einige Denkanstöße, die konkrete Alternativen werden könnten, wenn man von Seiten der Politik nur den Willen zur Anpassung auf veränderte Bedingungen hätte.

Das Streben nach der Sicherung der eigenen Machtposition und die Furcht vor sogenannten "radikalen" in der Politik läßt aber diese "Demokratie" zu einem starren Eisblock verkommen.

Ein System ist nur dann stabil, wenn seine innere Variabilität mindestens genauso groß ist wie die seiner Umwelt. Diese Tatsache haben die Herren Volksvertreter wohl übersehen.

Mut zur Zukunft
Veränderungen statt politische Dogmen !

FAP unterstützen !

Die einen schießen, die Deutschen zahlen wieder die Zeche

Exakt 295,6 Millionen DM kostete nach Angaben der Hardthöhe der Somalia-Einsatz der Bundeswehr. Für einen Teil des Aufwands lägen Rückerstattungszusagen der UN vor. Bisher allerdings gab es nur 13 Millionen zurück. Den Rest wird man wohl als Spende an die UN verbuchen können, angesichts der ständigen finanziellen Nöten der "Weltpolizei". Mit der angeblichen historischen Schulddimension Deutschlands hat man nun wieder jemanden gefunden, der auch das nächste Abenteuer größtenteils zahlen soll. Und Bonn will zahlen.

Was haben deutsche Soldaten auf dem Balkan verloren?

Warum soll sich die Bundeswehr in den Konflikt in Ex-Jugoslawien hineinziehen lassen?

Weil die "internationale Staatengemeinschaft" eine Melkkuh braucht, die man in dem Nachkriegsdeutschland schon viel zu oft für alle Welt gefunden hat. Kein Staat der Welt verpulvert sinnlos soviel Milliarden ans Ausland wie diese Bundesrepublik.

Es ist die politische Erpressbarkeit mit einem jahrzehnte geförderten Schuldkomplex, der dieses Volk hörig gemacht hat!

Scheinbar ohne jede Würde wird alles hingenommen, was das Ausland von uns verlangt. Dabei haben wir dringendere eigene Probleme als den Bürgerkrieg auf dem Balkan. Die sinnvollste Lösung wäre ohnehin, die Konfliktparteien sich selbst zu überlassen. Denn jede Einmischung von außen heizt dieses sinnlose Abschlachten ehr an und verlängert das Elend, als es schnell zu beenden. Dies beweisen nicht zuletzt die ständigen Verhandlungen und Waffenstillstandsabkommen, die nicht einmal das Papier wert waren, auf dem sie festgehalten wurden. Der Balkankonflikt sollte viel ehr eine Mahnung an die bundesdeutschen Multikulti-Politiker sein, und nicht Aufmarschgebiet deutscher Soldaten!

Deutsche Autofahrer - die wehrlosen Opfer falscher Sparpolitik

Wenn es Bonn darum geht, Millionen herbeizuschaffen, dann wird neben der Streichung im Sozialbereich vor allem der deutsche Autofahrer kräftig zur Kasse gebeten. Schnell wird dann das Argument der belasteten Umwelt angebracht, schließlich soll die hemmungslose Geldeintreiberei mit hehren politischen Motiven umhüllt werden.
Aufgrund der geografischen Lage Deutschlands in der Mitte Europas tummeln sich nicht nur deutsche Fahrzeugbesitzer auf unseren Straßen. Warum aber ist es dann nicht möglich, nur ausländischen Straßenbenutzern eine Gebühr abzuverlangen und dies Geld für den Ausbau der öffentlichen Nah- und Fernverkehrsmittel einzusetzen?
Warum übt die Bundesregierung nicht viel stärkeren Druck auf die Automobilindustrie aus, damit schadstoffärmere, umweltgerechtere Fahrzeuge mit entsprechenden Motoren serienmäßig Verwendung finden ?
Die technischen Voraussetzungen sind ja vorhanden. Aber es fehlt der Wille. Die Macht der Wirtschaftsinteressen und der Lobbyisten in der Politik verhindern vernünftige Lösungen. Ein weiteres trauriges Beispiel der ungebremsten Verzahnung von Politik und Wirtschaft wird auf dem Rücken des kleinen Mannes ausgetragen. Der einfache deutsche Autofahrer kann sich nicht wehren, es sei denn er verzichtet auf sein Stück gewonnene Freiheit und nimmt stundenlanges Warten, drängelnde Menschen und längere Anfahrtszeiten z.B. zum Arbeitsplatz in kauf.
Vor allem die deutschen Großstädte sind besonders vom Autoverkehr betroffen. Und hier hat der Staat zuerst dafür zu sorgen, daß öffentliche Nahverkehrsmittel reibungslos funktionieren und vor allem erschwinglich sind. Die vorhandenen Kapazitäten an öffentlichen Nahverkehrsmitteln in deutschen Metropolen wie Berlin oder Hamburg sind viel zu gering um eine wirkliche Alternative darstellen zu können.
Vorhandesnes Geld sollte zu allererst für die Schaffung umweltgerechter Verkehrswege, gerade auch durch Nutzung alternativer Energien eingesetzt werden, statt es sinnlos an anderen Stellen zu verschleudern.
Ansonsten ist der Weg in die Klassengesellschaft, zumindest was die Mobilität betrifft, bald getan. Autofahren können dann nur noch die Reichen und ausländischen Fahrzeugbesitzer, das einfache deutsche Volk muß dann eben sehen wo es bleibt.
Die dritte Welt läßt grüßen!

Immer mehr Juden kommen nach Deutschland

Die Mehrzahl der nach Deutschland strömenden Juden kommen aus Russland, angeblich fliehen sie vor dem "Russen-Hitler" Schirinowski

Immer mehr Juden kommen nach Deutschland, vor allem aus den osteuropäischen Gebieten, die meisten aus Russland. Angeblich fliehen sie vor dem "Russen-Hitler" Schirinowski.
Aber schon vor den russischen Parlamentswahlen, bei der die Partei Schirinowskis zweit stärkste politische Kraft im Lande wurde strömten Juden gen Westen. Seit 1991 sind 16000 russische Juden nach Deutschland gekommen. Seit Schirinowskis Wahlerfolg hat sich der Trend verstärkt.
Eine Umfrage im Herbst 1992 bei Juden aus den GUS-Staaten ergab, daß sich 8,3% in Deutschland von "Rechtsextremisten" bedroht fühlten. 89,6% empfanden den Rechtsextremismus in Deutschland als bedenklich.
Angesichts dieser Zahlen fragt man sich als deutscher Bürger, warum diese Menschen ausgerechnet nach Deutschland kommen, in ein Land, in dem sie doch nach ihren Angaben so furchtbares erlitten haben.
Der jüdische Traum von einem eigenen Staat ging 1948 nach fast zweitausend Jahren in Erfüllung. Wenn sie nun schon Russland und die anderen GUS-Staaten verlassen, weil sie Sorge um Leib und Leben haben, warum bauen sie sich dann nicht in "ihrem" Staat Israel unter ihresgleichen eine neue Existenz, ein neues Leben auf?
Stattdessen ziehen es viele vor in einem der dichtbesiedelsten Staaten der Welt unter oftmals sehr bescheidenen Lebensbedingungen zu leben.
Angesichts der hiesigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse braucht sich aber dann niemand wundern, wenn alte Ressantiment wieder offen aufbrechen, auf beiden Seiten...!
Es wäre wohl für alle das klügste, wenn Juden und Deutsche unter ihresgleichen blieben. Dann stünden auch menschlichen Begegnungen keine emotionalen Schranken im Wege.

Unter deutschen Linksextremisten kursieren Listen mit Namen und Adressen angeblicher Rechtsextremisten, bestätigte der Verfassungsschutz einen Bericht der "Welt".

Da staunt nun alle Welt. Angeblich sind es doch die "Rechten", die ihre "Opfer" katalogisieren. Nach dem Auftauchen solcher ominösen Listen war ja ein regelrechter Verfolgungswahn bei den Genossen ausgebrochen.
Das die linke Szene mit ihrer Antifa schon seit fast zwanzig Jahren nationalgesinnte Deutsche verfolgt, tyranisiert und auch tötet, diese Tatsache wurde bislang nur am Rande erwähnt oder absichtlich verschwiegen.
Alleine in Berlin kursieren dutzende von Namenslisten zum "Abschuß freigegebener" nationaler Menschen, von denen einige schon tot sind, ermordet von der Antifa!
Zur Zeit kursiert im Rhein-Main-Gebiet eine Broschüre mit 23 "Angriffszielen" nebst einem Videofilm mit heimlich aufgenommenen Opfern.
Wenn der Staat nicht in absehbarer Zeit den Sumpf aus Hausbestzern, ausländischen Jugendbanden, Krawallanarchos, Schmuddelpunks und RAF-Sympis austrocknet, dann braucht sich niemand mehr wundern, wenn immer mehr Deutsche in Zukunft zu präventiven Selbstverteidigungsmaßnahmen greifen...!

Europa-Wahl ´94

EU =

- ☞ Massenarbeitslosigkeit
- ☞ Umweltzerstörung
- ☞ Industrieabbau
- ☞ Bauernsterben

Nicht mit uns!

Hauptstadt Berlin

Die Angst geht um in Berlin

Schülerin erstochen, Mann erschlagen, Rentner verstümmelt
Bereits 17 Tote im Jahr 1994 - Die sinnlose Gewalt eskaliert

Bereits 17 Todesopfer durch brutale Gewalteinwirkung hat es 1994 in Berlin gegeben. Zumeist aus niederen Gründen wurden Mitmenschen ermordet. Und wir können alle gewiß sein, es wird in diesem Jahr noch weitere Mordopfer in diesem Großstadtmoloch geben. Viele Menschen fassen sich angesichts dieser Tatsachen fassungslos an den Kopf und fragen sich, wie ist so etwas nur möglich. Schon werden verstärkt die Rufe nach einer allgemeinen verstärkten Polizeipräsenz auf den Straßen der Stadt laut.

Fest steht, die Polizei kann nicht überall gleichzeitig sein um rechtzeitig eingreifen zu könen. Der Staatsapparat ist ohnehin in dieser Region schon völlig überlastet.

Andere Bürger rufen laut nach einer Bürgerwehr, zumindest aber nach privaten Wachmannschaften, ähnlich den "schwaren Sheriffs" in München. Dies kann aber auch keine Lösung sein, man kann nicht für jeden potentiellen Täter einen Aufpasser abstellen, dann würde in dieser Stadt fast jeder Bürger von einem zweiten bewacht.

Die Ereignisse in diesem Jahr haben Wurzeln, die schon vor langer Zeit systematisch gelegt wurden. Angefangen mit den 68ern Studentenrevolten, über die Antiautoritäre Erziehung bis hin zur ständigen Predigt der ungehemmten freien Entfaltung und der übermäßigen Pflege des eigenen Egos bis schließlich zur ständig steigenden Gewalt in den Fernsehprogrammen und den Videos zieht sich der vernichtende rote Faden dieser Entwicklung. Das, was sich heute offenbart, ist der gescheiterte Versuch eine Gesellschaft aufzubauen, die alte Traditionen und Werte weggeworfen hat und stattdessen den materiellen Wohlstand als allseeligmachendes Mittel serviert bekam. Und nun, in den Zeiten der wirtschaftlichen Rezession, der ständig wachsenden Bevölkerungsdichte und der zunehmenden Konfrontation verschiedenster kultureller und religiöser Einflüsse duch die angestrebte Multi-Kultur und der einhergehenden Überfremdung, bricht die künstlich gezüchtete Egogesellschaft zusammen. Werte- und haltlos brechen die niedersten Instinkte des überzüchteten Menschen durch und hinterlassen oftmals eine blutige Spur. Die oft von offizieller Seite gepriesene Mitmenschlichkeit ist nur noch eine leere, seelenlose Worthülle, mehr nicht. Es sind die deutlichen Anzeichen einer Entwicklung die in dem gesellschaftlichen Zustand der Bronx enden wird.

Es sei denn, die Menschen in dieser Stadt besinnen sich wieder auf alte Werte der Mitmenschlichkeit, der nationalen Solidrität. Und wenn man endlich anfängt, unsere Kinder in den Kindergärten und Krippen, in den Schulen und Jugendeinrichtungen zu gemeinschaftsbewußten Deutschen zu erziehen, die fähig sind Verantwortung auch für andere zu übernehmen und nicht weiter zu haltlosen blinden Konsumidioten manipuliert werden, dann ist eine erster Schritt in die richtige Richtung getan.

Dies bedeutet aber, daß eine neue politische Kraft in dieser Stadt, wie in ganz Deutschland den alten Politstall gründlich ausmisten muß um die Weichen in Richtung Zukunft stellen zu können.

Radikale Zustände kann man nur mit radikalen politischen Mitteln bekämpfen!

Die **Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)** ist die einzige Alternative, um in Deutschland wieder Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Uns geht es nicht um Diäten, uns geht es alleine um die Sicherheit und die Zukunft aller deutschen Menschen!!!

Je mehr Deutsche mitmachen, desto schneller können positive Veränderungen realisiert werden!

mitdenken – mithandeln !

Mitglied werden in der FAP !

816 000 Mark für Los Angeles

Keinen Pfennig für deutsche Landsleute !

816 000 Mark spendeten die Berliner für die erdbebenerschütterte Partnerstadt Los Angeles. Mit einem "Dankeschön Berlin" bedankte sich der Regierende Bürgermeister Diepgen (CDU) für das überwältigende Echo der Spendenaufrufe. Für die notleidenen deutschen Landsleute der Hochwasserkatastrophe an Saar, Mosel und Rhein spendete niemand.

Es ist beschämend wie sehr sich die Berliner um ausländische Regionen kümmern und wie wenig sie für die eigenen Bürger bereit sind zu opfern.

Nationale Solidarität ist ein Fremdwort geworden in dieser Bundesrepublik.

Anständige Menschen haben wahrhaftig keinen Grund mehr stolz darauf zu sein, daß sie Deutsche sind. Scheinbar gibt es nur noch abgepasste Bundesbürger in diesem Land...!

Impressum

Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen.

Herausgeber:
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin.

Ständige Mitarbeiter:
L. Burmeister, M. Drager (V.i.S.d.P.).
Auflage Februar: 2000 Exemplare.
Für namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel), sowie für irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung.

Hauptstadt Berlin

PDS-Kandidatur sorgt für Streit unter den Genossen

Erst Stefan Heym, nun Manfred Müller

Die Kandidatur für die PDS hat in der Welt der Genossen offenbar für Mißstimmung gesorgt.
Nachdem Stefan Heym von dem Bundestagsabgeordneten des Bündnis 90/Grüne, Konrad Weiß, wegen seiner Kandidatur für die PDS angegriffen wurde, er bezeichnete Heyms Vorhaben als "pervers", sorgt nun der Fall des Gewerkschaftsbosses der HBV (Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen), **Manfred Müller**, für neue Aufregung.
Der HBV-Chef will ebenfalls für die PDS kandidieren. Die Konsequenz:
Im Westteil der Stadt laufen der HBV die Mitglieder davon, in den östlichen Bezirken dagegen seien bislang keinerlei Austritte deswegen registriert worden, sagte die stellvertretende Vorsitzende Oda Krauss gegenüber der Presse.
Müller selber bekräftigte, bei seiner Wahl die Gewerkschaftsfunktion ruhen zu lassen. Er schloß ebenfalls nicht aus, seine Gewerkschaftsfunktion wegen zeitlicher Belastung "nächste Woche oder im Sommer" niederzulegen.
Nachdem nun Stefan Heym seine wahre Geisteshaltung offenbart hat, läßt nun auch der Gewerkschaftsboss Manfred Müller die Maske fallen.
Nur weiter so, kann man dazu sagen. Je mehr Berufsgewerkschaftler, "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" und andere ewiggestrige ihre wahre Geisteshaltung bekanntgeben und sich den Nostalgiegenossen der PDS anschließen, desto einfacher ist es für den deutschen Bürger klar zwischen Freund und Gegner zu unterscheiden. Dann nützt in Zukunft auch das herumreden nicht mehr viel.
Es bleibt zu hoffen, daß die deutschen Wähler bei den nächsten Gelegenheiten den Roten die rote Wahlkarte präsentieren, damit solche Leute wie Heym und Müller dahin kommen, wo sie hingehören, nämlich in Politmuseum unter der Rubrik Verschiedenes!

Schwänzender Abgeordneter will kassierte Diäten nicht zurückzahlen

Der FDP-Abgeordnete Burkhard Cornelius kassierte 6400 Mark und tat nichts dafür. Über drei Monate schwänzte der gewählte "Volksvertreter" die Parlamentssitzungen. Es sieht aber keinen Grund, die erhaltene Summe wieder zurück zu zahlen oder seinen Hut zu nehmen, sagte Cornelius .
Die Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien und andere Abgeordnete sind von der Verhaltensweise des FDP-Mannes zwar betroffen, lehnen aber rechtliche Konsequenzen gegen Cornelius ab.
Ob die Geschäftsordnung geändert werden solle, um derartiges künftig zu verhindern, darüber müsse der Ältestenrat des Abgeordnetenhauses nachdenken, so Frau Laurien.
Wieder einmal hat ein "Volksvertreter" sein Mandat dazu genutzt in die eigene Tasche zu wirtschaften, ohne einen Finger krumm zu machen, das Parlament quasi als Selbstbedienungsladen benutzt. Daß keine rechtlichen Schritte gegen den schmarozenden Abgeordneten unternommen werden sollen, stimmt indes nachdenklich. Wollen da etwa einige Leute zukünftiges Handeln absichern, oder hat man Angst, plötzlich selber Ärger mit der Justiz zu bekommen.
Der Fall des Herrn Cornelius jedenfalls ist typisch für die Moral und Politkultur unserer Parlamente und wahrhaftig kein Einzelfall.
Dem Ältestenrat des Abgeordnetenhauses sei von dieser Stelle der gute Rat erteilt, den Herrn Cornelius und alle andere Politschmarozer aus dem Parlament zu werfen...!

Das soziale Netz beginnt zu reißen

Alarm im Bezirk Kreuzberg. Das arg strapazierte soziale Netz beginnt zu reißen, die Not wächst ständig.
Kinder betteln in der U-Bahn um ein paar Groschen, die Unterkünfte für Obdachlose sind hoffnungslos überfüllt, Sozialhilfeempfänger drängen sich in Suppenküchen und Wärmestuben. Die Sozialämter sind der steigenden Armut längst nicht mehr gewachsen. Im Bezirk erhalten offiziell 15000 Menschen Sozialhilfe, rund 17000 sind ohne Arbeit und 600 ohne Wohnung.
Jeder siebente Einwohner lebt unterhalb des Existenzminimums von 790 Mark monatlich plus Mietkosten.
Für die nächsten Jahre werden von offizieller Seite immer brutalere Verteilungskämpfe vorausgesagt.
Die Bonner Sparpläne tun ein übriges um die Situation anzuheizen, immer mehr Hilfsprojekte müssen aus Geldmangel eingestellt werden.
"Nicht einzelne Stellen, sondern die ganze soziale Infrastruktur bricht weg", befürchtet **Thomas Behrend** vom Verein SO 36.
Der Kreuzberger Kiz, der schon ehr einem Getto gleicht, droht in absehbarer Zeit zu explodieren. Die schon fast traditionellen Bilder eskalierender 1.Mai-Demos gehören dann zum alltäglichen Geschehen in der Stadt.
Der Filz von Bürokratie und etablierter Politlobby in den Berliner Parlamenten verhindern bislang eine vernünftige Lösung der sich zuspitzenden sozialen Situation.
Mit immer höheren Mieten versucht man die Bevölkerungsstruktur im Stadtteil dem gewünschten Stadtbild anzupassen, wer nicht zahlen kann landet auf der Straße. Die künstlich gezüchtete Multikultur in Form von ausländischen und umerzogenen deutschen Banden terrorisieren immer offener die Menschen im Kiez.
Berlin braucht zu allererst bezahlbaren Wohnraum, eine vernünftige Jugendpolitik, Arbeits- und Ausbildungsplätze für deutsche Menschen und die dringende Abschiebung illegaler und straffällig gewordener Ausländer.
Wer mit der Zukunft des eigenen Volkes so umgeht, wie dies die Interessenclique aus Wirtschaftshaien und Profitpolitikern gegenwärtig in Berlin tut, gehört nicht in die Parlamente sondern auf den Müll der Geschichte!
Wir lassen uns unsere Hauptstadt Berlin nicht von unfähigen Karriere- und Profitmachern zerstören!

Wir fordern Lebensraum statt Profit !

Abreißen statt sanieren

Bundestagsgebäude und Palast der Republik gehören auf die Müllhalde der deutschen Geschichte

Deutschland braucht einen politischen Neubeginn - JETZT ! Weg mit den alten Provesorien in Bonn und Berlin

Ein Gutachten jagt das andere ob der ehemalige Palast der Republik noch zu sanieren sei oder nicht. Die Sanierungs- und Abrißkosten werden ständig gegeneinander verglichen, das politische Hick-Hack über das einstige Statussymbol der ehemaligen DDR will kein Ende nehmen.
Tatsache ist, daß der momentane Leerzustand des Gebäudes den Steuerzahler täglich rund 10000 DM kostet.
Dabei wäre doch eigentlich nach dem Fall der Mauer jede Diskussion über das Thema überflüssig. Denn die Regierungsgebäude des ehemaligen DDR-Regiemes waren ebenso reine Provesorien wie die Gebäude der Bundesregierung in Bonn.
Der widernatürliche Bestand der beiden deutschen Staaten, als Folge des verlorenen 2. Weltkrieges ist durch den Volkswillen der Mitteldeutschen beseitigt worden. Und somit sind sämtliche, bis dahin gültigen jeweiligen Regierungseinrichtungen eigentlich nur noch Relikt deutscher Geschichte.
Es kann für einen vorwärtsdenkenden Menschen nur eine logische Konsequenz geben, nämlich beide Relikte entweder in Museen umzuwandeln, oder sie ganz einfach niederzureißen!
Das jahrelange sinnieren über irgendwelche Abrißkosten würde sich auch erübrigen. Man sollte dem deutschen Bürger nur die Gelegenheit geben, dann würden sich ohne Zweifel sofort einige Millionen bereit finden, sowohl in Bonn wie auch in Berlin die Zeugnisse deutscher Nachkriegsunterwerfung niederzureißen, unentgeldlich. Das nötige Werkzeug ließe sich bestimmt auch aus privater Hand organisieren. Der Staat hätte somit die Abriß- bzw. Sanierungskosten gespart und der Steuerzahler täglich die 10000 DM Leerstandskosten in Berlin.
Leider aber ist nach dem Zusammenschluß von BRD und DDR kein politischer Neuanfang gestartet worden, die Interessen des "wohlwollenden" Auslands waren natürlich wiedereinmal viels stärker als die des eigenen Volkes.
Somit wurde in der einstigen provesorischen Hauptstadt Bonn noch schnell ein Millionen teures Parlamentsgebäude gebaut, zwar ohne vernünftige Kommunikationsanlagen, dafür aber als sichtbares Zeichen, daß nicht neue politische Zeiten in Deutschland angebrochen sind, sondern vielmehr als Ausdruck der Macht eines Fossiels, das sich mit aller Kraft und Unterstützung im politischen Boden dieser Republick festkrallt, und eifersüchtig jeden Quadratmilimeter politischen Bodens mit Verfolgungen, Verboten und Verhaftungen verteidigt.
Gott sei Dank aber gibt es natürliche Gesetze, denen gerade auch überlebte, nicht mehr zeitgemäße Kreaturen unterliegen. Und so wie einst die Dinosaurier sang- und klanglos von dieser Erde verschwanden, so werden auch die aktuellen politischen Systeme einmal vom reinigenden Wind der Zeit in alle Himmelsrichtungen zerstreut!

Deutschland braucht einen politischen Neubeginn - JETZT !

Hilfspolizei in Brandenburg

Alwin Ziel möchte 100 "Sicherheitspartner" gewinnen.

Der Brandenburgische Innenminister Ziel schießt mal wieder über das Ziel hinaus. Machte er bislang Schlagzeilen mit sinnlosen Veranstaltungs- und Organisationsverboten politischer Gegner und mit der Bespitzelung über 1,1 Millionen Brandenburger Bürger, so möchte er diesmal in einem Modellversuch zunächst 100 sogenannte "Sicherheitspartner" der Polizei in zehn unterschiedlichen Schutzbereichen gewinnen.
Sinn dieser "Sicherheitspartner" ist es, dürftig ausgerüstet vor allem nachts und in Gegenden mit höherer Kriminalität Streife zu schieben, oder aber "gefährdete Bevölkerungsgruppen" etwa auf dem Heimweg zu begleiten.
Hoheitliche Aufgaben sollen die Freiwilligen aber nicht ausüben dürfen. Ausgerüstet mit Poketkamera, Taschenlampe, Mobiltelefon und Trillerpfeife schlendern dann 100 "Sicherheitspartner", für einen symbolischen Lohn von 50 DM monatlich durch die Straßen Brandenburgs und können sich im Notfall nicht einmal richtig wehren, geschweige denn massiv eingreifen.
Aber noch ein Gedanke steckt hinter diesem Projekt des Herrn Ziel. Mit solch einer Art Hilfspolizei ist es natürlich noch einfacher potentielle politische Gegner auf der nationalen Seite aufzuspühren und zu bespitzeln. Damit wäre nicht nur die normale Polizei entlastet, sondern vor allem der Verfassungsschutz würde sich riesig freuen und jede Menge Gelder sparen, die dann nicht mehr an hauptamtliche Spitzel gezahlt werden müßten.
Wir meinen, daß solche Vorschläge einer Art Hilfspolizei derzeit völlig sinnlos sind. Das Prvilek der Gewaltausübung gehört in die Hand des Staates. Wenn der Herr Ziel nicht mehr weiß, wie er der Kriminalität im Lande Herr werden soll, dann sollte er lieber Stellen für Polizeibeamte schaffen, statt zig Millionen Steuergelder bei sinnlosen Razzien und Verfolgungen zu verschwenden.
Aber vielleicht denkt Herr Ziel mit seiner Hilfspolizei ehr an eine Art Boddyguard, die ihn in denkbar nächster Zeit vor dem Zorn der deutschen Bevölkerung im Lande schützen muß, die wenigen Polizisten haben keine Zeit dazu, schließlich müssen die ja die Rechte Revolution verhindern...!

DGB muß eine Million sparen

Austritt der Genossen führt zu empfindlichen Engpässen

Den hauptbruflichen Genossen geht es jetzt auch direkt an den Geldbeutel. Im Zuge der zwangsläufigen Einsparung beim DGB durch Mitgliederschwund, ist auch der Landesverband Berlin-Brandenburg betroffen, er muß mindestens eine Million DM einsparen. Vor allem wird das Personal eingespart, durch Teilzeitarbeit und Vorruhestandsregelungen. Auch über die Höhe von Weihnachts- und Urlaubsgeldern wird nun laut nachgedacht.
Natürlich macht sich da in den Reihen Unmut breit. Gerade die größte Arbeitnehmervertreterorganisation muß sich nun benehmen, wie ein übler kapitalistischer Unternehmer, aus Kostengründen natürlich.
Scheinbar haben da einige Genossen noch immer nicht verstanden, daß ihr Zug schon längst abgefahren ist und daß der deutsche Arbeiter nach wirklichen politischen Alternativen sucht!!!

Medien - die vierte Macht im Staate

Allgewaltig, unkontrolliert und deshalb gefährlich

Unser Staat basiert auf der Teilung der Gewalten, der polizeilichen, der gerichtichen und der gesetzgebenden. Allen drei Gewalten, so sollte es im Idealfalle sein, sind Kontrollmechanismen eingebaut, die einerseits die Unabhängigkeit gewährleisten sollen und andererseits die Rechte der Bürger gegenüber der staatlichen Allmacht sichern helfen. So sollte es eigentlich sein. Das dem aber nicht so ist offenbart sich an der vierten und stärksten Gewalt, die sich wie eine Hydra durch alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens der Gesellschaft schlängelt, der Mediengewalt.

Eine scheinbar freie Gesellschaft braucht eine freie Presse, also die Pressefreiheit, so denkt man vielerorts. Dem wäre auch nichts entgegenzusetzen, wenn diese Gesellschaft wirklich so frei wäre, wie immer behauptet, und wenn es auch eine wirkliche Pressefreiheit gäbe.

Die Freiheit des einzelnen wie aller Institutionen aber endet dort, wo sie in die Freiheit des nächsten eingreift. Nicht die Freiheit der Presse. Die nämlich drängelt und schiebt sich überall dazwischen, belästigt die einen, hetzt über die anderen. Objektive Berichterstattung verkauft sich heutzutage nicht, die Realität wird bewußt verzerrt, geschminkt, aufgebauscht und im schlimmsten, aber nicht seltenen Falle wird einfach gelogen.

Nun gibt es in der Bundesrepublik ein Pressegesetz, das zwar mehr einem Gummiband als einem Regelwerk gleicht, aber immerhin, es existiert wenigstens.

Dieses Pressegesetz ermöglicht es, unwahre Behauptungen durch eine Gegendarstellung der oder des Betroffenen in der gleichen Zeitung richtig zu stellen, die Zeitungen sind dazu verpflichtet.

In Paragraph 10, Absatz 3 des Berliner Pressegesetzes heißt es zum Anspruch auf Gegendarstellung:

" Die Gegendarstellung muß nach Empfang der Einsendung nächstfolgenden, für den Druck nicht abgeschlossenen Nummer in dem gleichen Teil des Druckwerks und mit der gleichen Schrift wie der beanstandete Text ohne Einschaltungen und Weglassungen abgedruckt werden; die Gegendarstellung darf nicht in Form eines Leserbriefes erscheinen. Der Abdruck ist kostenfrei; dies gilt nicht für Anzeigen. Wer sich zu der Gegendarstellung in derselben Nummer äußert, muß sich auf tatsächliche Angaben beschränken."

Die Praxis aber sieht häufig ganz anders aus. Wenn die Zeitungen überhaupt bereit sind, eine Gegendarstellung abzudrucken, dann findet man sie irgendwo als Kleingedrucktes am Rande der Publikation.

Der Saarbrücker Landtag hat nun eine Gesetzesinitiative eingebracht, wonach das Recht auf Gegendarstellung weiter konkretisiert wird, um eine "Waffengleichheit" zu gewährleisten.

Im Gesetzesentwurf heißt es: "Insoweit muß den Bürgern, die von Darstellungen und Erörterungen ihrer Person oder ihrer Angelegenheiten durch Medien betroffen sind, die Chance gegeben werden, nachteilige Eindrücke zurechtzurücken."

Neu bei dieser Regelung soll sein, daß der vom "betroffenen Bürger" nicht goutierte Artikel mit einer Gegendarstellung am gleichen Platze koterkariert werden können soll, was dazu führen kann, daß als Aufmachertext auf der ersten Seite Gegendarstellungen erfolgen, so daß jeder Bürger hinreichend davon Kenntnis nehmen kann.

Und wegfallen sollen die bei vielen Redaktionen beliebten Zusätze nach dem Schlußsatz der Gegendarstellung, daß man bei der eigenen Darstellung bleibe oder daß man diesen Text ungeachtet seines Wahrheitsgehaltes veröffentlichen müsse. Solche Stellungnahmen sollen erst in der folgenden Ausgabe möglich sein.

Dieser Gesetzesentwurf, den man nur begrüßen kann, hat natürlich bei den Medien und dem Journalisten-Verband hohe Wellen geschlagen. Manch ein Schreiberling, gerade aus der alternativen-multikulti-Ecke sieht gar schon die Pressefreiheit gefährdet. Dabei hat dieser Gesetzesentwurf des roten Herrn Lafontaine keinerlei Presseeinschränkende Wirkung. Denn die Aufgabe der Presse sollte alleine die objektive Berichterstattung sein, nicht mehr.

Welche Macht die Medien in diesem Staate als fast allgewaltige und unkontrollierte Einrichtung haben, wird jeder Mensch selber einsehen, wenn er sich nur ehrlich fragt, worauf sich seine persönliche Meinung zu Dingen des politischen Geschehens zum größten Teil begründet. Fast jeder ließt Zeitung, schaut die Nachrichtensendungen und Politmagazine im Fernsehn an und gewinnt natürlich zum wesentlichen Teil dadurch auch die für ihn wichtigen Informationen.

Die meisten Menschen aber haben es in dieser Konsumgesellschaft, in der sie ja fast alles serviert bekommen, verlernt, differenziert zu denken, erhaltene Information zu vergleichen und gegebenenfalls kritisch nachzufragen.

Dieses kritische Auseinandersetzen mit den politischen und gesellschaftlichen Themen, die einen nur indirekt in der eigenen Person berühren, hat man den meisten regelrecht aberzogen.

Nicht durch staatliche Maßnahmen in Form von Verbotsgesetzen, sondern durch die Macht der Medien, die natürlich für solche Aufgaben in einem "freien" Staat hervorragend geeignet sind. Schon andere Politiker als die heutigen haben erkannt, daß ein erfundener Tatbestand, also eine Lüge, nur oft und eindringlich genug massenwirksam wiederholt werden muß, bis er schließlich zu einer gern geglaubten "Wahrheit" wird. So werden "Tatsachen" geschaffen, egal, ob sie stimmen oder nicht, der Bürger bekommt sie serviert und braucht nicht selber nachzudenken.

So einfach ist das.

Aber wehe denen, die sich nicht berieseln und belügen lassen wollen, die genauer nachfragen und kritische, unbequeme Fragen stellen. Dann sind sich die vier etablierten Gewalten in diesem Staate einig und verfolgen geradezu gnadenlos die elenden Querdenker.

Veränderungen aber sind wichtig und natürlich. Sie können nur durch das Ausscheren aus der vorgegebenen gesellschaftlichen und politischen Spur erwachsen; die gegenwärtige Stagnation der Politik wird für viele Menschen mehr und mehr zur geistigen Fessel.

Wer sein eigenes Volk mit Dogmen und künstlichen Komplexen geistig fesselt hat aber jedes Recht verloren von einem freien Rechtsstaat zu sprechen!

Ein Wort in eigener Sache

Die überwältigende Reaktion auf die bisher erschienen Ausgaben des AUFBRUCH zeigen uns deutlich, daß immer mehr Deutsche die Nase voll haben von Versprechungen und der ewigen Hinhaltetaktik der etablierten Parteien im Bonner Parlament.

Nur den AUFBRUCH regelmäßig zu lesen, reicht aber nicht, um an der realen politischen Situation etwas konkretes zu verändern. Dazu bedarf es mehr.

Natürlich hat dieser Staat ein Auge auf uns geworfen, weil wir ihm zu unbequem werden. Diese Tatsache aber wird niemanden davon abhalten, dem wirklich etwas an seiner persönlichen Zukunft und der seiner Kinder liegt, unsere Zeitung und unsere Partei, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), tatkräftig mit seinen Mitteln zu unterstützen.

1994 ist ein Wahljahr, das entscheidende Weichenstellungen in der deutschen Politik und damit für die Zukunft unseres ganzen Volkes bewirken kann und wird.

Daher ist es jetzt ganz besonders wichtig klar und eindeutig Stellung zu beziehen und mitzumachen.

Wir sind zugegeben eine noch kleine Partei, aber wohl mit den klarsten und deutlichsten politischen Aussagen.

Wir versprechen keine Wunder, nicht noch mehr Wohlstand, sondern zeigen an Hand der Realität Lösungsmöglichkeiten für eine gemeinsame friedfertige deutsche Zukunft auf.

Nicht Neid und Wohlstandsdenken sind unser Leitgedanke, wir wollen keine künstlichen Gräben innerhalb der Gesellschaft schaffen, sondern wir streben eine soziale Tatgemeinschaft aller deutschen Menschen an, in der jeder nach seinen Fähigkeiten seinen Platz einnimmt und sowohl für sich, wie für sein ganzes Volk Verantwortung übernimmt.

Daher gibt es nur eine politische Alternative zu dem herrschenden Polit-Chaos:

Die FAP unterstützen durch Mitgliedschaft, durch Wahkampfhilfe, oder duch Geld- und Sachspenden.

Wir sind keine Berufspolitiker, sondern verwenden jede Mark für die Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten !

Mithelfen und mitmachen, es geht um unsere Zukunft !

Werbespots und Chancengleichheit

"Rechte" Parteien sind nicht willkommen

Die kommenden Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Die öffentlich-rechtlichen Medien diskutieren über die Wahlsendungen und Werbespots der antretenden Parteien.

Natürlich bekommen sie Bauchschmerzen, wenn es darum geht, auch nationalen Parteien die Möglichkeit zur Sendung ihrer Werbespots einzuräumen. Dazu aber sind sie nach den geltenden Bestimmungen in fast allen Bundesländern verpflichtet.

So einigten sich die Intendanten der ARD-Fernsehanstalten einstimmig darauf, wie sie mit den Wahlwerbesendungen verfahren werden. Danach wird der SFB und Radio Bremen ganz auf die Ausstrahlung solcher Sendungen verzichten, da es in den Bundesländern keine gesetzliche Verpflichtung dazu gibt.

Ansonsten will man aber die mißliebige nationale Opposition doch zu Wort kommen lassen.

Man wolle vermeiden, daß sich "Rechtsextremisten" in die Sendungen hineinklagen, sagte ARD-Chefredakteur Hartmann von der Tann vor Journalisten in Hamburg.

In neun Sondersendungen will das Erste Deutsche Fernsehen "wahlentscheidende Themen" kritisch beleuchten.

Das ZDF dagegen will die Werbesendungen rechter Parteien genau prüfen, obwohl Chefredakteur Klaus Bresser nicht davon ausgeht, daß diese Wahlspots rechtlich angreifbar sein werden.

ZDF-Justitarin Gudrun Lutter wies darauf hin, daß "eine Partei sogar verfassungswidrige Inhalte verbreiten kann. Es kann ja auch nicht unsere Aufgabe sein, von den Spots etwas wegzuschneiden und damit der Partei ermöglichen, sich als Wolf im Schaftspelz zu verhalten."

Wieder spielen die Meinungsmedien ihre Machtposition voll und ganz aus. Werbesendungen werden nur dann gesendet, wenn der Gesetzgeber dafür die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen hat, ansonsten haben kleine Parteien gar keine Chance, die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Die privaten Sender boykottieren ohnehin jede nationalegesinnte Wahlwerbesendung.

So sieht sie aus, die Meinungs- und Pressefreiheit in dieser Republik.

Wenn es aber darum geht, mit hetzerischen und verfälschten Sendungen über die nationale Opposition höhere Einschaltquoten zu erheischen, dann sind die bösen "Rechten" gut genug.

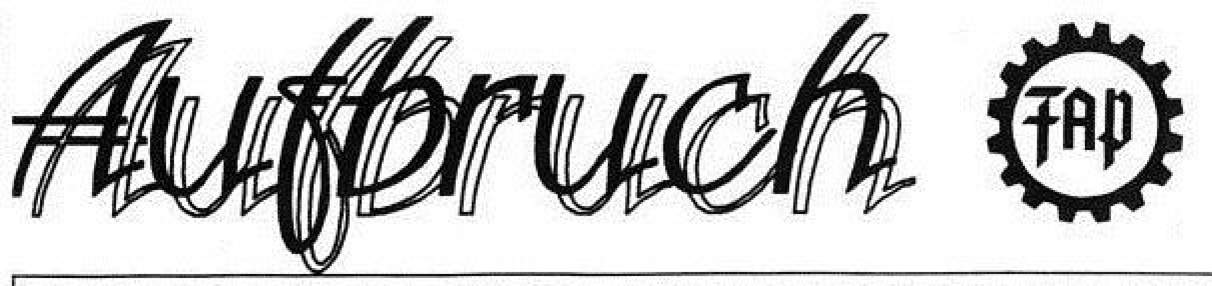
Es bleibt zu hoffen, daß der deutsche Bürger erkennt, wo seine wirklichen Interessenvertreter zu finden sind und wo nur gehetzt und verdreht wird.

Arme werden immer ärmer

Auch in Potsdam wächst die Not

Auch in Brandenburgs Landeshauptstadt werden die Armen immer ärmer und zahlreicher, prognostizierte der Leiter des Potsdamer Sozialamtes Siegfried Loewke. "Das Westniveau ist bald erreicht", ist sich der aus NRW stammende Beamte sicher. Neben Heimbewohnern machen ihm zwei weitere Gruppen am meisten Sorgen: die alleinstehenden Mütter mit mehreren Kindern und die Asylbewerber. Laut seinen Angaben gab Potsdams Sozialkasse 1993 monatlich eine Million DM für rund 600 Asylbewerber aus. Ihre Zahl soll sich dieses Jahr um 300 erhöhen.

Brandenburg geht mit dem Schicksal deutscher Mütter mit mehreren Kindern ebenso um, wie dieser ganze Staat. Anstatt Millionen für Asylanten auszugeben, von denen sowieso der größte Teil über kurz oder lang abgeschoben wird, sollte das Geld zuerst für die eigene notleidende Bevölkerung verwendet werden. Kein Wunder, daß der Ausländerhaß ehr zu- als abnimmt!



Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

2. Jahrgang | 6. Ausgabe | März 1994 | Preis: 1,50 DM

Demokratie auf dem Prüfstand

Mehrheitswahlrecht contra Verhältniswahlrecht

Immer mehr Politiker der Etablierten sind für die Einführung des Mehrheitswahlrechts - Die eigene Machterhaltung ist wichtiger als der Wille des Wählers, die Angst vor Protestparteien geht um

Die politische Landschaft in Deutschland verändert sich immer schneller.

Immer mehr kleine Parteien machen den etablierten Konkurrenz. Und schon geistert der Begriff der drohenden "Weimarer Zustände" durch die aufgescheuchte Politriege der großen.

Es war der Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der kurz vor seinem 75. Geburtstag die Diskussion über die Einführung des Mehrheitswahlrechts erneut entfachte. Die offenkundige Abhängigkeit der Bonner Koalition von der FDP hat auch einige CDU-Abgeordnete bewogen, den Vorschlag zu unterstützen. Bei den Spitzen der Parteien verhallte jedoch der Ruf, wie im Sommer letzten Jahres, als der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU), und der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, auf diese Weise angeblich die Demokratie stabilisieren und den Aufstieg der Republikaner und anderer nationaler Parteien bremsen bzw. verhindern wollten.

In Bonn geht die Angst vor unliebsamer Konkurrenz um, wenn der Wille des Wählers einmal nicht mehr durch Versprechungen und Unwahrheiten an die etablierten Parteien gebunden werden könnte. Die 5% Sperrklausel ist den Etablierten nicht mehr sicher genug.

Seite 6



BANKEN - *das miese Geschäft mit der Unwissenheit und Unsicherheit der Bürger*

Rund 1,5 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik sind überschuldet, weitere auf dem Weg dahin.

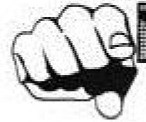
An das Schuldenmachen werden die Bundesbürger ja schon früh gewöhnt.

Da gibt es Jugendkonten, kostenlose Kontenführung für Schüler und Studenten, selbst ein Dispo-Kredit ist bei Minderjährigen möglich. Im Gegensatz zu den Älteren, denen früher das Sparen beigebracht wurde, legt die Konsumwirtschaft und insbesondere die Werbung der Banken heute mehr Wert auf das Geldausgeben.

1992 erreichte die Summe der Verbraucherkredite die Rekordhöhe von 324 Milliarden DM, oder anders ausgedrückt, 40000 DM je Haushalt.

Millionen Menschen befinden sich damit in direkter finanzieller, und somit existenzieller Abhängigkeit von Banken und anderen Kreditinstituten, die eine individuelle zukünftige Lebensplanung fast unmöglich werden läßt.

Seite 2



"Schindler's Liste" – Spielbergs Machwerk

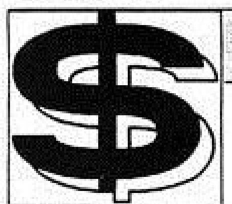
Die antideutsche Hetze aus Hollywood geht weiter

Die antideutsche Hetze aus der "Traumfabrik" Hollywood geht weiter.

Nach dem Filmmachwerk Holocaust, das inzwischen ziemlich verschlissen ist, hat der jüdische Regisseur Steven Spielberg eine neue Trumpfkarte aus dem Ärmel gezaubert, um tatkräftig die deutsche NS-Vergangenheit mit aufzuarbeiten, wie er sagt. Mit seinem jüngsten Film über den Sudetendeutschen Unternehmer Oskar Schindler hofft er nicht nur auf Reingewinn und Oskars, sondern möchte dazu beitragen, daß die heutige und auch alle zukünftigen deutschen Generationen ständig mit dem Thema Judenvernichtung konfrontiert werden.

Inspiriert habe ihn seine eigene Scham, verriet Spielberg in einem Interview, Scham darüber, daß er in seiner Jugend nicht stolz auf seine jüdischen Wurzeln war.

Seite 3



SCHULDEN UND ZINSEN -

Der hemmungslose Profit mit der verpfändeten Arbeitskraft der ehrlichen Deutschen

So schnell Banken und Sparkassen mit der Kreditvergabe sind, so rasch sind sie auch, wenn die Ratenzahlungen stocken oder das Konto heillos überzogen ist: diese schmerzliche Erfahrung machen täglich tausende in dieser Republik.
Die seit dem 1. Januar 1993 geltenden neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen geben den Kreditinstituten das Recht, Kredite jederzeit "unter Einhaltung einer angemessenen Frist" und "bei wichtigem Grund" auch fristlos kündigen zu dürfen.
Welche Frist aber "angemessen" und welcher Grund "wichtig" ist, bestimmen freilich die Banken alleine.

Die meisten Bürger sind von der Konsumvielfalt und dem leicht zu habenden Geld, um sich die Wünsche erfüllen zu können, oftmals so leicht beeindruckt, daß sie eventuelle zukünftige Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder sonstige anstehenden finanziellen Verpflichtungen übersehen und einfach zugreifen. Kein Kreditinstitut macht aber auf solche Risiken aufmerksam. Was zählt, ist die Kreditvergabe und damit das Geschäft mit den Zinsen.
Hinzu kommt, daß die Kredit- und damit die Verschuldungsmöglichkeiten immer mehr durch **Kreditkarten, Autokauf auf Pump, Kundenkarten und Versandhauskauf auf Raten** erweitert werden.
Auf diese Weise, klagen die Verbraucherschützer, geht vielen der Überblick verloren. Das einzige was dann noch hilft, ist die Führung eines genauen Finanzplanes oder eines Haushaltsbuches.
Denn die Banken kennen kein Pardon:
Wer nicht zahlen kann wird gepfändet, dessen Existenz ist dann in den meisten Fällen ruiniert, das soziale Aus greifbar nahe.
Nun könnte man meinen, daß die Menschen, die sich in solch finanzielle Abhängigkeiten begeben und nicht mehr hinausfinden, selber schuld sind. Denn schließlich ist man ja ein mündiger Bürger, der für das, was er tut auch einzustehen hat.
Diese Argumentation ist billig und viel zu oberflächlich.
Der deutsche Bundesbürger, meist von Kindesbeinen an materiellen Wohlstand und Konsum gewohnt, hat im allgemeinen nicht mehr gelernt, differenziert sachlich zu denken und Verantwortung zu übernehmen.

Die Macht der Werbung machts möglich

Die ständige subtile Macht der Werbung, besonders in den allgemein zugängigen Medien, hat nur ein Ziel:
Es sollen künstliche Bedürfnisse erweckt werden, deren Befriedigung immer stärker in den Mittelpunkt des persönlichen Strebens rücken, dabei den noch klaren Restverstand der potentiellen Kunden, und das ist fast jeder Mensch in dieser Gesellschaft, abschalten, vorhandene Hemmschwellen überwinden und somit das Zugreifen auf scheinbar günstige individuelle Bedürfnisbefridigungsmöglichkeiten maximal zu erleichtern; natürlich ohne auch nur im geringsten über eventuelle Folgen des eigenen handelns nachzudenken.
Hauptsache ist, daß das Geschäft blüht und der "Kunde" möglichst lange durch die Verpfändung seiner Arbeitskraft der Bank zu Profit und Macht verhilft.

Die herrschende Geldwirtschaft hat ihre eigene, unmoralische und inhumane Logik. Da werden Zinsen und Zinseszinsen verlangt für ein Tauschmittel, das Geld, das als Relationsmaßstab eigentlich nur den Warenverkehr regeln sollte.
Da müssen arbeitende Menschen Teile ihrer Arbeitskraft an Geldinstitute verpfänden und oftmals mehr als das doppelte von dem, was sie sich geliehen haben, an Zinsen zurückzahlen, nur weil man sie nie eindeutig über die komplexe Eigendynamik der Geld- und Zinswirtschaft aufgeklärt hat, weil die breite Masse der Bevölkerung durch den Wegwerfwahnsinn der letzten Jahrzehnte künstlich "gefüttert" und damit sinnlos verwöhnt wurde.
Es wäre zumindest die Pflicht der Geldverleiher, die Menschen aufzuklären über eventuelle Folgen der Zahlungsunfähigkeit, ganz abgesehen von dem (Un)Sinn der übersteigerten Zins und Zinseszinsklammer, die sich für viele für den Rest ihres Lebens wie eine eiserne Fessel um ihre persönliche Lebensgestaltung legt. Denn wer einmal in den Dateien der **Schufa** regestriert ist hat seine wirtschaftliche Glaubwürdigkeit in diesem System verloren, auch wenn es sich nur um geringe Schuldbeträge handeln sollte.

Primat der Politik, nicht des Profits, sichert die deutsche Zukunft

Ein Staat, der in seiner Handlungs- und Entscheidungsweise mehr und mehr offen nur noch von rein wirtschaftlichen und profitorientierten Interessen abhängig ist, und dabei die eigentlichen langfristigen Lebensgrundlagen des eigenen Volkes zwangsläufig zerstört, wie dies gegenwärtig geschieht, kann nicht der Garant einer Zukunft unserer deutschen Generationen sein.
In einer zukunftstragenden staatlichen Ordnung muß die politische und weltanschauliche Maxime grundsätzlich Vorrang vor wirtschaftlichen und gewinnorientierten Interessen einzelner haben. Nicht das Primat der Wirtschaft, sondern der Politk ist die Voraussetzung lebens- und artgerechter Gestaltung.
Der Geldwirtschaft fällt dann ihre eigentliche Stellung zu, als Relationsmechanismus den inner- und außerstaatlichen Warenverkehr zu regeln, nicht mehr und nicht weniger.
Wer ehrlich arbeitet, dem steht ein gerechter Lohn zu, nach seiner erbrachten Leistung.
Wer aber mit der Unwissenheit und Unsicherheit Millionen arbeitender Menschen diese in oftmals sklavenähnliche Abhängigkeit bringt, und damit Riesengewinne durch Zinsgeschäfte und Spekulationen erzielt, ohne selber dafür eine produktive Gegenleistung erbracht zu haben verstößt gegen jede moralische Würde, handelt menschenverachtend und ist im Grunde ein zerstörerisches Krebsgeschwür in der Gemeinschaft eines Volkes.
Auf dieser Grundlage kann kein staatliches System die gegenwärtigen Probleme der Zeit bewältigen, es wird vielmehr in den eingenen Fallstricken der Wirtschafts- und Politmachenschaften gefesselt zu Boden stürzen und vom Schutt der Zeit begraben werden !

Hollywood - das Gewissen der deutschen Nation..?

Der Erfolgsregisseur Steven Spielberg hat mit seinem neuesten Film die unendliche Geschichte der angeblichen Deutschen Schuld fortgesetzt. In den USA ist er Pflichtfilm für Schulklassen um jedem Kind den "häßlichen Deutschen" nach bewährter Hollywoodmanier zu präsentieren. Hierzulande feiern "sachkundige" Zeitgeistkritiker den Film als "Ereignis der Zeitgeschichte". Bevor der Film in den Kinos auch nur eine müde Mark eingebracht hat wird er von einschlägigen Kreisen aus Politik. Wirtschaft und Kultur bereits als der Supererfolg gepriesen. Nicht ohne Grund, schließlich hat das Filmmachwerk Holocaust (made in Hollywood) Staub angesetzt, da muß dringend etwas neues her.

Wiedereinmal kommt sie aus Hollywood, die tatkräftige Hilfe bei der Aufarbeitung der deutschen Geschichte. In altbewährter Manier wird der implantierte Schuldkomplex der Deutschen aufpoliert, drohte er doch in den letzten vier Jahren etwas Span anzusetzen.

Den richtigen Riecher dafür hatte der Filmemacher Spielberg. Getrieben durch sein eigenes Gewissen und inspiriert durch Filmkollegen, Buchautoren und wichtigen Geldgebern machte sich Spielberg an das Thema Judenverfolgung und es entstand ein Filmmonument, wie es wohl gelungener in seiner Intention nicht hätte werden können.

Behandelt wird die autentische Geschichte des deutschen Unternehmers Oskar Schindler, der gegen Kriegsende eine Liste von 1200 jüdischen Arbeitern anfertigte und sie in einer Munitionsfabrik bis zur Kapitulation Deutschlands beschäftigte. Der in dem Film als eiskalter Kriegsgewinnler dargestellte Schindler erfährt bei Spielberg eine urplötzliche innere Wandlung, er wird buchstäblich vom Saulus zum Paulus und rettet die 1200 jüdischen Arbeiter vor der angeblichen Vernichtung, indem er sie den "Nazis" abkauft.

Das Image des bösen Deutschen darf nicht sterben, schon gar nicht bei den Deutschen selber. Nach dieser Maxime entstand dieser Film, der mit sachlicher historischer Aufarbeitung nicht das geringste zu tun hat.

Was damals wirklich geschah, das zu klären ist allein Sache von unabhängigen Historikern und Wissenschaftlern anderer Gebiete, nicht aber von gewinnorientierten und zweckverfolgenden Film- und Politmagnaten.

Dieser Film klärt nicht auf, er



Der jüdische Regisseur Steven Spielberg

verzichtet auf Daten und Fakten, ausgenommen der Person Schindlers, verzichtet auf kritische Fragestellungen, sondern er stellt einen eindeutigen Tatbestand her und versucht durch seine Machart in die Tiefen der Zuschauerpsyche zu wirken; das anerzogene latente Kollektivschuldbewußtsein der Bundesbürger in den Vordergrund der Psyche zu heben und somit jegliche differenzierte Betrachtungsweise der eigenen Historie von vornherein zu blockieren.

Dieser Film ist nicht zur geschichtlichen Wahrheitsfindung gedacht, sondern ein weiteres Element der Anklage gegen das deutsche Volk, gegen uns alle, gestern, heute und für alle Zeiten.

Und schon werden auch hierzulande die Rufe der Politiker laut, daß sich jeder anständige Bundesbürger diesen Film ansehen sollte, daß er auch Pflichtveranstaltung für die Schüler der Republik werden muß. Nachfolgende Diskussionen aber sind nur erwünscht, wenn die Schlußfolgerung auch in die richtige Richtung tendiert.

Allen voran hat sich unser Herr Bundespräsident von Weizsäcker den Film natürlich bei seiner Deutschlandpremiere angeschaut, in trautem Beisein des, bei solchen Anlässen niemals an seiner Seite fehlenden Herrn Bubis; beide dienen ja als eine Art moralisches Gewissen was die deutsche Geschichte angeht.

Dies zeigt den Stellenwert auf, den dieser Streifen einnimmt.

Natürlich bleibt es jedem selber überlassen dafür Kinogeld auszugeben oder zu warten, bis er auf Video und im Fernsehprogramm als ständige Wiederholung zu sehen ist. Man sollte sich aber gerade mit dieser sensiblen Thematik weitaus intensiver befassen und darauf achten, daß man sich dabei nicht vom niederen Zeitgeistniveau fangen läßt. Denn schließlich geht es um unser Selbstverständnis als Deutsche, das so unendlich wichtig ist um die heutigen und zukünftigen Probleme unseres Volkes zu bewältigen. Und je mehr Menschen sich in aller Welt mit dem Thema der Judenverfolgung beschäftigen, desto häufiger werden auch kritische Fragen gestellt. Fragen, deren Beantwortung zumindest in diesem Staate zur Zeit noch mit drakonischen Strafen bedacht werden, die aber unerläßlich sind, will man ehrlich die geschichtliche Wahrheit finden.

Gewiß tut eine sachliche und differenzierte Aufarbeitung der Vergangenheit not, die bisher noch nicht stattgefunden hat, um endlich ohne Vorbehalte Tatsachen und Mythen auch als solche für alle Zeiten klarzustellen.

Es ist aber längst nicht allein die deutsche Geschichte, die einer genauen Klärung und Aufarbeitung bedarf.

Wie wäre es, wenn man dem Herrn Spielberg den Vorschlag unterbreitet, einen dreistündigen Film über die Ausrottung der Indianer Nordamerikas durch die glorreiche amerikanische Demokratie, oder über das Leben der palästinensischen Bevölkerung und deren Verfolgung im Staate Israel seit 1948 zu drehen...?

Diese Filme würden sicher nicht Pflichtlektüre in Deutschland und den USA!

Wir Deutschen von heute haben jedenfalls keine Juden oden sonst irgend jemanden umgebracht und somit keinerlei Anlaß uns mit Schuldkomplexen befassen zu müssen, das steht fest. Und genau deswegen sollten wir Historie als Historie und Gegenwart als Gegenwart betrachten und keinen müden Pfennig für Hollywoodmachwerke à la Holocaust und Schindler's Liste ausgeben!

Hauptstadt Berlin

Auf Berlin kommt eine neue Drogenschwemme zu

Osteuropäische Großdealer nutzen das Verteilernetz für illegalen Zigarettenschmuggel, um harte Drogen an den Mann zu bringen. Die Hauptstadt gerät immer fester in die Hände ausländischer Verbrecherbanden. Aber statt harter politischer und strafrechtlicher Konsequenzen wird verstärkt für die Multikultur und die Überfremdung geworben. Die politisch Verantwortlichen der etablierten Parteien zerstören systematisch mit ihrer Politik diese Stadt und die darin lebenden deutschen Menschen !

Nach offiziellen Schätzungen nehmen in der Hauptstadt etwa 8000 bis 9000 Menschen harte Drogen wie Kokain oder Heroin. Spezialisten der Polizei gehen aber davon aus, daß sich diese Zahl in den nächsten Monaten drastisch erhöhen wird. Sie sind sicher, daß auf Berlin eine neue Schwemme von Drogen zukommt.

Die Polizei alleine ist machtlos. Auch mit immer wieder massiven Einsätzen hat sie die Szene nicht zerschlagen können; die sichtbaren Zentren des Drogenumschlages in der Stadt haben sich nur verlagert. War es in der Vergangenheit der Breitscheidplatz in Charlottenburg, wo sich die Süchtigen den Stoff besorgen konnten, so hat sich die Szene nun verlagert, rund um das Kottbusser Tor, an den Nollendorfplatz, auf die Kurfürstenstraße rund Potsdamer Straße.

Anwohner, die sich von den Dealern und den Süchtigen bedroht fühlten und um ihre Gesundheit und der ihrer Kinder fürchten, wurden sogar von diesem Staat noch bestraft als sie im Herbst letzten Jahres mit einer kleinen spontanen Unmutsäußerung über die Zustände mit selbstgebastelten Plakaten und Spruchbändern vor ihren Wohnungstüren auf der Potsdamer Straße demonstrierten. Alle Beteiligten erhielten dafür eine Ordnungsstrafe und mußten zahlen; die ausländischen Dealer stehen noch heute unbehelligt dort und verderben mit ihrem Stoff jugendliche Deutsche.

Experten der Polizei befürchten, daß gerade die osteuropäischen Großdealer die vorhandenen Verteilerstrukturen des florierenden Zigarettenschmuggles nutzen werden, um den Stoff an den Mann zu bringen. Ebenfalls neu, um Rauschgift in die Hauptstadt zu schmuggeln, ist die westafrikanische Route. Dabei gelangt der Stoff von Ghana über Zürich nach Berlin. Die Drogenkuriere schlucken mit Rauschgift gefüllte Kondome, sogenannte Container. Danach fliegen sie nach Europa und melden sich bei ihren Kontaktmännern. Gerade die Einreise nach Deutschland wird ihnen durch die liberale Ausländer- und Asylpolitk leicht gemacht, brauchen sie doch nur das Zauberwort "Asyl" zu stammeln oder angeblich irgendwelche Verwandten zu besuchen.

Im vergangenen Jahr stellten Deutsche Fahnder allein in Berlin 15 Kilogramm Heroin und 35 Kilogramm Kokain sicher.

Längst werden deutsche Jugentliche vor und in den Schulen von professionellen Dealern zum Drogenkonsum verführt. Auch in Jugendeinrichtungen und Discotheken versuchen diese Verbrecher mit allen Tricks, selbst mit brutaler Gewalt, mehr und mehr Kinder und Jugendliche zu ihren "Kunden" zu machen.

Wer einmal in die Fänge der Abhängigkeit geraten ist hat es sehr, sehr schwer wieder "clean" zu werden. Glück hat der, der noch ein einigermaßen intaktes soziales Umfeld, wie Familie oder Freunde hat, das ihn auffangen und ihm helfen kann. Doch das ist in der Regel die Ausnahme. Der Rest vegetiert oft über Jahre hinweg einem jämmerlichen Tot entgegen. Hilfe von diesem Staat hat er nicht zu erwarten. Wie auch, tragen die verantwortlichen politischen "Volksvertreter" in ihrer politischen Gesamtheit doch die maßgebliche Hauptschuld an diesen Zuständen.

Die immer wieder viel beschworene Aufkärung reicht längst nicht mehr aus, das belegen die Statistiken.

Auch die Abschreckung durch drohende Strafen, falls überhaupt ein Dealer erwischt und verurteilt wird, ist geradezu lächerlich.

Und obwohl allen Parteien und gesellschaftlich engagierten Organisationen und Gruppen die Problematik und die Zusammenhänge zwischen dem Drogenmißbrauch, der liberalen Ausländerpolitik und dem viel zu geringen Strafmaß bekannt sind, wagt niemand eindeutig politische Positionen zu beziehen.

Wer mit Drogen handelt, tötet Menschen. Daher muß jeder Dealer wegen heimtückischen Mordes verfolgt werden. Für eine wirkliche Abschreckung ist das Strafmaß mitentscheident. Was nützt es, wenn der verurteilte Dealer spätestens nach 10 Jahren wegen guter Führung entlassen wird, um dann sein menschenverachtendes Geschäft an anderer Stelle fortzuführen?

Drogendealer haben nur ein Recht, nämlich für den Rest ihres Lebens in einem Arbeitslager wenigstens einen Teil ihrer Schuld mit eigener Hände Arbeit wieder gut zu machen!

Die maßgebliche Hauptschuld an dem Drogenelend trägt dieser Staat, der erst mit seinen liberalen Gesetzen und der ständigen Überfremdung ausländische Banden geradezu animiert, in Deutschland ihr zerstörerisches Unwesen zu treiben!!!

Es ist mehr als grotesk, wenn die etablierten Parteien auf der einen Seite vor jeder anstehenden Wahl um das Vertrauen der deutschen Wähler feilschen und auf der anderen Seite eben diese Parteien und deren gewählte Politiker dann allen Ernstes den Konsum harter Drogen legalisieren wollen. Der deutsche Wähler sollte endlich schlau genug geworden sein, um den etablierten volkszerstörenden Parteien kein Vertrauen und keine Stimme mehr zu geben!!!

Drogendealer lebenslang ins Arbeitslager !

Schluß mit der liberalen Ausländer- und Asylpolitik !

Es geht um das Leben und die Zukunft unserer Kinder !!!

Hauptstadt Berlin

Berliner Polizisten

Mangelhaft ausgerüstet, überlastet und politisch mißbraucht

Von Sicherheit auf den Straßen Berlins zu sprechen verrät Optimismus. Das restliche bischen jedenfalls hängt nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) an einem seidenen Faden. Den Beamten fehlt manchmal sogar die Grundausrüstung.
Viele sind es leid, sich ständig Ausrüstungsgegenstände selber besorgen zu müssen, weil sie von ihrem Dienstherren aus Kostengründen nicht zur Verfügung gestellt werden.
So geht es vielen der rund 20.000 Berliner Polizisten.
Da müssen viele zwei Stunden vor Dienstbegin im Büro sein, um endlich einen freien Computer zu erwischen oder sich von zu Hause selber ihre elektrische Schreibmaschine mitbringen, schußsichere Westen und Handschellen werden oftmals auf Flohmärkten selbstständig besorgt.
Die GdP spricht von einem seit Jahren unbefriedigenden Zustand. "Nach der Wende haben wir einen Teil unserer veralteten Technik in die Reviere der Ostbezirke gebracht, damit die Kollegen überhaupt arbeitsfähig waren", erklärt ein Sprecher der GdP. Heute ist die Hälfte der Fahrzeuge schrottreif. "Wir fahren zum Teil noch mit Autos in der Gegend herum, die das Funkgerät im Kofferraum haben. Bei jedem Frequenzwechsel muß der Beamte aussteigen und den Kofferaum öffnen. Aber damit nicht genug. In Berlin teilen sich 90 Beamte einen Computer. Es gibt mittlerweile Kollegen, die ihren Computer von zu Hause mitbringen."
Ein Kriminalhauptkommissar: "Wir können schon froh sein, wenn wir zum Jahresende noch genug Filme zum Fotografieren von Tatorten haben". Von Motivation sei längst keine Rede mehr. Hundertausende Überstunden machen deutlich, daß die Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten ist.
Die Polizei - Dein Freund und Helfer - oder vielmehr der Prügelknabe einer chaotischen Politik in dieser Stadt?
Was ist das für eine Haltung, die die verantwortlichen Politiker den Bürgern entgegenbringt, die unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens für die Sicherheit aller Deutschen ihr berufliches Polizistendasein fristen?
Es ist die gleiche Einstellung, wie sie auch in anderen Bereichen des Lebens sichtbar wird. Mit allen Mitteln wird auf dem Rücken der anständigen Menschen in diesem Staat eine Spar- und Ausbeutungspolitik durchgepeitscht, die sich mehr und mehr zerstörerisch auswirkt.
Von den Politikern buchstäblich im Regen stehen gelassen versehen deutsche Polizisten ihren Dienst, müssen sich von allen Seiten beschimpfen lassen, dürfen sich im Falle eines Angriffs kaum wehren, werden für ihre Arbeit im Verhältnis zu wenig entlohnt, und dienen hauptsächlich als Prügelknaben der verantwortungslosen Politmafia in diesem Staat. Man muß bei dieser Betrachtung allerdings zwischen den einfachen Beamten und denjenigen unterscheiden, die aus Karrieregründen sich gewissenlos an die etablierten Parteien anbiedern, also Parteibuchpolizisten sind. Die nämlich treiben mit ihren untergebenen Berufskollegen das schmutzige Spiel der absoluten Hörigkeit. Wie oft kommt das Argument einfacher Beamter, wenn man sich mit ihnen unterhält, dieser Einsatz sei nicht richtig oder verstößt gegen geltendes Recht, man müsse aber so handeln, es sei von oben angeordnet.
Die einfachen ehrlichen Beamten werden von der regierenden Politclique mißbraucht, ja man macht sie oft, und nicht nur in Berlin, zu regelrechten "Polithuren", die mal eben wieder einige Überstunden schieben müssen, nur weil dem Herrn Innenminister diese oder jene Gruppierung oder Veranstaltung nicht gefällt. So werden ständig Millionen verschleudert, Polizisten verschlissen und das eigenliche Verbrechen auf den Straßen Stück für Stück Normalität. Es scheint, daß dieser Staat längst vor der organisierten Kriminalität kapituliert hat. Wie aber soll die deutsche Polizei die Mafia bekämpfen, wenn der Senat die nötigen Gelder verweigert, und stattdessen sinnloserweise nationale Deutsche verfolgen muß, nur weil einige Parteibuchidioten sich profilieren wollen?
Es wird Zeit, daß auch der einfache Beamte zwischen Freund und Feind zu unterscheiden lernt. Denn der Feind steht längst in den eigenen Reihen !!!

Deutsche Kinder werden an Berliner Schulen zum Selbsthaß erzogen

Schulsenator Jürgen Klemann will " Schindlers Liste" zur Pflichtveranstaltung machen

Schulsenator Jürgen Klemann (CDU) hat in einem Rundschreiben den Klassen der Oberschulen einen Besuch des Hollywood Machwerks "Schindlers Liste" von dem jüdischen Regisseur Steven Spielberg empfohlen. "Der Film ist wahrheitsgetreu und zeigt die schreckliche und heute von Unwissenden oder Böswilligen geleugnete Vergangenheit in aller Deutlichkeit", betonte der Schulsenator nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis.
Auch denkt Klemann daran, den Film zur Pflichveranstaltung werden zu lassen, der fester Bestandteil des Unterrichtes sein wird.
Es ist eine geradezu ein Verbrechen, wie dieser selbstherrliche Schulsenator aus seiner verqueren ideologischen Sichtweise den deutschen Kindern einen Selbsthaßkomplex mittels eines profitorientierten Spielfilms implantieren möchte. Natürlich wird er dabei von Ignatz Bubis und seines gleichen kräftig unterstützt.
Der Herr Schulsenator scheint eine Art Übermensch zu sein, oder aber er besitzt mehrere Leben, wenn er so genau weiß, daß das, was der Film beinhaltet auch tatsächlich der Realität von einst so hundertprozentig entspricht. Jedenfalls arbeiten dutzende Historiker an diesem Thema und es werden auch immer wieder die unterschiedlichsten Meinungen und Darstellungen geäußert. Wie kann sich dann dieser Senator hinstellen und sagen, so war es ?
Und gerade die junge deutsche Generation sollte man zu differenzierten Denken erziehen und nicht in Selbsthaß verfallen, ohne Ideale auf den Straßen herumirren lassen.
Das Vorhaben des Schulsenators wäre ein geeigneter Anlaß für alle noch klar denkenden Eltern, gemeinsam mit ihren Kindern einen Schulstreik zu organisieren !

Die Schule ist eine Bildungseinrichtung und keine Umerziehungsanstalt !

Hände weg von unserer deutschen Jugend !

Schluß mit dem Selbsthaß ! Unsere Jugend ist unsere Zukunft !!!

Zukunft erarbeiten – FAP-Mitglied werden !

Mehrheitswahlrecht -
Machterhaltung und noch weniger Mitbestimmung - der Bürger wäre abgemeldet

Gegenwärtig gilt in der Bundesrepublik das **Verhältniswahlrecht:**
Die Zusammensetzung des Bundestages ergibt sich aus den Stimm-Anteilen der Parteien, die von den Wählern mit ihrer sogenannten Zweitstimme festgelegt werden.
Beim **Mehrheitswahlrecht** dagegen müssen die Kandidaten für einen Parlamentssitz in ihrem Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen erringen. Die unterlegenen Kandidaten fallen dann einfach "unter den Tisch". Dieses Wahlrecht ermöglicht es, wie in den USA und England, daß eine Partei regiert und die zweite opponiert, eine dritte ist oftmals nicht mehr im Parlament vertreten. Dieses System dann noch demokratisch zu nennen ist doch sehr bedeutsam...!
Natürlich bietet sich die Änderung des Wahlrechts für die etablierten Parteien an, um ihre Macht- und Interessenpositionen in Politik und Wirtschaft zu sichern und um andere kleine Parteien den Zugang in die Parlamente fast unmöglich zu machen.
Dies würde aber bedeuten, daß die Meinungsvielfalt entgültig nur noch eine hohle Phrase ist, der Wille des einfachen Bürgers zählt dann sowieso noch weniger als er es jetzt tut, nämlich nichts.
Im Jahre 1967 setzte die damalige Große Koalition eine Professoren-Kommission ein, um die Frage des Bundestagswahlrechts zu prüfen. Diese Kommission empfahl damals schon das Mehrheitswahlrecht einzuführen, da man sich soweit wie möglich absichern wollte vor einer angeblichen Destabilisierung der Demokratie und die 5%Sperrklausel, ab der die gewählten Parteien erst in die Parlamente einziehen dürfen, nicht als sicher galt. Diese Emfpehlung wurde zum Glück aber verworfen.
Der renomierte Politikwissenschaftler Erwin Scheuch, der zwar das Mehrheitswahlrecht prinzipiell befürwortet, hat in einem Interwiev mit der Berliner Zeitung die Folgen der Einführung dieses Systems deutlich gemacht. Er sagte, daß im Endeffekt noch weniger Demokratie herrsche, als dies heute schon der Fall ist. Schon jetzt sei ist die "Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur besten DDR, die es je gab. Weil es ja praktisch schon jetzt eine Art Allparteienkoalition der klassischen Parteien gibt."
Die eindeutige Aussage eines Wissenschaftlers, der wahrhaftig nicht politisch "rechts" einzuordnen ist!
Das Konkurrenzprinzip zwischen den Parteien ist bis auf ein paar Prozente mehr oder weniger abgeschafft, es herrscht ein innerer Einheitsbrei; diese Demokratie ist längst zu einer Mehrparteiendiktatur erstarrt.
Anhand dieser Tatsachen braucht sich wohl niemand mehr in diesem Lande Illusionen über Mitbestimmung oder Meinungsfreiheit zu machen. Dies drückt sich dann in der immer geringer werdenden Wahlbeteiligung aus.
Waren es bei den Bundestagswahlen 1990 etwa 78% so kann man durchaus damit rechnen, daß in diesem Superwahljahr höchstens noch 2/3 aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben werden. Dann aber von Volkswillen zu sprechen ist mehr als Hohn. Es ist die Frechheit und Verlogenheit, die allen totalitären politischen Systemen zueigen wird, wenn man mit Verfolgung und Verboten Teile der Bevölkerung diskriminiert und ausschließt.
Demokratie heißt landläufig Volksherrschaft, das bedeutet auch, daß es möglich sein muß, die Form dieser Demokratie durch den Volkswillen modifizieren zu können oder gar ganz zu beseitigen, wenn die Mehrheit der deutschen Bevölkerung diese Staatsform für gescheitert und der Bewältigung der riesigen Problem der Gegenwart und Zukunft für nicht fähig hält!
Da aber hat dieses System vorgebaut. Wer so denkt verstößt gegen das Grundgesetz, ein Grundgesetz, das niemals in seiner Geschichte vom ganzen deutschen Volk in freier Abstimmung bestätigt oder gar gewollt wurde! Somit darf auch keine Partei oder Organisation diese Demokratie, also die sichtbare Realität, ernsthaft in Frage stellen, sonst wird sie verboten, ihre Funktionäre und Mitglieder verhaftet und inhaftiert.
Welcher klardenkende deutsche Mensch wird angesichts dieser politischen Realität noch von Meinungsfreiheit und Grundrechten sprechen wollen, ohne bewußt zu lügen?
Leider hat die Mehrzahl der Deutschen noch immer nicht den Ernst der Lage begriffen, oder sie begreift sie zu langsam, um nicht bei den nächsten Wahlen wieder dieselben Politkarikaturen mit Machtbefugnissen auszustatten, die in ihrer Gesamtheit für die herrschenden Zustände in dieser Republik verantwortlich sind.



Impressum
Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen.
Der auf der Vorderseite angegebene Preis ist der Selbstkostenpreis der Zeitung.
Freiwillige Kostenerstattung und Spenden werden ausschließlich zur Verbessung und zur Auflagenerhöhung der Zeitung verwendet.

Herausbeber:
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin.

Ständige Mitarbeiter:
L. Burmeister, M. Dräger (V.i.S.d.P.)
Auflage März: 2000 Exemplare
Für namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel), sowie für irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung.

Wucher und Gebührenraffgier

Die Gebührenraffgier der Städte kennt scheinbar keine Grenzen.
Einge haben ihre Parkschein-Automaten auf vier, ja sogar schon fünf DM die Stunde umgestellt. Auch die Stadt Berlin wird nach den jüngsten Beschlüssen ihres Finanzsenators eine Spitzenposition in der Gebührenriege einnehmen.
Ein Münchner Anwalt, der sich die Mühe gemacht hatte, und die Parkgebühren in Deutschland untersuchte, sieht darin reinen Wucher.
Er wies nach, daß bereits mit 50 Pfennigen alle Kosten abgedeckt sind und die Stadt bei vier DM stündlich im Monat satte 904 DM kassiert, während private Vermieter dafür nur 80 DM berechnen.
Nun will er den kommunalen "Gebührenhaien" ans Leder, denn laut Paragraph 6 Straßenverkehrsgesetz dürfen lediglich "angemessene" Gebühren erhoben werden.
Das heißt: Gewinne machen ist nicht drin! Ein Warnschuß vor den Bug selbstherrlicher Bürokratie.
Man kann den Anwalt nur beglückwünschen für seine Mühe. Vielleicht macht er sich auch mal die Mühe und errechnet auf Heller und Pfennig die Summen, die dem deutschen Steuerzahler abgeknöpft werden, wieviel davon wirklich von diesem Staat an Notwendigkeiten ausgegeben werden, und wieviel Milliarden Steuern sinnlos an Asylanten, Auslandseinsätze der BW, Zahlungen an die EU, UNO und Israel, an Entwicklungshilfe und sonstigen weltweiten Empfängern verschleudert wird. Gebühren rauf, damit wir mehr Geld an alle Welt verprassen können, der sozial schwache Deutsche kann ruhig weiter unter der Brücke schlafen. Hauptsache das "bundesdeutsche Image" nimmt in der Welt keinen Schaden. Die steht diesem System sowieso näher als der eigene deutsche Mensch..!

Nicht reden, sondern handeln ! Deutschland braucht starke Herzen - JETZT !

Polizei schlägt Alarm

Bonner Parteien verhindern Verbrechensbekämpfung

Die Polizeigewerkschaft (GdP) und der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) haben angesichts der rasant zunehmenden Zahl von Straftaten davor gewarnt, vor dem Verbrechen zu kapitulieren.
Wie der GdP-Vorsitzende Hermann Lutz mitteilte, wurde 1993 die Rekordzahl von 6,7 Millionen Delikten registriert, die Dunkelziffer liegt um ein Vielfaches höher.
Der BDK-Vorsitzende Eike Bleibtreu kritisierte in Bonn vor Journalisten das Verbrechensbekämpfungsgesetz der Koalitionsfraktionen, das ohne Mitwirkung der Praktiker zustande gekommen und offenbar mit Blick auf die Bundestagswahl "mit der heißen Nadel" gestrickt worden sei.
Die Polizei konnte im vergangenen Jahr nicht einmal jeden zweiten Kriminalfall aufklären, sagte Lutz. Die Sparpolitik und die lasche Strafpraxis tun ein übriges, um aus der Bundesrepublik ein Mekka der Kriminellen werden zu lassen. Besonders in Mitteldeutschland stieg die Kriminalität sprunghaft an. Osteuropäische mafiaähnliche Verbrechersyndikate verlagern ihre Aktivitäten verstärkt in diesen Raum. Die deutsche Polizei muß machtlos zuschauen.
Langsam müßte auch der dümmste in diesem Staat begriffen haben, daß unsere Zukunft nur dann gewährleistet ist, wenn in Deutschland Sicherheit durch Recht und Ordnung garantiert wird. Gerade dies aber wollen interessierte Kreise in dieser Republik verhindern, um hinter dem Mäntelchen der Politik ihre eigenen schmutzigen Geschäfte weiter betreiben zu können. Der Filz aus Politik, Wirschaft und Verbrechen ist schon viel zu dicht, als daß man allen Ernstes von den herrschenden Parteien grundsätzliche positive Veränderungen erwarten könnte.

Es wird Zeit für einen radikalen Wechsel in Politik und Wirtschaft !

SPD gibt 70 Millionen für Wahlkampf aus

Gelder für Plakate und Werbesendungen sind wichtiger als für hilfebedürftige Menschen

Rund 70 Millionen DM hat die SPD für das Superwahljahr 1994 für ihren Wahlkampf veranschlagt.
70 Millionen, die für die Schlacht um die Abgeordnetensitze, um Einfluß und Macht in Politik und Wirtschaft verschossen werden, von einer Partei, der es ihrem Namen nach ehr anstünde, wenigstens einen Teil des Geldes nicht in Plakate, Zeitungen und Werbesendungen zu stecken, sondern für Jugendeinrichtungen, Heime für Obdachlose, alleinerziehende Mütter und soziale Stiftungen aufzuwenden.
Aber falsch gedacht ! So ist das in dieser Demokratie. Die einen nennen sich *christlich* und nehmen es wahrhaftig von den Lebendigen, die anderen benutzen das Wort *sozial* oder *frei*. Gemeint ist immer dasselbe. Uns die Macht, euch die Kosten.
Auch demokratisch sind beide Parteien, wenigstens dem Namen nach. Doch Namen sind Schall und Rauch, wie wir alle wissen. Ähnlich ist es mit dem Selbstverständnis der oben erwähnten Demokraten.
Wenn die Wahlen anstehen versuchen alle an den Freßtopf des deutschen Steuerzahlers zu gelangen, da scheut man sich keiner Summe.
Nur vor unliebsamen Konkurrenten, die den Saustall mal gründlich ausmisten könnten, wird gemeinsam ängstlich Ausschau gehalten. Plötzlich sind dann auch Gelder genug da, um Razzien und Verbote durchzuführen.
Wie eifersüchtige Weiber klammern sich die Etablierten an ihren Bonner Freßtrog.
Wenn es um die Machterhaltung geht, dann ist man sich unter "Demokraten" schnell einig, ein Kompromiß hier, ein Pakt dort und schon ist die Welt wieder in Ordnung. So sieht dann aber auch das Ergebnis dieser "Kompromißpolitik" hinterher aus... Was der Wähler dann denkt ist egal, Hauptsache die Wahl ist gewonnen..!
Nur weiter so. Eines Tages wird jedem einmal die Rechnung gereicht. Dann aber beginnt in diesem Staate das große Jammern !!!

Kriegsgreuel made in Washington

Parallelen zwischen den "bösen" Irakern und den "bösen" Deutschen !

Eigentlich wiederholt sich Geschichte nicht, sollte man meinen. Doch die USA greifen immer wieder in dieselbe Mottenkiste der Lügenpropaganda. Waren es einst deutsche Soldaten, die angelblich riesige Massaker an gegnerischen Soldaten und Zivislisten während des letzten Weltkrieges begangen haben sollen, sind es diesmal die irakischen Soldaten.
Vor einem Untersuchungsausschuß des Parlaments in Washington wird derzeit ein besonderer Zwischenfall der Weltpolitik aufgerollt: Die Parlamentarier debattieren über angeblich von irakischen Besatzungssoldaten in Kuwait begangene grausame Säuglingsmorde.
Doch tatsächlich hat es die Verbrechen gar nicht gegeben. Die Anwälte einer Washingtoner Lobbyisten-Firma hatte sich 1990 die Unmenschlichkeiten nur ausgedacht, um die Kriegsbegeisterung der amerikanischen Öffentlichkeit zu stärken. Und die Chefin dieser Lügentruppe soll jetzt einen führenden Posten in der Regierung von US-Präsident Clinton bekommen. Handelsminister Ron Brown lobte gar die Anwältin **Lauri Fitz-Pegado** wegen ihres "bewundernswerten Arbeitseifers und ihres Einfallreichtums".

Säuglinge aus Brutkästen gerissen

Als "besorgte Bürgerin" hatte die Frau den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses ein "15 jähriges Flüchtlingskind aus Kuwait" präsentiert. Das schilderte unter Tränen Grausamkeiten irakischer Besatzungssoldaten in Kuwait-City, die den Zuhörern das Blut in den Adern gefrieren ließen.
" Ich habe als freiwillige Helferin auf der Säuglingsstation unseres Krankenhauses gearbeitet", erklärte das "Mädchen Nayihrah". Und eines morgens seien irakische Soldaten in die Klinik gestürmt: " Sie haben 15 Neugeborene aus den Brutkästen gerissen und einfach auf den Boden geworfen. Hinterher waren die kleinen Würmchen alle tot."
Diese und weitere Greuelgeschichten erschütterten damals die amerikanische Öffentlichkeit und es verstummten sehr schnell die Zweifel an der Notwendigkeit der Kriegsführung gegen den Irak. Dementis der Regierung in Bagdad wertete der damalige US-Präsident Bush als "weiteres Zeichen für die moralische Verworfenheit von Saddam Hussein":
Erst nach dem Golfkrieg und dem "amerikanischen Sieg" kam heraus, daß die Brutalitätsgeschichte ein hausgemachtes Hirngespinst war: Das Mädchen Nayirah war das Töchterchen des kuwaitischen Botschafters in Washington, und gehört wie ihr Vater zur milliardenschweren Herrscherfamilie der Shabahs. Freiwillige Helferin war sie nie gewesen und die irakischen Soldaten kannte sie nur aus dem Fernsehen.

Frau Fitz-Pegado gab nun zu, daß ihre "Firma" die schlimme Geschichte auf Wunsch und im Auftrage Kuwaits erfunden habe.
Aber auch die Vereinten Nationen legte die Anwältin mit einem Phantom-Augenzeugen aufs Kreuz. Sie präsentierte der Weltversammlung in New York den "Chefarzt und Chirugen" eines Kuwaiter Krankenhauses. Der berichtete, daß nach einem "Besuch" von irakischen Soldaten auf dem Friedhof neben der Klinik "70 Säuglingsleichen verscharrt" worden seien.
Erst nach Kriegsende entpuppte sich der Chefarzt als ein in den USA lebender Zahnarzt, der Phantasie-Produkte der Washingtoner Lobbyisten-Firma vorgetragen hatte.
Nach der Vertreibung des irakischen Militärs aus Kuwait teilte die zurückgekehrte Regierung offiziell mit, daß auf dem Friedhof 30 kleine Leichen beigesetzt worden seien, davon 19 zum Teil Jahre vor dem Einmarsch der Iraker. Bei den übrigen elf Bestattungen habe es sich um sechs Totgeburten und um fünf "ganz normale Sterbefälle" gehandelt. Für eine Mitwirkung irakischer Soldaten hätten sich nicht die geringsten Hinweise ergeben.

Lügen haben kurze Beine

Na bitte, die Lügenmaschinerie des einstigen Kriegsgegners Deutschlands funktioniert noch immer. Und mit den gleichen dummen Tricks und den heute zur Verfügung stehenden Massenmedien ist es ein leichtes, die Weltöffentlichkeit gegen einen mißliebigen Staat aufzuhetzen; damals war es Deutschland, heute der Irak. Dabei hat Saddam Hussein und das irakische Volk noch Glück gehabt. Hätte nur eine einzige seiner abgefeuerten Raketen auf die Hintermänner dieses Krieges einen von ihnen getötet, und wäre die Lügengeschichte aus Washington nicht jetzt an die Öffentlichkeit gekommen, dann wäre auch er und sein Volk als Kriegsverbrecher, Massenmörder und Judenvernichter vor der Geschichte gebranntmarkt worden, so, wie man es mit uns Deutschen getan hat.
Diese schäbige Rechnung ist diesmal aber nicht aufgegangen.
Die Aufdeckung der Greuelpropaganda und der Phantom-Zeugen aber beweist sehr deutlich, wie leicht es ist, angebliche Tatsachen zu schaffen, wie leicht es ist, ein ganzes Volk für alle Zeiten abzustempeln. Die Wahrscheinlichkeit, daß diese noch funktionierende Lügenmaschinerie im Zweiten Weltkrieg gegen uns Deutsche noch viel besser funktioniert hat, liegt auf der Hand. Und daher sind die uns nachgesagten Taten auch um ein Vielfaches mehr als diese zwei beschriebenen Fälle des Golfkrieges.
Aber langsam kommt doch die Wahrheit Stück für Stück ans Tageslicht. Die Lüge von Katyn ist längst widerlegt, in Auschwitz die Zahl der Toten offiziell revidiert.
Gottes Mühlen mahlen langsam, aber gerecht..! Diese Volksweisheit sollten geraden die Angehörigen jenes Volkes beachten, die unablässig uns Deutsche als Verbrecher für alle Zeiten stempeln und dafür noch Milliardensummen aus unserer Steuertasche kassieren.
Wenn eines Tages die ganze Wahrheit ans Licht kommt, dann nützen auch Hetze und Verfolgung nichts mehr, dann beginnt das große Aufräumen. Und niemand soll sich irgendwelchen Illusionen hingeben:
Es wird dann mit deutscher Gründlichkeit jedem seine Rechnung präsentiert..!

Deutschlands Zukunft jetzt mitgestalten – mitmachen in der FAP !



Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

2. Jahrgang | 7. Ausgabe | April 1994 | Preis: 1,50 DM

INHALT

Ausländer als Mehrheitsbeschaffer für Etablierte

Deutsche Interessen werden für Europa geopfert

Bei der kommenden Europawahlen am 12. Juni dürfen in Deutschland lebende Ausländer aus anderen EU-Mitgliedsstaaten erstmals auch die deutschen Vertreter für das europäische Parlament in Straßburg wählen. Alternativ dazu können die nichtdeutschen "Unionsbürger" in der Bundesrepublik natürlich weiterhin auch die Wahl der Abgeordneten ihres Heimatlandes wählen. Diese Regelung wurde im Februar 1992 in Maastricht verankert. Gegenwärtig leben in der Bundesrepublik rund 1,3 Millionen wahlberechtigte Menschen aus anderen EU- Staaten, davon alleine 43 000 in Berlin. Somit soll die künstliche Verschmelzung der europäischen Nationen zu einem Mega-Staat EU beschleunigt, und nationale Bestrebungen einzelner Völker unterbunden werden. Offensichtlich ist, daß kein hier lebender Ausländer einen deutschen Abgeordneten in dieses Kunstparlament wählen würde, der sich vorrangig für deutsche Interessen einsetzen wird. **Fortsetzung Seite 2**

Massenhysterie nach Synagogenbrand

Von den Medien und einschlägigen politischen Kreisen aufgehetzte Bundesbürger demonstrieren wieder einmal in eindrucksvoller Weise, wie leicht es ist, Menschen zu manipulieren.

Kaum sind die Bilder der tausendfachen Kerzenträger gegen sogenannte rechtsextremistische Gewalt nach Solingen und Mölln von den Straßen der Republik verschwunden, wird ein neuer Vorfall als willkommene Gelgenheit genutzt abermals das künstlich gezüchtete schlechte Gewissen der "Nation" für fremde Interessen dienstbar zu machen.

Nachdem das Thema Asylanten in den letzten Jahren ausgiebig dazu benutzt wurde uns Deutschen die "Vorzüge" der multikulturellen Gesellschaft nahe zu bringen, wird nun das bewährte politische Totschlaginstrument des Antisemitismus aus der Mottenkiste gekramt. Damit soll jede nationale Opposition hierzulande automatisch kriminalisiert und in den politischen Untergrund gedrängt werden. Schließlich ist 1994 ein Wahljahr, in dem die Bürger entscheidende politische Weichen stellen können. Da ist man von offizieller Seite natürlich mehr als nur bemüht, die etablierte Politkarre nicht auf das falsche (nationale) Gleis rollen zu lassen. Und ein tatsächlicher Synagogenbrand wirkt natürlich doppelt nach "Schindlers Liste" auf die sensibilisierte Psyche des Bundesbürgers. **Fortsetzung Seite 5**

Mehr Arbeit für weniger Geld

Sind mitteldeutsche Arbeitnehmer Menschen zweiter Klasse ?

Bericht Seite 3

Geburtensturz in Mitteldeutschland

Schöne, neue Welt: Die Deutschen sterben aus

Bericht Seite 8

Europäisches Recht hat Vorrang

Dem sich durch alle etablierten Parteien wie ein roter Faden ziehenden Dogma der Multikultur wird nun zum ersten mal auf europäischer Ebene politische Gelegenheit geboten, in absehbarer Zukunft häßliche politische Realität zu werden. Eine nationale Zukunft für einzelne freie Völker Europas soll es nicht mehr geben, stattdessen ein Völker- und Kulturmischmasch in einem allgewaltigen, zentralistischen Vielvölkerstaat EU.

Die menschliche, natürliche Ablehnung solcher Zustände in den einzelnen Mitgliedsstaaten wird bei dieser Wahl umgangen, die Vermischung und damit die Zerstörung gewachsener nationaler und kultureller Werte soll EU-einheitlich vorrangetrieben werden.
Wehren sich bislang noch einzelne Mitgliedsstaaten gegen diese Gleichmacherei, wie z.B. England, haben unsere Bonner "Volksvertreter" nichts eiligeres im Sinn, als den "Euro-Zug" ständig zu forcieren und deutsche Interessen auf dem Altar der nebulösen Multi-Kulti-Utopie zu opfern, natürlich ohne irgendwelche Bedingungen oder gar Gegenleistungen zu fordern.

Bietet EU Vorteile für Deutschland ?

Wo also liegen denn nun für uns Deutsche die Vorteile eines europäischen Einheitsstaates? In dem Ruin ganzer Industriezweige? In dem ungehemmten Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern und deren Familien in die Bundesrepublik, die ohnehin schon zu den dicht besiedelsten Ländern der Erde zählt? Welchen Vorteil haben die deutschen Bauern, die ihre Höfe nicht mehr halten können, als Arbeissuchende in Ballungszentren abwandern und dann als Arbeitslose ins soziale Aus geschleudert werden? Oder liegt der Vorteil etwa in dem immer brutaler werdenden Wettbewerb europäischer Klein- und Mittelbetriebe um sich hier und dort einen Marktvorteil sichern zu können? Auch das vielgepriesene Argument der freien Arbeitsplatzwahl innerhalb der EU ist nichts weiter als eine Seifenblase. Denn das Land mit dem höchsten Lohnniveau, den meisten Feiertagen, der stabilsten Währung, dem größten allgemeinen Wohlstand ist die Bundesrepublik. Also ist es nur logisch, daß sich dann unsere "EU-Mitbürger" bei ihrer Arbeitssuche zuerst auf unser Deutschland konzentrieren und den Arbeitsmarkt für sich in Anspruch nehmen; das Nachsehen haben dann wir. Nur die wenigsten deutschen Arbeinehmer wären wohl bereit in ein europäisches Ausland zu ziehen, weniger zu verdienen, auf soziale Leistungen zu verzichten und sich dann auch noch ständig anhören zu müssen, daß sie wegen ihrer angeblichen Kollektivschuld sowieso nur Menschen zweiter Klasse seien.

Anspruch auf Schadensersatz

Grundsätzlich haben gegenwärtig Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union Vorrang vor geltendem nationlen Recht. Zum Beispiel bei dem in den EU-Verträgen festgeschriebenen Grundsatz: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Der Europäische Gerichtshof hat in einem wegweisenden Urteil "Unionsbürgern" einen Anspruch auf Schadensersatz gegenüber einem EU-Mitgliedsstaat gewährt (Rechtssache C 6/90 und C 9/90 vom 19. November 1991). Demnach muß ein deutscher Unternehmer einem ausländischen Arbeitnehmer aus einem EU-Mitgliedsstaat den gleichen Lohn zahlen, wie für einem deutschen Arbeitnehmer, obwohl er häufig aufgrund schlechter Ausbildung und mangelnder Qualifikation nicht die Leistung erbringen kann, wie der ausgebildete deutsche Kollege.

EU - neuer Name für alte Taktik

Die künstlich geschaffene EU hat mit einem Europa freier Völker nichts, außer der geographischen Lage, gemeinsam! Sie ist nur die konsequente Forsetzung der Politik, wie sie gegen Ende des letzten Weltkrieges unter den Siegermächten ausgemacht und festgelegt wurde. Die Sowjetmacht ist inzwischen zusammengebrochen; nun können die westlichen "Demokratien" ohne ernsthafte Gefahr ihre Vorstellung von der neuen Weltordnung realisieren. Dazu gehört insbesondere die wirtschaftliche, militätische und kulturelle Einbettung und Abhängigkeit Deutschlands von seinen großen europäischen Nachbarn England und Frankreich, den zwei Siegermächten von einst!
Um diesem Ziel ein entscheidendes Stück näher zu kommen dürfen bei der kommenden EU-Wahl nun auch endlich Ausländer über unser deutsches Schicksal entscheiden..., der dumme deutsche Michel hat es noch immer nicht gemerkt. ❑

Zum aktuellen Thema:

Genscher warnt vor Nationalismus in Europa

Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat vor einem neuen Nationalismus in Europa gewarnt. Es gehe darum, ein Europa zu schaffen, das sich nicht erneut in Nationalismen verstrickt. Genscher war Schirmherr der jüdisch-christlichen Konferenz "Erinnerung an die Zukunft", die Mitte März in der Berliner Humboldt-Universität stattfand. Vor 500 Repräsentanten aus Wissenschaft und Religion, vor allem aus den USA, Israel und Deutschland, sagte Mordechai Lewy, israelischer Generalkonsul in Deutschland, er habe den Eindruck, seit der Wiedervereinigung habe sich die "Schlußstrichmentalität" der Deutschen verstärkt.

Recht hat er, der Mordechai Lewy. Wir sollten endlich mit der Selbstzerfleischung Schluß machen und uns lieber um unsere Zukunft kümmern!!!

Höchste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten

Immer weniger finden Arbeit

Wer Glück hat darf für weniger Geld mehr arbeiten

Arbeitnehmer in Mitteldeutschland müssen noch immer für weniger Geld mehr arbeiten als ihre westdeutschen Kollegen. Dabei kann sich der glücklich schätzen, der überhaupt einen Job hat. Zwar hat sich der Abstand verringert, das Einkommensniveau liegt aber immerhin noch 20% unter dem Westniveau. Millionen deutscher Menschen warten noch immer auf die versprochenen "blühenden" Industrielandschaften in Mitteldeutschland. Inzwischen greift das soziale Elend weiter um sich.

Wer hat nicht noch die großartigen Versprechungen im Ohr, daß es "keinem schlechter gehen solle", als die etablierten Parteien 1990 in Mitteldeutschland auf Stimmenfang gingen. Mit der Arbeitsaufnahme der Treuhand hatte sich diese Versprechung allerdings schnell erledigt. Einmalig in der deutschen Geschichte wurde ein Kunstkonzern ins Lebengerufen, der nicht etwa die maroden Betriebe schnellstmöglich sanieren und damit den Menschen eine Lebensperspektive ermöglichen sollte, sondern tausende Betriebe wurden geschlossen, an ausländische Investoren verhökert und an Spekulanten veräußert, die die Betriebe dann schlossen, die Arbeitnehmer auf die Straße jagten und mit dem leicht gewonnen Geld der Treuhand ihre miesen kleinen Geschäfte für den eigenen Profit oftmals im Ausland weiter tätigen. Wieviel Milliarden an Steuergeldern auf diese Weise verschwanden, ist bis heute noch nicht geklärt.

Zurück geblieben sind Millionen deutscher Arbeitsloser, die sich Tag für Tag mit ihren Familien durch den Bundesdeutschen Alltag schlagen müssen, ohne Zukunft und Hoffnung.

Wen wundert es da noch, daß eine geschickt taktierende PDS die stärkste politische Kraft in den neuen Bundesländern ist? Den Menschen kann man keinen Vorwurf machen, wenn sie diesen Ewiggestrigen nachlaufen, trägt das Bonner Systemkartell doch in seiner Gesamtheit die alleinige Verantwortung für die herrschenden Zustände. Dafür dürfen dann die wenigen glücklichen, die noch einen Job haben, mehr arbeiten, um wenigstens einigermaßen mit dem wenigen Lohn über die Runden zu kommen. Gegenwärtig sind in Mitteldeutschland 1,4 Millionen Menschen ohne Arbeit, Tendenz steigend. Vor allem Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz oder stehen nach ihrer Lehre auf der Straße. Das ist die "demokratische Solidarität" in diesem Staate.

Wir brauchen keine ausländischen Investoren um die Wirtschaft hier wieder flott zu



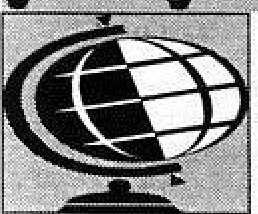
machen, es müssen nur gesetzliche Maßnahmen und konsequenter politische Handlungswille her, damit die imensen Gewinne und Rücklagen der großen gewinnträchtigen Wirtschaftszweige, z.B. der Pharmaindustrie, für einen breit angelegten wirtschaftlichen Neuanfang in Mitteldeutschland eingesetzt werden können. Dies könnte auf Kreditbasis geschehen. Weiterhin muß gesetzlich gesichert werden, daß kein deutsches Unternehmen in der nächsten Zukunft in sogenannte Billiglohnländer abwandert oder dort teilweise produzieren läßt. Ein Verstoß gegen dieses Gebot der Stunde muß dann die vorläufige Enteignung zur Konsequenz haben.

Denn schließlich kann Deutschland nur aus der Wirtschaftskrise heraus kommen, wenn dem grundgesetzlich festgeschriebenen Grundsatz: **Gemeinnutz geht vor Eigennutz** auch die nötige Geltung und der notwendige Handlungsspielraum ermöglicht wird.

Vor allem die deutsche Politik bedarf einer grundlegenden Veränderung als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Wer heute noch glaubt eine der großen "Volksparteien" wählen zu müssen, damit die Zukunft für uns alle besser wird, der hat noch immer nicht begriffen, daß die herrschenden Zustände gerade von diesen "Volksparteien" geschaffen wurden, einschließlich der neukommunistischen PDS. Aussergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Mittel. Diese Weisheit ist heute aktueller den je. Wenn der deutsche Wähler nicht bei den kommenden Wahlen den Etablierten und den rot-grünen Genossen das Heft der Macht aus der Hand nimmt, und sich endlich auf die nationalen Kräfte verläßt, die als einzige noch in der Lage sind, wirkliche konstruktive Veränderungen herbeizuführen, ohne Wirtschafts- und Politfilz, ohne Korruption und Interessenpolitik, sondern einzig nur zum Wohle aller deutschen Menschen, dann wird man sich von zukünftigen Generationen den Vorwurf gefallen lassen müssen, aus Bequemlichkeit, Ängstlichkeit und purem Egoismus das eigene Volk geopfert zu haben !!! ❑

Zukunft gestalten - FAP wählen !

gründiges-hintergründiges-hintergründiges-hinter



... aus aller Welt ...

UN-Generalsekretär wünscht größere deutsche Beiträge

New York/Bonn. UN-Generalsekretär Boutros Ghali hat die Hoffnung auf stärkere deutsche Beiträge zur Arbeit der Vereinten Nationen geäußert.
Angesichts der kritischen Finanzlage der UNO klagte Ghali, die Mittel, mit denen der kalte Krieg finanziert wurde, stünden in keinem Verhältnis zu denen, die zur Beseitigung der Überbleibsel dieser Periode aufgebracht würden.
In einem Gespräch mit Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sicherte dieser Ghali und der UNO zu, daß sich die Bundesrepublik in Zukunft stärker für die Vereinten Nationen vor allem finanziell einsetzen werde. ❑

Warum auch nicht, schließlich haben wir ja genug Geld um damit die halbe Welt zu versorgen. Die eigenen sozialen Probleme müssen dann eben zurückstehen. Die dummen Bundesbürger merken sowieso frühestens nach der nächsten Wahl erst, was die Stunde geschlagen hat. Für eine tägliche Schüssel Reis für Millarden hungernde und amerikanische Wüstenexpeditionen á la Kuwait und Somalia nimmt man gern 8 Millionen Erwerbslose im eigenen Land hin. . . !

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Yad-Vashem-Chef klagt Toleranz ein

Dresden. Der Forschungsleiter der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Israel Gutman, hat zum Abschluß der Woche der Brüderlichkeit an die Menschen in Deutschland appelliert, ihre Kinder zu Toleranz zu erziehen. Gutman sagte in Dresden, er habe sich immer wieder gefragt, warum die Juden des Warschauer Gettos umgebracht wurden. Er habe keine Antwort gefunden, aber festgestellt, daß Ideologien, die auf alles schon eine Antwort hätten, "nicht dem Menschen helfen, sondern den Menschen zum Opfer machen".
Die heute Lebenden sollten ihre Kinder ehrlich erziehen, damit sie nicht Opfer von Extremisten werden, daß sie eine pluralistische Welt schaffen, in der alle leben können. ❑

Grundsätzlich hat der Herr Gutman recht, wenn er sagt, daß man junge Menschen zu einer gewissen Toleranz erziehen soll. Aber das gerade aus dem Mund dieses Mannes hier in Deutschland zu hören, ist doch mehr als verwunderlich. Er hätte seine schönen Toleranzvorstellungen ersteinmal in seinem eigenen Land Israel predigen und seine Landsleute zur Schaffung einer pluralistischen Gesellschaft anhalten sollen, dann wären tausende Palästinenser noch am Leben und manch ein Jude könnte dann nachts wahrscheinlich ruhiger schlafen . . !

Ausländer in extremistischen Vereinigungen

Hamburg. Laut einem internen Bericht des Verfassungsschutzes sind rund 40 000 der rund 6,5 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik extremistischen Vereinigungen zuzuordnen.
Von den etwa 23 000 politisch motivierten Straftaten seien 1993 etwa 1500 von Ausländern begangen worden. ❑

Das Bild der Multikultur einmal ganz ander gezeigt, und das von offizieller Seite. Allerdings sind diese Zahlen nur reine Statistik. Und mit Statistiken läßt sich, wie jeder weiß, alles machen.
Da wäre zunächst nachzufragen, wer eigentlich Ausländer ist, wie die "extremistische Vereinigung" definiert ist, wie schwer die Straftaten waren und gegen wen sie sich richteten.
Trotzdem aber läßt sich deutlich erkennen, welche Zustände hier in absehbarer Zukunft herrschen, wenn nicht sofort der ungehemmte Zuzug von Ausländern und Asylanten gestoppt und für diese Kreise ein politisches Betätigungsverbot in Deutschland durchgesetzt wird !

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Staatsanwaltschaft lehnt Ermittlung gegen Bubis ab

Mannheim. Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat ein Ermittlungsverfahren gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, wegen des Verdachts der Volksverhetzung abgelehnt. Den Strafantrag hatte der Bundesvorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, gestellt.
Schönhuber sagte auf einer Veranstaltung, der größte Volksverhetzer in Deutschland sei Bubis, und bezog sich auf die Äußerungen, die Bubis in Zusammenhang mit dem Lübecker Synagogenbrand machte. ❑

So sieht die politische Realität in dieser Republik inzwischen aus. Eigentlich sollten alle Menschen vor dem Gesetz gleich sein, so steht es jedenfalls im Grundgesetz. Doch heutzutage sind einige schon "gleicher", sozusagen unantastbar. Wenn es gegen unsere Würde als Deutsche geht, dann darf jeder mit Dreck werfen. Aber wehe, jemand will sich darüber beschweren; der muß aufpassen, daß er nicht von "unserer" Justiz aus dem Verkehr gezogen wird. . . !



Häuserbrand in Deutschland

Gestern ein Asylantenheim, heute eine Synagoge, morgen eine Imbißbude ?

Wieder hat es in Deutschland gebrannt. Nur war es diesmal kein Asylantenheim sondern ein jüdisches Gotteshaus, die Synagoge in Lübeck.

Unbekannte warfen Brandsätze in das Gebäude, zwei Räume brannten völlig aus. Dank des schnellen Einsatzes der örtlichen Feuerwehr konnte das Übergreifen der Flammen auf die darüberliegenden Wohnungen verhindert werden.

Ein Brandanschlag wie jeder andere auch? Inzwischen geschehen fast täglich solche Scheußlichkeiten in dieser Bundesrepublik, Wohnungen von mißliebigen Mitbürgern werden entzündet, Autos in Brand gesteckt.

Solche Vorfälle sind zweifelsohne mit aller Härte des Gesetzes zu verfolgen und zu bestrafen. Daraus aber ein Politikum zu machen, nur weil es sich diesmal um eine Synagoge handelte ist bezeichnend für die Geisteshaltung "unserer" Volksvertreter.

Und noch bezeichnender ist die Tatsache, daß wieder einmal tausende auf die Straße rannten, um gegen die "drohende rechte Gefahr" zu palavern. Dabei liegen bislang keinerlei Hinweise vor, daß dieser Anschlag tatsächlich einen "rechten" politischen Hintergrund hat. Dies tut aber scheinbar nichts zur Sache; wird das künstlich implantierte schlechte Gewissen der breiten Öffentlichkeit doch gerade wieder mit "Schindlers Liste" aufpoliert, nachdem es in den letzten Jahren wohl etwas Span angesetzt hatte.

Die Tat wird nun ausgiebig dazu benutzt, die gesamte nationale Opposition in dieser Republik zu diffamieren. Da kommen bei einem klar denkenden Menschen Zweifel hoch, ob dem Anschlag, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde, nicht eine Zweckbestimmung zu Grunde liegt. Denn ein realer Synagogenbrand wirkt hervorragend in diesem Wahljahr auf die gerade sensibilisierte bundesdeutsche Kollektivschuldpsyche. Wer würde sich da noch offen als Wähler zu einer nationalen Partei bekennen?

Stimmungsmache statt sachlicher Aufklärung ist angesagt. Genauso wie bei dem noch vor kurzem häufiger aufgetreten Phänomen der brennenden Asylantenheime. Deren Urheber waren, wie sich hinterher rausstellte, auch nicht politische Organisationen, sondern unabhängige Einzeltäter oder die Heimbewohner selber. Aber ersteinmal wurde kräftig auf alles deutsche gehetzt.



Sind Menschenleben weniger wert als ein Sachschaden ?

50 000 DM Belohnung hat die Staatsanwaltschaft für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, ausgesetzt.

Die Aufklärung des kürzlichen Raubmordes an einem Berliner Taxifahrer, der Frau und Kinder hinterließ, ist dem Staat dagegen nur 10 000 DM wert. Wo bleibt da die Verhältnismäßigkeit? Ist ein Menschleben in dieser Bundesrepublik inzwischen nur noch 1/5 eines Sachschadens wert? Wo war da das entsetzte Aufschreien der Bevölkerung oder gar der Jüdischen Gemeinde?

Man nimmt solche Ereignisse einfach zur Kenntnis und geht zur Tagesordnung über.



"Eine Stadt hält den Atem an"

Die Äußerungen des Herrn Bubis, der sich immer wieder als eine Art "Gewissen der Deutschen Nation" auspielt, tragen ein übriges dazu bei, das politische Klima in dieser Republik zu verschärfen. Denn im Zusammenhang mit dem Synagogenbrand von Antisemitismus zu reden, ist völliger Unsinn. Schließlich sind die arabischen Völker ebenfalls Semiten, niemand aber zündet islamische Gebets- oder Versammlungsräume in Deutschland an. Diese Vorfälle ereignen sich vielmehr in Israel, wo seit 1948 die arabische Bevölkerung systematisch drangsaliert und vertrieben wird. Wenn überhaupt von Antisemitismus die Rede sein kann, dann in diesem Staat.

Unter dem Motte "Eine Stadt hält den Atem an" hatte am Sonnabend, den 26 März in Lübeck für fünf Minuten das öffentliche Leben geruht. Wenn die Menschen in Deutschland diese Kampagne ernst meinten, dann müßte das gesamte öffentliche Leben für Jahre zum erliegen kommen, angesichts der Greueltaten die in aller Welt geschehen, insbesondere durch Militär und Sondereinheiten im Staate Israel.

Und wenn morgen Imbißbuden in Deutschland brennen, dann werden es auch wieder die "bösen Nazis" gewesen sein. Aber vielleicht stellt sich dann heraus, daß es nur Racheakte einiger verprellter Kunden waren, die ihre, durch den Genuß zu stark gewürzten Döners verursachten Magengeschwerden auf diese Weise abreagieren wollten . . ! ❑

PDS-Kandidat Stefan Heym:

Stalin, meistgeliebter Mann unserer Zeit ...

"Der Spiegel" enthüllt zweifelhafte Hintergründe um den jüdischen Schriftsteller Stefan Heym

Für den Bundestag kandidieren will in diesem Jahr auf der Liste der PDS Stefan Heym, ein Mann, der es in der letzten Zeit immer verstanden hat, sich als Oppositioneller in der alten DDR darzustellen. Um so mehr hat es allgemein verwundert, daß er sich der SED-Nachfolgepartei zur Verfügung gestellt hat.



Stalinistisches Arbeitslager in Sibieren. Für Stefan Heym ein Hort der produktiven Arbeit



Aufstand gegen den Stalinismus in Ungarn. Für Heym ein Ausbruch irregeleiteter Anarchisten

Im Wahlkreis Mitte-Prenzlauer Berg wird Stefan Heym für die kommunistische Partei kandidieren. Bei der Nominierung machte er sogleich seine Motivation deutlich. "Ich möchte meinen Teil tun, damit dies vereinte Deutschland nicht wieder in Barbarei versinkt, in der ich es schon einmal erlebt habe." Dem "Spiegel" ist es zu verdanken, das seine geistigen Bezie-hungen zu einer wirklichen Barbarei, nämlich der des Massenmörders Stalin, bekannt wurden. In der Nummer 13/94 des Hamburger Nachrichtenmagazins ist der Lebensweg nachzulesen, aus dem hier zitiert werden soll. Stefan Heym ist Sohn eines jüdischen Chemnitzer Kauf-manns, der vor den National-sozialisten in die USA emigrierte. Er hieß ursprünglich Helmut Flieg und kehrte 1945 als Sergeant einer US-Einheit für psychologische Kriegführung nach Deutschland zurück. Bald entdeckte er jedoch seine Sympathien für den Kommunismus und siedelte 1952 in die DDR über. Er setze sich dort "offen für Frieden, Freiheit und Demo-kratie" ein, ließ er alle Welt wissen. Nach der Nieder-schlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 war von ihm das Folgende in der "Berliner Zeitung" zu lesen: "Es war einmal am 17. Juni 1953 ein sowjetischer Offizier, der stand auf einem großen Panzer, den Oberleib aus der Lu-ke gereckt, lächelnd. Das ist der Mann, um dessentwillen ihr ruhig schlafen dürft." Die Schüsse auf die Aufständischen seien gefallen, so Heym damals, um den Krieg zu verhindern, nicht, um ihn zu beginnen. Drei Wochen nach dem Blutvergießen propagierte er ein "unzer-reißbares Band zwischen den Werktätigen und ihrer Regie-rung" in der DDR. Ende 1953 trauerte er dem ein drei-viertel Jahr vorher verstor-benen Stalin nach. Dies sei der erste Geburtstag, den wir ohne ihn verleben müssen. Der Despot ließ in seiner Regierungszeit etwa zwanzig Millionen Menschen in Konzentrationslagern umbringen. Stefan Heym focht das offen-bar nie an. Stalin sei der "meistgeliebte Mann unserer Zeit", schrieb er in der "Berliner Zeitung". Geliebt hätten Stalin vor allem "die kleinen Leute, die die Auswirkungen seiner Gedanken und seiner Handlungen in ihrem Leben verspürten. 1954 zeigte sich der jetzige PDS-SED-Bundestagskandidat Stefan Heym beeindruckt von der "Ruhe, mit der die Leute in der Sowjetunion gesegnet sind." Bei den Gefangenenlagern in der UdSSR, von Alexander Solschenizyn in "Archipel Gulag" beschrieben, handele es sich um "Siedlungen mit kleineren Häusern und grös-seren Baracken". Dort wür-den Kriminelle umerzogen, denn: "In der Sowjetunion glaubt man an die erziehe-rische Wirkung produktiver Arbeit". Damit sei die sowjetischen Justiz doch auf dem richtigen Weg", schwärmte Gysis Hoffnungsträger für die Bundestagswahl. Heym wandte sich im Jahre 1956 auch mehrfach gegen die Aufstände in Ungarn und Polen. Als die Stalindenkmäler in Budapest stürzten, klagte er in der "Berliner Zeitung", daß die Partei der Arbeiterklasse in Ungarn führerlos und entmachtet sei". Die Deutschen in der DDR mahnte der in den USA ausgebildete Spe-zialist für psychologische Kriegsführung zu "Klasseninstinkt und Wachsamkeit". Schließlich könnten die Sozialisten es "sich nicht leisten zu vergessen, daß der Klassenfeind noch existiert".

Die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 war für Heym eine Frage der Ethik. Sittlich und menschlich sei es, dem "Ausbruch der Anarchie und der irrege-führten Leidenschaften ener-gisch zu begegnen". Diktator Ulbricht und die SED lobte er in diesem Zusammenhang, daß sie dem unerhörten Druck des Klassenfeindes standgehalten hätten. Als 1957 Studenten in der DDR gegen die Pflichtvorlesungen über Marxismus-Leninismus protestierten, wurden sie von Heym/Flieg gerügt. Er verglich sie mit "Erbschleichern und Taschendieben", die "die Arbeiterschaft betrügen" wollten und somit "eine traurige Mischung von Judas und Spießbürgern" darstellten. Vom "Spiegel" auf seine damaligen Äußerungen ange-sprochen, verniedlichte der Schriftsteller dies. Er habe sich ein "wenig vertan". Da-mals habe eben eine völlig andere Situation bestanden. Von der "Verhöhnung der Opfer" spricht Ignaz Bubis häufig, wenn es um die "Ausschwitz-Lüge" geht.

Wer klagt Stefan Heym an, wenn er Millionen Opfer Stalins und Ulbrichts verhöhnt und sich jetzt nicht einmal schämt, für ein öffentliches Amt zu kandidieren und dabei, wie schon in seinen damaligen seligen Zeiten Oppositionelle denunziert? Dem "Spiegel" können wir jedenfalls dankbar sein, einen unserer schärfsten Gegner entlarvt zu haben.

Dipl.-Ing. Frank Schwerdt

Schluss mit den alten Seilschaften!

Wir schaffen das neue Deutschland!

kurz notiert

Behörden behindern Wahlkampf der FAP!

Das "demokratische" Gebaren dieses Staates nimmt immer obskurere Formen an. Nicht nur, daß FAP-Mitglieder bei der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit durch widerrechtliche und willkürliche Polizeiaktionen fortwährend behindert werden, so setzte der Staat in den letzten Monaten noch eins drauf. So wurden ohne jegliche Angabe von Gründen hunderte Unterschriftslisten für die EU-Wahlen einfach von den zuständigen Behörden zurückgewiesen. So sieht es aus, das "demokratische"Gewissen der BRD!

Impressum

Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen. Der Auf der Vorderseite angegebene Preis ist der Selbstkostenpreis der Zeitung. Freiwillige Kostenerstattung und Spenden werden ausschließlich zur Verbesserung und Auflagensteigerung der Zeitung verwendet.

Herausgeber: Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin.

Leitender Redakteur: Michael Dräger (V.i.S.d.P.)

Ständige Mitarbeiter: Lars Burmeister, Christian Wendt.

Auflage 5.000 Exemplare (April 1994)

Für namentlich gekennzeichnete (auch mit Kürzel) versehene Beiträge, sowie irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keine Verantwortung.

Zum Antritt der FAP zur Europa-Wahl:

Ein klares Nein zu dieser EuropäischenUnion!

Für ein Europa der selbstbestimmen und freien Nationalstaaten / Nein zu den Multikulti-Plänen des Bonner Parteienkartells

Von Christian Wendt

Die gesamte Bonner Parteienkaste strebt die möglichst schnelle Einbindung unseres Landes in einen zentralistischen Superstaat an, aus dem es - so der Wille der Machthaber - kein zurück mehr geben darf. Obwohl sich mehr als 70 Prozent der Deutschen gegen die sogenannte "Europäische Union" und den damit verbundenen Folgen aussprechen, wird die Meinung des Volkes nicht im geringsten berücksichtigt. An eine Volksabstimmung in diesem Zusammenhang ist erst gar nicht zu denken. Auch dieses ist ein kleiner Vorgeschmack auf die herrliche "Demokratie", die uns im "Bundesstaat Europa" erwartet. Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) lehnt ein solches Europa-Modell und fordert stattdessen einen Zusammenschluß von selbstbestimmten Nationalstaaten zu einer europäischen Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft, die die Interessen und die Eigenarten der unterschiedlichen Völker und Kulturen berücksichtigt. Darin sieht sich die FAP einig mit den führenden nationalen Parteien und Gruppierungen im europäischen Ausland.

Europa befindet sich derzeit auf dem Weg in eine sogenannte "Neue Ordnung". Diese wird von den herrschenden "Demokratien" des Westens systematisch und ganz nach dem Vorbild der USA, in Richtung "Vereinigte Staaten von Europa" angestrebt. Zu einem Europa, in dem die Menschen und ihre natürlichen Eigenarten mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, anstelle dessen dafür die wirtschaftlichen Interessen und Profite der internationalen Multis in den Vordergrund gestellt werden. Die Folgen, die ein solcher kapitalistischer Koloß für die Völker Europas mitsich bringt sind bereits jetzt absehbar: Der völlige Zusammenbruch der Landwirtschaft, eine Massenarbeitslosigkeit von der über 100 Millionen Menschen in der EU betroffen wären, Inflation durch eine butterweiche Euro-Währung und eine Massenwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen aus der ganzen Welt. Sämtliche Staaten verlören durch das Maastricht-Europa nicht nur ihre staatliche Souveränität sondern darüberhinaus auch ihre völkische Identität. Begleitet würden diese katastrophalen Umstände durch bereits heute absehbare Rassenkrawalle und Sozialkonflikte nicht überschaubaren Ausmaßes. Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei stemmt sich mit aller Kraft gegen diese einer Horrorvision gleichenden "Europäische Union" sieht sich darin einig mit dem Wollen nicht nur der Millionen von Deutschen sondern aller Nationalisten in ganz Europa. Mit ihrer Teilnahme an der Europawahl will die FAP nicht etwa das "Europäische Parlament" legitimieren, sondern in der Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß es auch in Deutschland noch Widerstand gegen die Volksverderber in Bonn und Brüssel gibt.

Die FAP wird nicht tatenlos mit ansehen, daß sogenannte "deutsche Politiker" unser Land an einen Europa-Moloch verkaufen. Dazu ist uns Deutschland einfach zu wichtig!

Deutschdenkende und denkende Deutsche wählen am 12. Juni 1994: FAP - die revolutionäre Kraft für Deutschland !!!

Die Deutschen sterben aus:

Dramatischer Geburtensturz in Mitteldeutschland

Geburtenzahl innerhalb von zwei Jahren um mehr als 50 Prozent gesunken / FAP fordert umfassende Verbesserungen in der Familien- und Sozialpolitik

Während die Altparteien in Bonn einer immer breiteren Zuwanderung von Ausländern das Wort reden, krankt das Bevölkerungssystem der BRD an Kinderlosigkeit und Überalterung. Die Folgen liegen auf der Hand: Überfremdung und unsichere Renten. Dagegen stehen die familienpolitischen Forderungen der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag die Zahl der Geburten in der gesamten BRD auch im zurückliegenden Jahr wieder weit unter der Zahl der Sterbefälle. So wurden im vergangenen Jahr in Deutschland insgesamt nur 770.000 Kinder geboren (Ausländer sind in dieser Zahl inbegriffen). Das sind etwa 5 Prozent weniger als im Vorjahr, wobei die Zahl der Ausländerkinder weiter zugenommen hat. Besonders dramatisch ist die Lage auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (Mitteldeutschland). Hier ging die Zahl kontinuierlich von 178.000 im Jahr vor der Wende auf knapp 108.000 (1991) auf 87.000 (1992) zurück. Im vergangenen Jahr waren es noch 67.000 Kinder, die in Mitteldeutschland geboren wurden. Das entsprich einem Rückgang von etwa 60 Prozent. Dieser dramatische Geburtenrückgang ist in erster Linie als Folge der zunehmenden Wertelosigkeit und Entfremdung in Deutschland zu sehen. Hinzu kommt eine kinder- und familienfeindliche Politik der Altparteien. Aber auch mangelnder Wohnraum, Arbeitslo-sigkeit und die damit verbundenen Zukunftsängste lassen immer Familien in Mitteldeutschland kinderlos bleiben.

Die FAP fordert die Auszahlung von Sozialmitteln an die Staatsbürgerschaft zu binden. Kinder- und Familiengeld, Mietzuschüsse usw. müssen den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt und entsprechend erhöht werden. Arbeitsplätze, Lehrstellen und Wohnraum zuerst für deutsche Bedürftige. Deutsche Steuergelder müssen zunächst für deutsche Interessen aufgewendet werden.

Christian Wendt

FAP-NACHRICHTEN:

Tausende unterstützen FAP-Wahlantritt

Bereits mehr als 4.000 Deutsche haben unter Angabe ihres Namens und ihrer Adresse den Wahlvorschlag der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) für das Europäische Parlament unterstützt. Allein in der Hauptstadt und im Land Brandenburg fanden sich über 1.000 Nationalgesinnte, die mit ihrer Unterschrift die Unterstützung der FAP zusicherten. Damit konnte die Partei einmal mehr unter Beweis stellen, daß sie (entgegen anderslautender Meldungen in den Systemmedien) über eine gut funktionierenden Organisationsstruktur, sowie über ein breites Unterstützerfeld verfügt

Regelmäßig Treffen

FAP trifft sich in Weißensee / Gäste und Interessenten willkommen

Der Berliner Landesverband der FAP trifft sich regelmäßig sonntags im Berliner Stadtbezirk Weißensee zum Kameradschaftsabend. Vorträge, Schulung und Kameradschaftspflege steht bei diesen in der Regel sehr gut besuchten Zusammenkünften im Mittelpunkt. Informationen und Kontakt: Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, Postfach 5, 13061 Berlin .

konsequent! - national! - sozial!

O JA, *ich möchte weiterhin über ihre Arbeit informiert werden. Schicken Sie die nächsten sechs Ausgaben des AUFBRUCH zum Abopreis von 25,- DM bitte an folgende Adresse: (Das Geld lege ich in Briefmarken/Scheck bei).*

Name: ____________________, *Vorname:* ____________

Straße: ____________________, *PLZ/Ort:* ____________

Ausschneiden und absenden an:

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
Mitteldeutschland / Postfach 5 / 13061 Berlin





Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

2. Jahrgang | 8. Ausgabe | Mai 1994 | Preis: 1,50 DM

INHALT

1. MAI 1994

Trotz rotem TERROR und VERBOT - FAP maschierte durch Berlin !

Wieder demonstrierten einige hundert Mitglieder und Sympatisanten der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei in Berlin gegen Drogenfreigabe und Gewalt auf deutschen Straßen. Anwohner bekundeten spontan Beifall !

Spontane Beifallsäußerungen begleiteten den Demonstrationszug, als zumeist junge Deutsche Frauen und Männer lautstark ein generelles Verbot aller Drogen forderten. Ein weiteres Motto war **„Stoppt die Gewalt und Unsicherheit aut deutschen Straßen!"** Damit hat die FAP auch in diesem Jahr bewiesen, daß sie als einzige politische Alternative nicht linken Chaoten und korrupten Parteien das Schicksal unseres Volkes überläßt.

Seite 2

Politisches Bewußtsein schlimmer als Mord

Politische Inquisition und Sondergerichte gegen nationale Opposition / Deutsche haben in dieser Republik bald keine Rechte mehr

Seite

Für Geld ist in dieser Republik alles zu haben

Bakschisch in deutschen Amtsstuben

Bericht Seite

Bundesverfassungsgericht legalisiert Mord in Raten

FAP kündigt Wiederstand an

Bericht Seite 6

... und wir sind doch marschiert

Die FAP hatte für den 1. Mai eine Demonstration im Bezirk Treptow angemeldet, die aber von der zuständigen Polizeibehörde, mit einer inhaltlich lächerlichen Begründung, innerhalb weniger Stunden verboten wurde.

Die FAP konnte aber vor dem Verwaltungsgericht kurzfristig eine Einstweilige Verfügung erwirken. Somit stand einer legalen Demonstration am 1.Mai, dank einiger einsichtiger Richter, nichts mehr im Wege.

Trotzdem aber versuchten einige hundert gewalttätige Chaoten, unterstützt von linken Parteien wie der PDS, den Gewerkschaften und von Ausländern, die legale FAP-Demo zu stören und griffen Pasanten sowie Demonstranten an, von denen einige durch Steinwürfe und Stahlkugelgeschosse verletzt wurden.
Um weitere Ausschreitungen zu vermeiden und die Sicherheit der Anwohner nicht weiter zu gefährden, wurde die FAP-Demo kurzfristig von den Organisatoren abgesagt.
Am Nachmittag formierten sich trotzdem aber ein Zug zumeist junger Deutscher und marschierte spontan im Bezirk Prenzlauer Berg, um gegen die Gewalt dieser politischen Elemente auf deutschen Straßen sowie gegen die Legalisierung von Drogen zu protestieren.
Damit hatte FAP allen Spekulationen zum Trotz deutlich gezeigt, daß sie sich auf keinen Fall der linksfaschistischen Gewalt beugen und diesen zerstörerischen Elementen das Schicksal unseres Volkes überlassen wird. Ein Jahr Vorbereitung des sogenanten Bündnis „ Gegen Faschismus", das unter anderem von der DGB-Jugend, der PDS und anderen, unterstützt wurde, waren auch diesmal umsonst.

Was diese Chaoten für ein Rechtsverständnis besitzen, zeigten sie dann am späteren Abend in den Bezirken Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Treptow.
Vermummte steinewerfende Gestalten drangsalierten die Einsatzkräfte der Polizei, zerstörten parkende Autos der Anwohner und warfen Fensterscheiben ein; die übliche, alljährlich stattfindende Krawallnacht nahm ihren zerstörerischen Lauf.
Unverständlich bleibt dem deutschen Bürger, warum solche Veranstaltungen überhaupt noch genehmigt werden, wie z.B. das „internationale Straßenfest" auf dem Kreuzberger Oranienplatz, aus dessen Mitte die Krawalle im Bezirk ausgingen.



Rote Karte für den DGB

Fast schon lächerlich machte sich in diesem Jahr der DGB mit seinen bundesweiten „Massenveranstaltungen". Waren bei der zentralen Kundgebung in Hannover ganze 22.000 irregeführte Arbeitnehmer, ein großer Teil davon ausländischer Herkunft, hinkte Berlin mit ca. 5000 demonstrationsmüden Malochern den großen Erwartungen der Genossen hinterher.
In vielen Städten fiel die Mai-Demo gar aus, da keine oder nur zwei handvoll ganz eifriger Gewerkschafter weder Kosten und Mühen scheuten, um sich selbst darzustellen; so z.B. in dem hollsteinischen Rendsburg, wo ganze zehn Genossen auftauchten und den sechs anwesenden Polizisten einen frühen Feierabend ermöglichten.

Dieser 1. Mai läßt hoffen, zeigt er doch deutlich, daß immer weniger deutsche sich von den hohlen Politphrasen linker Gewerkschaften mißbrauchen lassen. Die Mehrheit der noch denkenden Deutschen sucht nach vertrauenswürdigen politischen Alternativen. Dies haben auch die Linken, insbesondere die PDS erkannt. Nun gilt es für uns alle, den Wettlauf gegen die Zeit zu gewinnen, damit wir und unsere Kinder in nächster Zeit endlich wieder in einer wirklich freien, sauberen deutschen Gesellschaft leben können.

Daher kann die einzige Alternative nur sein:

Zukunft mitgestalten -

FAP unterstützen -

Mitglied werden !!!

Deutschland, einig Drogenland

Rosige Zeiten für Drogendealer brechen nun auch in Deutschland an

Bundesverfassungsgericht legalisiert kleine Mengen / Der Staat gibt dem Druck der Straße und den Dealern nach

Drogendealer lebenslang ins Arbeitslager !

Es geht um das Leben und die Zukunft unserer Kinder !!!

Der Konsum und Besitz kleinerer Mengen Haschisch sollen künftig nicht mehr bestraft werden.

Dies stammt nicht aus einem Science fiction-Roman, sondern ist höchstrichterlicher Urteilsspruch aus Karlsruhe.

Weil es aber kein grundgesetzlich garantiertes Recht auf Rausch gibt, bleibt das allgemeine Haschischverbot weiter bestehen. Damit ist die Strafbarkeit des „gewöhnlichen" Haschisch- und Marihuana-Konsums faktisch aufgehoben, ein weiterer Schritt hin zur Zerstörung der deutschen Jugend getan.

Konkret bedeutet das Urteil: Wer jetzt bei einem Bagatell-Haschisch-Delikt erwischt wird, bekommt § 153 der Strafprozeßordnung - das Gericht sieht von einer Bestrafung ab.

Zitat aus dem richterlichen Beschluß (Az. 2 BvL 43/92 u.a.): Haschisch-Konsum ist nicht mit Alkohol-Genuß zu vergleichen, weil es dem Trinker nicht nur auf die Wirkung, sondern auch auf den Geschmack ankommt. Die Benutzung von Haschisch ist wegen der vielfältigen sozialen Auswirkung nicht Bestandteil des Persönlichkeitsrechtes. Es sei aber nicht angemessen, die 800.000 bis 1 Million Gelegenheitskonsumenten weiter mit Strafe zu bedrohen.

Damit hat sich das Bundesverfassungsgericht eindeutig dem Druck der Straße und den Dealern gebeugt, und somit die Einstiegsdroge Haschisch gesellschaftsfähig gemacht.

Der Lübecker Richter Wolfgang Nescovic, über dessen Vorlage das Bundesverfassungsgericht mitentschied, begrüßte das Urteil als „ein bedeutsames rechtspolitisches Signal gegen eine Drogenpolitik, die allein auf das Strafrecht setzt". Er zeigte sich aber zugleich enttäuscht, daß die Karlsruher Richter die Droge Haschisch weiter anders behandele als die Droge Alkohol. Auf dem Weg für ein „Recht auf Rausch" sei das Karlsruher Urteil aber ein Meilenstein.

Nach Verkündung des Urteils haben in einigen Kreisen wahrscheinlich kräftig die Sektkorken geknallt, ist es nun doch wesentlich leichter, ganz legal mit diesem, als Einstiegsdroge bekannten, Rauschgift ungeniert vor Schulen und in Jugendeinrichtungen, in Fußballstadien und auf öffentlichen Plätzen anzugeben um sich als Dealer sein zukünftiges Kundenpotential zu sichern. Haschisch? Halb so schlimm! So tönt es nun durch die Republik. Das für zwei Drittel aller Drogentoten Haschisch die Einstiegsdroge war, wen kümmert es denn?

Es ist für diesen Staat doch ganz einfach. Wenn er nicht mehr mit den größtenteils selbstverschuldeten Problemen fertig wird, wird eben legalisiert. Und da vergleichsweise die Aufklärungsquote bei Einbruchdiebstählen zwischen 8 und 14 % liegt, ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis auch dieses „Bagatell-Delikt" nicht mehr verfolgt wird!

Ganz „fortschrittliche" Kreise, zu denen der oben erwähnte Lübecker Richter wohl zu zählen ist, drängen schon seit Jahren auf eine Legalisierung aller Drogen. Und auch das europäische Ausland freut sich über das Urteil, schließlich darf ein Deutschland in einem vereinigten Europa keine Ausnahme machen. In den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Großbritannien, Italien und Spanien ist der Besitz kleiner Mengen straffrei, verfolgt werden allenfalls Händler. Noch so ein Vorteil der EU, endlich kann man sich auch bei uns sinnlos berauschen und sich Stück für Stück gesundheitlich zerstören, natürlich nur auf Kosten der Allgemeinheit; die zahlt ja schließlich dann die nicht enden wollenden Terapien für Suchtkranke.

Den internationalen Drogenringen hat man die Arbeit ja schon vor Jahren erleichtert: Durch offene Grenzen in Europa und eine liberale Asylgesetzgebung in Deutschland ist erst der Nährboden und der nötige Handlungsspielraum geschaffen worden. Nun können diese Herren die Früchte ihrer verderbenden Saat in aller Ruhe ernten.

Es ist für uns als deutsche Menschen, die noch Verantwortung für ihre Mitmenschen im Herzen, und nicht nur auf den Lippen, tragen höchste Zeit zu handeln.

Wir von der FAP sagen NEIN zur Freigabe von Drogen. Es ist schon schlimm genug, daß es Alkoholsüchtige gibt, nun aber dem Drogenverderben Tor und Tür zu öffnen ist eine Kriegserklärung gegen das eigene Volk.

Drogenkonsum schädigt die Gesundheit, ist eine sinnlose Flucht aus der Realität, zerstört das soziale Gefüge und endet immer häufiger mit dem Tod. Nicht nur der einzelne zerstört sich, sondern zieht oftmals sein Umfeld mit ins Verderben, was die Drogentotenstatistiken eindeutig belegen.

Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei wird deshalb eine Initiative zur grundsätzlichen Ächtung und des Verbotes aller Drogen starten.

Es ist nach unserer Auffassung die höchste Pflicht des Staates, seine Jugend in einer gesunden, naturverbundenen sozialen Gemeinschaft aufwachsen zu lassen, möglichst alle schädigende Einflüssen von ihr abzuhalten, dazu zählt insbesondere der Drogenkonsum, und die jungen Menschen durch eine idealevermittelnde Erziehung zu Verantwortung tragenden Säulen eines staatlichen Gemeinwesens heranzubilden! Für diese Aufgaben hat der Staat die nötigen Mittel bereit zu stellen. Bevor man Milliarden ans Ausland verschleudert, hat man zuerst an seine eigene Bevölkerung denken!

Stoppt den Drogentot - Keine Legalisierung weicher Drogen !

gründiges-hintergründiges-hintergründiges-hinter



. . .

aus aller Welt

. . .

Prozeß geplatzt

Stuttgart. Der seit über drei Jahren andauernde sogenannte Neonazi-Prozeß, in dem es um die angebliche Weiterführung der 1983 verbotenen Aktionsfront nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) geht, ist nun endgültig geplatzt. Dank einer kranken Schöffin muß der sinnlose Prozeß, der inzwischen dem deutschen Steuerzahler über 3 Millionen DM gekostet hat, neu aufgerollt werden. Die vorgeschriebene Zehn-Tage-Frist zur Fortsetzung der Verhandlung war nicht zu gewährleisten.

Da hat sich die bundesdeutsche Justiz mal wieder selber ein Bein gestellt. Der Prozeß, da sind sich sämtliche regelmäßigen Beobachter einig, war ohnehin längst zu einer Farce entartet. Mit krampfhafter Gewalt versucht die Staatsanwaltschaft den zehn Angeklagten nach über zehn Jahren zu beweisen, daß sie ein schreckliches Verbrechen begangen hätten, nämlich eine vom Bundesinnenminister verbotene politische Vereinigung weitergeführt zu haben. Die inzwischen total veränderte politische Landschaft in Deutschland wird dabei völlig außer Acht gelassen.
Da kann man als braver Steuerzahler nur wieder mal mit dem Kopf schütteln, angesichts der Summen, die für ein derartiges Palaver aufgebracht werden müssen, das längst mehr und mehr den Charakter eines Rachetribunal angenommen hat.

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

SPD soll Schwule unterstützen

Berlin. Die SPD solle die Emanzipation homosexueller Menschen unterstützen und durchsetzen, daß gleichgeschlechtliche Partnerschaften als Ehe anerkannt werden.
So lautet ein Prinzip der Schwulen Sozialdemokraten (Schwusos), die diesen Antrag auf ihrm Landesparteitag stellten, und beabsichtigten, diese Forderung in das SPD-Wahlprogramm zu verankern. „Wir versprechen uns von einer neuen Mehrheit in Bonn wichtige Weichenstellungen für Schwule und Lesben", erklärte der Landesvorsitzende der Schwusos, Reinhard Naumann.

Na bravo, ein große deutsche „Volkspartei" als Prediger einer neuen Moral. Da werden sich einige Millionen Wähler hoffentlich genau überlegen, ob sie es gegenüber ihren Kindern verantworten können, einer Partei zum Wahlsieg zu verhelfen, die die ohnehin schon aufgeweichte Sitten unserer Kultur weiter zerstören will.
Aber wenigstens braucht sich der deutsche Normalbürger dann nicht mehr aufzuregen, wenn er sein Söhnchen mit dem Nachbarsjungen in flagranti erwischt. Es ist ja alles ganz „normal"!

Juden kritisieren deutsche Staatsanwaltschaft

New Yorck/München. Als einen „Affront gegen die Würde aller Juden" hat der Jüdische Weltkongreß in New York die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Landshut kritisiert, Republikaner-Chef, Franz Schönhuber nicht strafrechtlich zu verfolgen.
Generalsekretär Israel Singer, äußerte sich empört, Antisemiten könnten sich dadurch nur ermutigt fühlen.

Man höre und staune. Mit welchem Recht mischt sich ausgerechnet der Jüdische Weltkongreß in deutsche Justizangelegenheiten?
Und wo bitte schön ist die Würde aller Juden verletzt worden, nur weil eine deutsche Staatsanwaltschaft es ablehnt, ein sinnloses Verfahren zu eröffnen?
Es ist mehr als eine Frechheit, gerade von diesen Leute sich in solchem Maße zu äußern.
Sie sollten lieber ihren Landsleuten in Israel auf die Finger klopfen. Es wäre durchaus an der Zeit einige Kriegsverbrecherprozesse im Staate Israel durchzuführen, um endlich die verantwortlichen Mörder und Frauenschänder, die das palästinensische Volk über Jahrzehnte gemartert haben, zur Rechenschaft zu ziehen !!!

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Boutros-Ghali wimmelt Bonn ab

Bonn. Bonns Hoffnungen auf einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat sind vom UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali in Bonn höflich aber bestimmt abgewimmelt worden.
Obwohl die Bundesrepublik Deutschland der drittgrößter UNO-Beitragszahler ist, will die Weltorganisation nichts von einer ständigen Mitgliedschaft der Deutschen wissen. Bundesaußenminister Kinkel spekulierte auf einer Pressekonferenz erst auf eine zweijährige Mitgliedschaft als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates und anschließend auf eine ständige Mitgliedschaft der Bundesrepublik.

Es ist immer dasselbe: Wenn Geld gebraucht wird, egal wo in der Welt, dann eignen sich die Deutschen hervorragend als Melkkühe. Aber wehe, wenn diese Deutschen auch einmal Mitsprache- und Entscheidungsrechte auf internationaler Ebene als kleine Gegenleistung verlangen; sofort ist sich dann die ganze Welt wieder einig; die Verlierer des letzten Weltkrieges haben nur noch zu gehorchen und keine Forderungen zu stellen.
Es stünde einer Regierung, die von der Mehrheit aller Wähler in dieses Amt gehoben wurde, besser an, den Weltzirkus UNO schnellstens zu verlassen, um die verpulverten Milliarden in Zukunft in die eigene Wirtschaft, und damit in die Lebensqualität der deutschen Bevölkerung zu stecken. Rund 8 Millionen Menschen in Deutschland, die kein Einkommen aus eigener Arbeitstätigkeit haben lassen grüßen . . . !

gründiges-hintergründiges-hintergründiges-hinter

Streitbarer Kirchenmann vor Gericht

Osnabrück. Gegen den Dominikaterpater Heinrich Basilius Streihafen hat die Staatsanwaltschaft Osnabrück wegen dirskriminierender Äußerungen über Juden und Polen Anklage wegen Beleidigung erhoben. Es geht dabei um Erklärungen des ehemaligen Beraters von Bundeskanzler Kohl bei einem Vortrag in Meppen, Juden und Polen seien die „größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers". Diese Behauptung erfülle den Tatbestand der Beleidigung.

Die Kirche sollte froh sein, in ihren Reihen noch Männer zu haben, die den nötigen Mut aufbringen, ihre Meinung frei zu äußern.
Es ist geradezu lächerlich den Dominikanerpater strafrechtlich zu verfolgen, zumal er nichts weiter sagte, was sowieso die Erfahrung ganzer deutscher Generationen ist.
Angesichts der Milliardensummen an sog. „Wiedergutmachung", die die Bundesrepublik Deutschland, und damit der deutsche Steuerzahler, seit Jahrzehnten an den Staat Israel zahlt und dem ständig wachsenden Autoklau durch polnische Schieberbanden, ist die Behauptung des Paters gar nicht so abwegig . . . !

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

„Mitmenschlichkeit" im Grundgesetz

Bonn. Das Grundgesetzt wird wieder geändert. Der fraktionsübergreifende Antrag für die Aufnahme von „Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn" als Artikel 2a in das Grundgesetz ist mit der nötigen Zwei-Drittelmehrheit vom Parlament angenommen worden.
Der mitteldeutsche Abgeordnete Konrad Elmer (SPD), Initiator dieses Antrags, wertet den Satz „Jeder ist zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aufgerufen" als „ostdeutschen" Beitrag zur gesamtdeutschen Verfassung. Er mache deutlich, daß der Mensch nicht nur aus Leistung bestehe und stets auf andere angewiesen sei.

Es ist schon seht traurig, wenn man selbstverständliche menschliche Werte per Gesetz regeln muß. Das zeigt doch nur, wie weit es diese Demokratie geschafft hat, die Gesellschaft in einzelkämpferische Ego-Materialisten umzuerziehen; wie sehr sich gesellschaftliche Realität und humanistisches Wunschdenken voneinander entfernt haben.
Wenn dieser Artikel 2a den „ostdeutschen" Beitrag zur gesamtdeutschen Verfassung darstellt, dann ist das mehr als traurig. Eigentlich hätten doch gerade die Mitteldeutschen nun alle Möglichkeiten, sich endliche ihrer nationalen Identität bewußt zu werden und den „dekadenten Wessis" zu zeigen wo es als Deutscher lang zu gehen hat.
Aber leider sind nach vier Jahren „Wiedervereinigung" die Mitteldeutschen schon fast die besten Bundesbürger geworden.

Ent-Amerikanisierung der französichen Sprache

Paris. Per Gesetz versucht nun die französische Regierung den Einfluß von Amerikanismen in die französische Sprache zu stoppen, um ihren eigenen unvergleichbaren Charakter zu wahren. Ein 3400 Wörter umfassendes Wörterbuch soll der Bevölkerung helfen, statt der unerwünschten Harlem-Brocken endlich wieder französische Wörter zu benutzen.

Damit könnte die französische Regierung eine Vorreiterrolle in Europa auf dem Gebiet der nationalen Identität eingenommen haben, denn schließlich ist nicht nur die französische Sprache von der häßlichen Amerikanisierung betroffen, sondern fast jede europäische Kultursprache.
Es wäre mehr als wünschenswert, wenn sich endlich auch die Bundesregierung zu solchen Maßnahmen entschließen könnte, um das Ghetto-Kaudawelsch aus Übersee endlich, vor allem bei der deutschen Jugend, aus dem Sprachgebrauch zu verbannen.
Dabei darf man allerdings eines nicht vergessen, die Franzosen verfügen noch immer über ein gesundes Nationalbewußtsein, was man der deutschen Bevölkerung zumeist schon längst aberzogen hat!

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Härtere Strafe für „Ausschwitz-Lüge" gefordert

Karlsruhe/Hamburg. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hat angekündigt, für eine Änderung des Strafgesetzbuches einzutreten, um die „Ausschwitz-Lüge" als Volksverhetzung bestrafen zu können.
Die Diskussion um die sog. Ausschwitz-Lüge - das Leugnen der systematischen Judenvernichtung im Dritten Reich - war entbrannt, nach dem der Bundesgerichtshof eine Verurteilung des NPD-Vorsitzenden Deckert wegen Volksverhetzung aufgehoben hatte. Der BGH hatte seine Entscheidung damit begründet, daß das Verbreiten der „einfachen Ausschwitz-Lüge" diesen Tatbestand noch nicht erfülle.

Welch ein Hochmut herrscht in dieser Justiz. Solange es in einer Angelegenheit diesen historischen Ausmaßes, die schließlich bis in unsere heutige Zeit ihre Schatten wirft, Beweise, aber auch Gegenbeweise gibt, gesetzliche Straftatsbestände zu schaffen widerspricht jeglicher Rechtskultur. Ein Angeklagter gilt solange als unschuldig, solange seine Schuld nicht zweifelsfrei bewiesen ist. In dieser Angelegenheit verzichtet man aber gerne auf Beweise, es reicht wohl allein die Feststellung, daß ... Schließlich haben wir den Krieg verloren!



Rechtsstaat ade ?!

Die Kriminalisierung des Andersdenkenden

Hintergründe bundesdeutscher Politik im fünften Jahr der „Einheit"

Die Etablierten und ihre installierten Machtorgane laufen immer häufiger Amok!
Das Grundgesetz wird von abgelaschten Politikerfüßen plattgetreten, wenn es um den eigene Machterhalt und gegen die nationale Opposition geht.
Da werden Sondergerichte wegen „rechter" Straftaten einberufen, überhöhte Strafen für Bagatelldelikte verhängt, Haftbefehle erwirkt, weil man einfach die Schnauze voll und seine Meinung frei geäußert hat; als nationaler hat man schon lange nicht mehr das Recht, seine Meinung frei zu sagen.
Demonstrationen nationaler Parteien und Gruppierungen werden dutzendweise unter den fadenscheinigsten, erlogenen Begründungen verboten; die Versammlungsfreiheit und das Recht für seine Überzeugung zu demonstrieren gilt in diesem Staate für nationale auch schon lange nicht mehr.
Manch ein außenstehender Bundesbürger mag dies alles nicht recht glauben, schließlich sind die Zeiten der Hexenverfolgung schon lange vorbei. Diesem Trugschluß ist schon manch einer erlegen, der dann saftige Geldstrafen zahlen oder einige Jahre in „Staats-pension" verbringen durfte.
Geändert hat sich nur der wortliche Inhalt. Früher waren die Hexen die bösen, die mit dem Satan in Verbindung stehenden. Heute sind es die „Neonazis", die für alles und jedes verantwortlich gemacht werden. In dieser fatalen stumpfen Sichtweise offenbart sich die ganze Ohnmächtigkeit dieses Systems und seiner Gesellschaft. Wenn Bundespolitiker allen ernstes äußern, daß ein begangener Mord nicht so schlimm zu bewerten sei, wie eine nationalsozialistische Gesinnung, andererseits Neokummunisten nur allzugern hofiert werden, wenn man als etablierter auch nur die Aussicht auf einen Stück des großen Kuchens hat, dann zeigt das nur zu deutlich, in welch eine Gesinnungsknechtschaft sich diese Gesellschaft künstlich herangezogener Konsumidioten begeben hat; unfähig zu differenzieren oder gar nach eigenen Zukunftsperspektiven zu suchen und für das gemeinschaftliche Leben als Deutsche zu kämpfen vegetiert sie ihrem biologischen Ende in diesem Staate entgegen.
Wer von der heute doch so aufgeklärten Gesellschaft und ihren Millionen Pseudointelektuellen hat sich einmal die Mühe gemacht genauer hinter sogenannte historische oder gegenwärtige Tatsachen zu schauen, die politischen Tabuzonen aufzubrechen um nach der Wahrheit zu fragen? Kaum einer! Es wird sinnlos das nachgeplappert, was der Zeitgeist vorgibt. Man hat doch zuviel zu verlieren; Karriere, Machtpositionen und Geld sind die einzigen Werte, die heute noch zählen. Der anerzogene pure Egoismus kennt kein Ehrgefühl, keinen Gemeinschaftsinn, keine natürlichen Bande mehr. Der vielbeschworene Rechtsstaat dient längst nur noch als Alibi für die Chefetagen dieser korrupten Republik. Denn Recht hat heute nur noch der, der nicht aufmuckt, der keine kritischen Fragen stellt und sich fast nahtlos in dieses Machtgefüge integriert. Wer kann angesichts dieser Tatsachen noch behaupten, daß er stolz sei, ein Deutscher zu sein?

Wer falsch denkt ist kriminell

Als anständiger deutscher Mensch kann man sich nur noch schämen. Aber aus der Scham erwächst die Wut über diese bundesdeutsche Realität, und aus der Wut die eigene Kraft, der feste Wille und das eigene Handeln, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten!
Nicht umsonst wurde ein Verein mit dem vielsagenden Namen „Wir für Deutschland" gegründet. Es ist der krampfhafte Versuch eben diese beginnende Wut noch rechtzeitig zu kanalisieren. Mit Werbekampagnen in den öffentlichen und privaten Medien versuchen interessierte Kreise den Begriff der deutschen Nation für ihre Zwecke neu zu interpretieren.
Wie sagte doch der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, der auch diesem Verein angehört, daß man den Begriff der Nation nicht rechten Kreisen überlassen dürfe. Weiterhin äußerte er: „Wenn ich etwas an Deutschland kritisiere, meine ich nur das Haar in der Suppe. Die Suppe finde ich gut".
Bezeichnend, wenn solch ein Herr Deutschland als Suppe bezeichnet! Dabei schwimmen in der„israelischen Suppe" ganze Zöpfe, die den guten Geschmack längst verdorben haben!
Wir Deutsche lassen uns unsere Auffassung von unserer Nation nicht durch Wischiwaschi-Werbekampagnen zerstören, diese Herren haben überhaupt keinen Bezug zur deutschen Nation!

Im Gegensatz zu „denen da oben" haben viele von „denen da unten" noch Ideale, Mut, Tapferkeit und ein Gerechtigkeitsempfinden, vor allem aber haben sie den Willen um ihre Zukunft zu kämpfen!!! ☐

Demokratie ohne nationale Opposition ist DIKTATUR !

kurz notiert

Polizei schützt Staat vor Kindern und Ponys

Weil das Berliner Bezirksamt Wedding auf dem Abenteuerspielplatz Telux einen Schulneubau plant, müssen die Kinder mit ihren Lieblingen dort weg. Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen marschierten zwanzig Kinder und fünf Ponys mit einem Transparent vor das rund einhundert Meter entfernte Rathaus des Bezirks. „Helft, laßt uns die Tierfarm" sta:d auf dem großen, bunten Transparent zu lesen. Nun ermittelt der Staatsschutz wegen einer nicht angemeldeten Demonstration. Begründung: Da ein Transparent mitgeführt wurde, handele es sich hier nicht um einen spontanen Aufzug, der ja unter gewissen Umständen erlaubt ist.

So sieht es aus in Deutschland: Selbst Kinder, die in den Betonw'sten unserer Städte ein kleines Stück Natur behalten wollen, werden nun schon vom Staatsschutz observiert. Diese Republik verliert immer mehr den Bezug zu ihren Bürgern!

Impressum •

r Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an itglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen.

Herausgeber:
reiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin.

ndige Mitarbeiter:
urmeister, M. Drager (V.I.S.d.P.).
lage Februar: 2000 Exemplare.
ür namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel), sowie für irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung.

• • • • • • • • • • • • • • •

Das soziale Netz in Berlin beginnt zu reißen

400 000 Menschen ohne Arbeit / 20 000 Obdachlose
7000 DM Kaltmiete pro Quadratmeter

Berlin steht vor dem sozialen Ruin. Angesichts der 400 000 Menschen, die derzeit ohne Arbeit ihr Dasein fristen müssen, ca. 20 000 Obdachloser, und Spitzenmieten um 7 000 DM pro Quadratmeter ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann die ständig steigende soziale Spannung sich in Frust und Gewalt äußert.

Hinzu kommt die dritte und vierte Generation an hier aufgewachsenen auländischen Jugendlichen, die ebenfall keinerlei eigene Lebensperspektiven in dieser Stadt haben.

Berlin - die deutsche Hauptstadt gleicht gegenwärtig einem sozialem Pulverfaß, an dessen Lunte nur noch der Funke fehlt, der es zur Explosion bringen wird.

Ein Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Die neue Bonner Sparpolitik wird in absehbarer Zeit noch mehr Menschen ins soziale Aus schleudern.

Denkende Deutsche und Deutschdenkende überlassen ihr Schicksal nicht länger den Etablierten.
Sie kämpfen für ihre Zukunft !

Die meisten ABM-Stellen werden gegenwärtig nicht nur untertariflich entlohnt, sondern in naher Zukunft eingestellt. Arbeitslose Wissenschaftler beispielsweise erhalten jetzt auf einer ABM-Stelle im Osten maximal 2 400 DM, im Westen der Stadt maximal bis 3 100 DM. Damit stehen sie sich viel schlechter als mit regulärem Arbeitslosengeld. Von Motivation und Eigenverantwortung kann da keine Rede mehr sein.

Einzig das Baugewerbe nimmt in dieser Stadt eine positive Rolle ein. Angesichts des bevorstehenden Regierungsumzuges in die Hauptstadt sind die vorhandenen Kapazitäten voll ausgelastet.

Die politisch Verantwortlichen für diesen Schlamassel ziehen sich aus der Affäre und versuchen durch geschminckte Statistiken die Situation zu beschönigen.

Welcher klar denkende deutsche Bürger kann da bei den anstehenden Wahlen noch so dumm sein, und den etablierten Korruptionsparteien seine Stimme geben?

Es müßte doch jedem in diesem Staate langsam klar geworden sein, daß man sein Schicksal nicht mehr in die Hände sogenannter selbstherrlicher „Volksvertreter" etablierter „Volksparteien" überlassen darf, sondern endlich beginnt politisches Bewußtsein und neue politische Wege zu formulieren, die dem abgewirtschafteten System eine klare Alternative entgegenstellt.

Manch einer mag diese Alternative in linken Pateien und Gruppierungen wie der PDS gefunden haben. Allerdings ohne sich darüber im klaren zu sein, daß es gerade diese abgehalfterten Genossen in Mitteldeutschland waren, die wesentlich zu den herrschenden Zuständen beigetragen haben: weder Staatskapitalismus noch liberaler Privatkapitalismus können zukunftsträchtige Alternativen für unser Volk darstellen.

Wir deutsche brauchen ein neudefiniertes nationales Selbstwertgefühl, ein staatliches System, daß sich zuerst nur um unsere eigene Bedürfnisse zu kümmern hat, daß den Menschen hilft, die natürliche Gemeinschaft als Lebensgrundlage zu erkennen, um aus dieser dann die sozialen Fragen unserer Zeit zu lösen. Denn Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Mietpreisexplosion sind wahrhaftig keine Schicksale, die nicht zu ändern sind. Wenn man aber die Wurzel des Übels beseitigt, dann beseitigt man auch seine Auswirkungen . . . !

Die Deutschen sterben aus:

Dramatischer Geburtensturz in Mitteldeutschland

Geburtenzahl innerhalb von zwei Jahren um mehr als 50 Prozent gesunken / FAP fordert umfassende Verbesserungen in der Familien- und Sozialpolitik

Während die Altparteien in Bonn einer immer breiteren Zuwanderung von Ausländern das Wort reden, krankt das Bevölkerungssystem der BRD an Kinderlosigkeit und Überalterung. Die Folgen liegen auf der Hand: Überfremdung und unsichere Renten. Dagegen stehen die familienpolitischen Forderungen der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag die Zahl der Geburten in der gesamten BRD auch im zurückliegenden Jahr wieder weit unter der Zahl der Sterbefälle. So wurden im vergangenen Jahr in Deutschland insgesamt nur 770.000 Kinder geboren (Ausländer sind in dieser Zahl inbegriffen). Das sind etwa 5 Prozent weniger als im Vorjahr, wobei die Zahl der Ausländerkinder weiter zugenommen hat. Besonders dramatisch ist die Lage auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (Mitteldeutschland). Hier ging die Zahl kontinuierlich von 178.000 im Jahr vor der Wende auf knapp 108.000 (1991) auf 87.000 (1992) zurück. Im vergangenen Jahr waren es noch 67.000 Kinder, die in Mitteldeutschland geboren wurden. Das entsprich einem Rückgang von etwa 60 Prozent. Dieser dramatische Geburtenrückgang ist in erster Linie als Folge der zunehmenden Wertelosigkeit und Entfremdung in Deutschland zu sehen. Hinzu kommt eine kinder- und familienfeindliche Politik der Altparteien. Aber auch mangelnder Wohnraum, Arbeitslo-sigkeit und die damit verbundenen Zukunftsängste lassen immer Familien in Mitteldeutschland kinderlos bleiben.

Die FAP fordert die Auszahlung von Sozialmitteln an die Staatsbürgerschaft zu binden. Kinder- und Familiengeld, Mietzuschüsse usw. müssen den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt und entsprechend erhöht werden. Arbeitsplätze, Lehrstellen und Wohnraum zuerst für deutsche Bedürftige. Deutsche Steuergelder müssen zunächst für deutsche Interessen aufgewendet werden.

Christian Wendt

Ein Wort in eigener Sache

Die überwältigende Reaktion auf die bisher erschienen Ausgaben des AUFBRUCH zeigen uns deutlich, daß immer mehr Deutsche die Nase voll haben von Versprechungen und der ewigen Hinhaltetaktik der etablierten Parteien im Bonner Parlament.

Nur den AUFBRUCH regelmäßig zu lesen, reicht aber nicht, um an der realen politischen Situation etwas konkretes zu verändern. Dazu bedarf es mehr.

Natürlich hat dieser Staat ein Auge auf uns geworfen, weil wir ihm zu unbequem werden. Diese Tatsache aber wird niemanden davon abhalten, dem wirklich etwas an seiner persönlichen Zukunft und der seiner Kinder liegt, unsere Zeitung und unsere Partei, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), tatkräftig mit seinen Mitteln zu unterstützen.

1994 ist ein Wahljahr, das entscheidende Weichenstellungen in der deutschen Politik und damit für die Zukunft unseres ganzen Volkes bewirken kann und wird.

Daher ist es jetzt ganz besonders wichtig klar und eindeutig Stellung zu beziehen und mitzumachen.

Wir sind zugegeben eine noch kleine Partei, aber wohl mit den klarsten und deutlichsten politischen Aussagen.

Wir versprechen keine Wunder, nicht noch mehr Wohlstand, sondern zeigen an Hand der Realität Lösungsmöglichkeiten für eine gemeinsame friedfertige deutsche Zukunft auf.

Nicht Neid und Wohlstandsdenken sind unser Leitgedanke, wir wollen keine künstlichen Gräben innerhalb der Gesellschaft schaffen, sondern wir streben eine soziale Tatgemeinschaft aller deutschen Menschen an, in der jeder nach seinen Fähigkeiten seinen Platz einnimmt und sowohl für sich, wie für sein ganzes Volk Verantwortung übernimmt.

Daher gibt es nur eine politische Alternative zu dem herrschenden Polit-Chaos:

Die FAP unterstützen durch Mitgliedschaft,

konsequent! - national! - sozial!

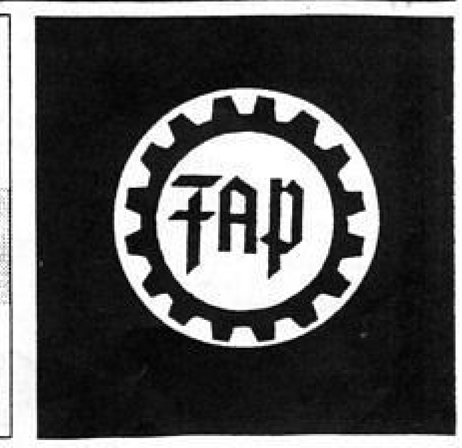
O JA, ich möchte weiterhin über ihre Arbeit informiert werden. Schicken Sie die nächsten sechs Ausgaben des AUFBRUCH zum Abopreis von 25,- DM bitte an folgende Adresse: (Das Geld lege ich in Briefmarken/Scheck bei).

Name: ____________, Vorname: ____________

Straße: ____________, PLZ/Ort: ____________

Ausschneiden und absenden an:

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
Mitteldeutschland / Postfach 5 / 13061 Berlin





Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

2. Jahrgang | 9. Ausgabe | Juni 1994 | Preis: 1,50 DM

INHALT

Diese und weitere interessante Hintergrundberichte lesen Sie auf den folgenden Seiten.

**NACHDENKEN-
UMDENKEN-
MITDENKEN !**

DIE ERKENNTNIS DER EUROPAWAHLEN:

Die Bundesbürger haben wieder nichts dazu gelernt

Die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament zeigen erschreckend deutlich, daß die Bundesbürger anscheinend noch immer nichts aus den negativen politischen Auswirkungen der EU auf Deutschland gelernt haben.

Die erste große Wahl, die als Stimmungstest für die im Oktober stattfindenden Bundestagswahlen gilt, macht erschreckend deutlich, daß die Mehrzahl der satten Bundesbürger nicht bereit scheint, aus den politischen Erfahrungen mit der EU zu lernen. Mit der quasi Bestätigung der aktuellen innenpolitischen Verhältnisse läßt die kommende Bundestagswahl kaum Hoffnung auf einen politischen Neubeginn in Deutschland aufkommen.
Gerade noch rechtzeitig sind wohl die positiven Einschätzungen für ein absehbares wirtschaftliche Wachstum in den nächsten Jahren durch die Presse gegeistert und haben somit die Bonner CDU/FDP-Koalition in ihrer Machtposition bestärkt.
Einziger Lichtblick dieser Wahlen ist die relativ geringe Wahlbeteiligung. Seite 3

Die kriminelle Bundesrepublik

6,7 Millionen Straftaten alleine im Jahr 1993 / Tendenz weiter steigend

Besonders der Anteil nichtdeutscher Straftäter steigt dramatisch an / Mitteldeutsche sind besonders gefährdet

Bericht Seite 2

Allah soll in Berliner Gedächtniskirche einziehen

Berliner „Künstler" fordern Gebetsrufe aus dem „Hohlen Zahn"

Bericht Seite 6

Erfolge bei der Ermittlung im Mordfall „Kaindl"

Polizei sucht sechs Tatverdächtige aus der linken Terrorszene

Bericht Seite 8

Noch nie war die Bundesrepublik so kriminell wie heute

BKA-Statistik: Mitteldeutsche Kriminalität erreicht Spitzenwerte / Internationale Banden operieren vor allem in den neuen Bundesländern

Die von Bundesinnenminister Kanther vorgelegte Kriminalitätsstatistik ist alarmierend: Demnach stieg die erfaßte Verbrechensrate auf 6,7 Millionen Delikte an, was einer Steigerung um 2,7 Prozent gegenüber 1992 bedeutet. Voralem bei Betrug, Ladendiebstahl sowie gegen das Ausländer- und Asylgesetzverfahren liegt die Steigerung überdurchschnittlich hoch. Bei den Massendelikten sind besonders Aktivitäten international operierender Banden, vor allem im mitteldeutschen Raum zu beobachten. Laut einer Statistik des BKA ist besonders Potsdam von dieser Entwicklung betroffen. Auch das meist jugendliche Alter der ermittelten Täter gibt Grund zur Besorgnis.

Die Zeiten werden immer unsicherer. Diese bittere Erfahrung mußte schon manch einer am eigenen Leibe machen. Die jüngsten Statistiken ergeben in der Tat Grund genug zur Besorgnis. Vor allem sind es in Deutschland immer besser organisierte internationalen Verbrecherbanden, unter denen die eigene Bevölkerung zu leiden hat. Tobte lange Zeit die Rivalität einzelner Gruppen ehr im Verborgenen, so ist nun schon fast jeder potentielles Opfer dieser Gangster. Gerade in den deutschen Metropolen wie Frankfurt/M, Hamburg oder Berlin ist man oftmals seines Lebens nicht mehr sicher. Hannover und Frankfurt/M dominieren bei Mord und Totschlag, bei schwerer Körperverletzung Berlin und Braunschweig. In Bremen, Hamburg und Frankfurt/M leben die Frauen am gefährlichsten, hier wird am häufigsten vergewaltigt. Die meisten PKW's wurden in Schwerin, Magdeburg Potsdam, Rostock und Leipzig gestohlen; der polnische Nachbar läßt grüßen. In Hannover und Hamburg wurde am häufigsten eingebrochen.

Die sicherste Großstadt in Deutschland aber ist Solingen - da werden sich sicher einige gewaltig ärgern, wo gerade doch diese Stadt durch die „rechte" Gewalt so in die Schlagzeilen geraten ist, oder anders ausgedrückt, ein hoher Anteil natonalgesinnter Menschen verhindert Straftaten und läßt den deutschen Bürger ruhiger schlafen!

Am gefährlichsten leben die Potsdamer. Sie tragen das Risiko mit jährlich 23 000 Delikten pro 100 000 Einwohner Opfer einer Straftat zu werden. Mit 31 830 erfaßten Straftaten lag die brandenburgische Landeshauptstadt 1993 an der Spitze der deutschen Kriminalitätsstatistik. 74 Prozent davon sind Diebstähle, Einbrüche oder Sachbeschädigungen gewesen, 2/3 der Straftäter nicht älter als 21 Jahre alt und insgesamt konnten nur 34,6 Prozent aufgeklärt werden. Der Anteil der nichtdeutschen Straftäter hat sich auch hier dramatisch erhöht.



Potsdams Polizeipräsident Detlef von Schwerin, der sich besonders mit seinen widerrechtlichen Maßnahmen gegen nationale Deutsche einen Namen gemacht hat.

Vor allem illegal eingewanderte Ausländer aus den osteuropäischen Staaten machen der Polizei immer mehr zu schaffen. Denn längst handelt es sich hierbei nicht mehr nur um unabhängige Einzeltäter, sondern um gut organisierte Banden, die den deutschen Bürger bedrohen. Derweil, unsere Politiker in Bonn streiten über diese oder jene gesetzliche Maßnahme und merken nicht, besser, wollen nicht merken, daß der Zug der Kriminalitätsrealität schon längst in Richtung US-Amerika abgefahren ist. So dürfen wir uns alle, dank der Kompetenz der deutschen Politik und des konsequenten Einhaltens der geschworenen Eidesformel unserer Regierungspolitiker, nämlich dem deutschen Volk zu dienen, Schaden von ihm abzuwenden, seinen Nutzen zu mehren etc., in absehbarer Zeit auf New Yorker Zustände freuen.

Es hat eben doch Vorteile, ein weltoffenes, liberales Land zu sein, vor allem für Diebe, Mafiosi, Mörder und sonstiges Gesindel ! **md**

Die Wahlen vom 12. Juni und ihre Auswirkungen:

Es bleibt alles wie es war

Nur Kommunalwahlen brachten kleine sichtbare Veränderungen

Das war's. Von Veränderungen keine Spur. Deutschland bleibt nach der EU-Wahl also auch weiterhin der Zahlmeister der Gemeinschaft, der deutsche Steuerzahler der Dumme. Scheinbar ist jeder politische Selbstbehauptungswillen der Deutschen verlorengegangen. Der Megastaat EU ist auf dem Weg zur häßlichen Realität.

Die Bonner Regierungskoalition ist der große Sieger, wir Deutsche die Verlierer. So kann man das Ergebnis der Wahlen kurz zusammenfassen. Hoffnungsvoll stimmt höchstens noch die Tatsache, daß nur etwa 50% aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben haben, der Rest sich der nebulösen Utopie der EU also durch Stimmenthaltung entzogen haben. Diese Wählerschichten konnten diesmal die REP's nicht für sich einspannen, zu enttäuscht sind viele von der gravierenden politischen Unfähigkeit dieser Partei der Karrieristen und Postenhascher. Allein die PDS machte insgesamt deutlich Boden gut.

Besonders bei den Kommunalwahlen in den mitteldeutschen Bundesländern legten die Nostalgiegenossen deutlich zu. Sie profitierten überwiegend von dem wirtschaftlichen Versagen der Etablierten und der Unfähigkeit nationaler Parteien konstruktive Alternativen aufzuzeigen. So blieb vielen nur die Möglichkeit, ihren Protest gegen die herrschenden Zustände in Form eines Kreuzes für die PDS auszudrücken. Man mag dies mit einem lachenden und einem weinenden Auge betrachten, denn für die nationle politische Opposition wird es in Zukunft noch schwieriger werden, ihre gesetzlich festgeschriebenen Rechte in diesen Ländern durchzusetzen. Allerdings werden sich nun auch potentielle Investoren in den neuen Bundesländern, gerade in den strukturschwachen, zweimal überlegen, ob sie ihr Geld und damit Arbeitsplätze für die Menschen ausgerechnet dort anlegen. Wer wird sich schon gerne von kommunistischen Kadern sagen lassen, was man mit seinen Mitteln zu tun und zu lassen hat?

Aber mit diesen Konsequenzen müssen die Wähler dieser Partei selber leben.

Und all jene, die den Etablierten ihre Stimme gegeben haben, sollten sich in Zukunft gefälligst zurückhalten, wenn ihre Kinder und Frauen von Ausländerbanden drangsaliert, mit frei verkäuflichen Drogen vollgepummt, die Lebensmittel mit Strahlung und Chemie angereichert und hart erarbeitete Steuergroschen für die ärmerem EU-Staaten ausgegeben werden. Schließlich haben sie ja ihr eigenes Elend angekreuzt.

Die EU macht's möglich! md

Brüssel droht Bonn

Rinderwahnsinn: Bei Importverbot gerichtliche Schritte angekündigt

Die Europäische Kommission und Großbritannien haben Bonn mit gerichtlichen Schritten gedroht, wenn Deutschland im Alleingang ein Importverbot für britisches Rindfleisch verhängt.

Brüssel/London/Bonn. Ein Brüsseler Sprecher sagte, die Kommission werde die Bundesregierung bei einem einseitigen Importverbot für britisches Rindfleisch vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Niemand habe bisher nachgewiesen, daß BSE, der sogenannte Rinderwahnsinn, auf den Menschen übertragen werden könne. Es sei erstaunlich, daß Deutschland Importbeschränkungen als einziges Land in der Union beschließen wolle, wo die deutschen Einfuhren nur verhältnismäßig gering seien.

Auch Großbritannien hat erneut mit gerichtlichen Schritten gedroht, sollte Deutschland die Einfuhr von britischem Rindfleisch verbieten. Großbritannien würde im Verbotsfall gesetzliche Schritte erwägen, um die Exportverluste auszugleichen, sagte der britische Landwirtschaftsminister Shepard. Bonn beruft sich auf den Artikel 36 des Unionvertrages, der Importbeschränkungen „zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen" in Ausnahmefällen rechtfertigt.

Der deutsche Bauernverband befürchtet erhebliche Kontrollprobleme an den Grenzen, bei einem deutschen Alleingang gegen den Rinderwahnsinn. Bei einem deutschen Importverbot könne das verseuchte Rinderfleisch auch über Drittländer in die Bundesrepublik gebracht werden, befürchtet Bauernverbandspräsident von Heeremann.

gründiges-hintergründiges-hintergründiges-hinter



SPD will Rechtsextremismus europaweit bekämpfen

Bonn. Die SPD hat ein europaweites Vorgehen gegen den Rechtsextremismus gefordert. In ihrem Zehn-Punkte-Programm sprechen sie sich dafür aus, die Verbreitung entsprechender Propaganda in Europa einheitlich unter Strafe zu stellen.

Während Alt- und Neukommunisten seit Jahrzehnten ihr menschenverachtendes politisches Treiben ungehindert ausführen konnten, will nun ausgerechnet die deutsche SPD europaweit gegen andersdenkende vorgehen. Welch eine perverse Gesinnung hat sich in den Köpfen der Sozialdemokraten eingenistet. Aber glücklicherweise waren andere Völker in Europa schneller und haben sogenannten „Rechtsextremisten" ihr Vertrauen ausgesprochen, so daß diese endlich einmal wieder mit Regierungsverantwortung für ihre Nation tragen dürfen. Wir Deutsche sollten uns an dem politischen Mut der Italiener ein Beispiel nehmen, und uns nicht länger mit Dreck aus aller Welt bewerfen lassen!

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Bubis fordert europäischen Verfassungsschutz

Bonn. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hat zur Bekämpfung „extremistischer Srömungen" die Einrichtung einer europäischen Verfassungsschutzbehörde gefordert. Es sei nicht hinnehmbar, das „Natzi-Symbole und Parolen" in Spanien oder Dänemark gedruckt und dann in Deutschland verbreitet würden.

Der Herr Bubis sollte sich lieber einmal an seine eigene krumme Nase fassen und seinen israelischen Extremisten das Handwerk legen, bevor er sich um europäische oder gar deutsche Belange kümmert. Schließlich leben wir in einer freien Welt, in der man seine Meinung sagen dürfen muß. Es ist schon schlimm genug, daß sich in Deutschland eine fast fünfzigjährige antinationale Gesinnungsmeschpoke austobt. Man sollte wenigstens die anderen europäischen Völker vor einer derartigen Gesinnungsknechtschaft bewahren!

Ab dem 13.6.1994 wird endlich in die eigene Tasche gewirtschaftet

Berlin. Wir haben es geschafft: Ab dem 13.6. wirschaftet der deutsche Steuerzahler endlich in die eigene Tasche - rein rechnerisch natürlich. Bis dahin hat er, laut einer Veröffentlichung des Bundes der Steuerzahler, für Steuern und Sozialabgaben geschuftet; genau 162 Tage lang. Damit legt sich der Steuerzahler nun schon fast die Hälfte des Jahres für die „Staatsquote" krumm - und es wird immer mehr: Im letzten Jahr fiel dieser denkwürdige Tag noch auf den achten Juni.

Scheinbar macht es den arbeitenden Deutschen einen Heidenspaß für andere statt für sich selbst und der eigenen Familie zu arbeiten. Denn anders sind die Wahlergebnisse nicht zu verstehen. Schließlich sind es doch die etablierten Parteien, die jährlich zig Milliarden Steuergroschen in alle Welt verschenken und den Rest an eingewanderte Ausländer und Asylanten verprassen. Und diese Parteien erhalten immer wieder das Wählervertrauen. Na, dann Gute Nacht Deutschland !

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Polizeischüler arbeiten mit „Schindlers Liste"

Basdorf. Der Hollywood-Schinken „Schindlers Liste" wird für die Ausbildung der brandenburgischen Polizei genutzt. Wie die Landespolizeischule in Basdorf (Barnim) mitteilte, würde der Film genutzt, um die angehenden Ordnungshüter verstärkt an ein „verfassungsorientiertes Wertebewußtsein" heranzuführen. Die Polizeischule erhofft sich nach eigenen Angaben vom Einsatz des Films während der Ausbildung Betroffenheit und Emotion bei den Polizeischülern.

Es ist einfach nicht zu glauben, was sich hier abspielt. Mit den übelsten, suggestiv wirkenden Mitteln werden junge Deutsche zu Haß und Abneigung gegen ihr eigenes Volk und politisch andersdenkende erzogen. Es hat fast den Anschein, als ob dieser Staat sich an neuen Idealen ausrichtet, den Idealen eines Josef Stalin und seines Ilja Ehrenburgs. Millionen deutsche Mädchen und Frauen hatten unter den, von diesen Verbrechern aufgehetzten, mordenden und vergewaltigenden Rotarmisten am Ende des letzten Weltkrieges zu leiden. Das sind Themen, die ein verantwortungsbewußter Staat seinen Polizeischülern nahebringen muß; nicht irgendwelche Phantasiestories made in Hollywood.
Welch eine politische Perversion hat sich in der Bundesrpublik breit gemacht... Somit ist jeder nationalgesinnte Deutsche demnächst potentielles Opfer diensteifriger und umerzogener Polizeibeamte! *Die Polizei - Dein Feind und Peiniger ???*

... und Deutschland

SPORTLICHES

Medaillenschmiede wird geschlossen

Nachdem kurz nach der „Wende" fast alle Trainer der ehemaligen DDR vom deutschen Sportbund „beurlaubt" wurden, und damit die nun gesamtdeutsche Sportlerjugend in die Hände von eventuell auch guten, aber mit Sicherheit auch vom Gedanken des Profits zerfressenen West-Trainern und Managern gegeben wurde, folgt nun ein weiteres Husarenstück bundesdeutscher Sportförderer. Da man ja von der ach so schlechten DDR nichts der wenigen, aber doch vorhanden gewesenen guten Sachen übernehmen will, hat man sich dazu durchgerungen, nun auch das letzte Bollwerk des Sozialismus einzureißen. In Zeiten, in den man nicht nur über Rezession, sondern auch über mangelnde Erfolge junger deutscher Sportler klagt, sollte man Prioritäten setzen. Klar, daß eine Regierung, die sich um 80 Millionen Deutsche kümmern muß, jede Möglichkeit zum sparen wahrnehmen sollte. Wo für unsinnige Militäreinsätze Millarden an Steuergeldern ausgegeben werden und sich dann im Verhältnis dazu über fast schon lächerliche 5 Millionen beschwert wird, kann doch etwas nicht stimmen. Mit jährlich 5 Millionen könnte die Medaillenschmiede FES (Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten), die sich seit 1961 für über 250 Goldmedaillen verantwortlich zeichnet, überleben, und unseren Goldmädels und -jungs, wie sie die beiden Rennrodler Susi Erdmann und Georg Hackel diesen Winter mit FES-Geräten hatten, ermöglichen.

Aber an diesen 5 Milliönchen soll alles nun scheitern. Das Bonner Innenministerium hat beschlossen, der FES langsam aber sicher den Geldhahn zuzudrehen. Wurden dieses Jahr noch 4,1 Millionen dem Ostberliner Institut zur Verfügung gestellt, sollen es 1995 nur noch 3 Millionen und 1996 gar nur noch 1 Million sein. Von einst 180 Mitarbeitern des in Berlin-Köpenick beheimateten FES stehen nur noch 62 unter Vertrag. Die Entlassungen sind notwendig geworden, um wenigstens kurzfristig noch Gelder für Material und Forschung übrig zu haben. Das durch den Einigungsvertrag dem Bund überschriebene FES steht somit kurz vor dem Ende, und damit über kurz oder lang auch der deutsche Spitzensport, da es im Westen keine vergleichbare Einrichtung gibt, wo sich die deutsche Sportelite ihre maßgeschneiderten Fahrräder, Bobs oder ähnliche Gerätschaften anfertigen lassen kann.

Das im Südosten Berlins ansässige Werk einen in der Welt einzigartigen Ruf hat, kann man allein an der Tatsache ermessen, daß die USA schon kurz nach der „Wende" anfragte, ob das Institut zu kaufen sei und versucht hatte Ingenieure aus dem Team für horrende Summen abzuwerben.

Allein dem Idealismus der FES-Mitarbeiter ist es zu verdanken, daß deutsche Sportler derzeit noch die Möglichkeit haben Spitzengeräte zu benutzen.

Die Mechaniker der „Wunderwerkstatt" lassen sich nicht unterkriegen und kündigen für die Olympiade 1996 eine Verbesserung des Rennrades, welches bei den letzten Olympiaden für Aufsehen sorgte, an. **jf**



Der Kufen-Flitzer im Windkanal

Deutscher Vierer-Bob beim Start: Gerade an diesem Sportgerät gibt es immer etwas zu tüfteln. Hunderstel von Sekunden entscheiden über die Medaillenränge. Da ist Aerodynamik entscheident. Deshalb testet das Köpenicker FES die Kufenflitzer im Windkanal.



FORSCHUNG

Die Deutsche Forschung verliert international deutlich an Boden

Zu wenig Patente, zuviel Bürokratie statt Innovation, zu lange Wartezeiten

Tüftler und Erfinder sind im Land der Dichter und Denker derzeit out. So könnte man die Situation in Deutschlands beschreiben, was den wissenschaftlichen Nachwuchs, unser einzige wirkliche „Rohstoff", angeht. Es ist beschämend, wenn gerade das deutsche Volk, das für seinen Erfindungsreichtum bekannt ist, an den eigenen inneren Hemmnissen der Bürokratie, der Vernachlässigung wissenschaftlichen Nachwuchses und mangelnder finanzieller und ideeller Förderung in die Mittelmäßigkeit zurückfällt, was sich dann langfristig insbesondere in der deutschen Wirtschaft spührbar auswirkt.

Deutschland bräuchte pro Jahr 40 000 und mehr Patentanmeldungen, um seine internationale Position zu halten. 1993 waren es aber nur 34 841. Die Amerikaner und Japaner gehen da ganz anders ran. Sie meldeten in Deutschland im vergangenen Jahr zusammen 30 287 Patente an. Dadurch werden langfristig Abhängikeiten erzeugt, die die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie erheblich beinträchtigen können. Den Verantwortlichen der deutschen Industrie scheint immer noch nicht klar zu sein: Erfindungen oder Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung sind für neue Produkte und Verfahren nicht verwertbar, wenn sie nicht durch Patente geschützt werden. Oftmals werden gemachte Erfahrungen nicht berücksichtigt oder gar patentrechtlich geschützt, so daß sich internationale Konkurrenten diese Positionen für sich sichern können.

Die deutschen Managementetagen sind alles andere als flexibel und innovativ. Zu sehr wird auf Erreichtes beharrt und neues argwöhnisch beäugt. Der Pioniergeist, die unternehmerische Risikobereitschaft für etwas neues, ist auch in der deutschen Wirtschaft über die letzten Jahrzehnte verloren gegangen. Oftmals werden sogar nötige Entscheidungen so lange umgangen, bis sich eine gänzlich andere Situation darstellt. Da werden Gutachten auf Gutachten angefordert, währenddessen die Konkurrenz wieder Boden gutmacht und die Schlafmützigkeit der Deutschen ausnutzt. So scheint der Weg abwärts für die nächsten zehn Jahre vorbestimmt zu sein, wenn nicht eine neue Politik auch die Wirtschaft in diesem Lande neu beflügeln kann. **md**

BKA setzte mutmaßlichen Attentäter von Solingen unter Druck

Schläge und Morddrohungen bei der polizeilichen Vernehmung / Die Wahrheit ist nur zweitrangig

Ein BKA-Beamter hat eingeräumt, daß einer der mutmaßlichen Brandstifter von Solingen von Ermittlungsbeamten massiv unter Druck gesetzt wurde.
Nach Angaben des 21 jährigen tatverdächtigen Christian B. hatte sich im Laufe der Vernehmungen ein Beamter ganz nah vor sein Gesicht gebeugt und immer wieder gesagt: „Du bist tot, Junge. Du bist tot, tot, tot." Auch sei ihm gedroht worden. „Wenn wir dich jetzt mangels Beweisen freilassen, wirst Du in drei Tagen von den Türken erschlagen in der Gosse gefunden." Weiterhin sei er bei der Vernehmung von einem Beamten tätlich angegriffen und geschlagen worden.
Der Staat braucht Täter, möglichst aus der rechten Szene, egal wie. Mit Wahrheitsfindung hat dies längst nichts mehr zu tun. Stasi läßt grüßen! **md**

„Antifaschist" und Buchautor Ralph Giordano ruft zur Gewalt gegen REP-Chef Schönhuber auf

Staatsanwaltschaft Kiel ermittelt

Der sattsam bekannte Schriftsteller und Hetzer gegen das nationale Deutschland, Ralph Giordano, wird endlich einmal von einer Staatsanwaltschaft genauer betrachtet. Nachem er in den letzten beiden Jahren immer wieder ungestraft öffentlich zur Bewaffnung und zum Kampf gegen „Rechts" hetzte, haben ihn nun seine verbalen Entgleisungen in ein Ermittlungsverfahren verstrickt. Giordano sagte in einem Zeitungsinterview, es sei empörend, daß diesem Schönhuber nicht sofort der Garaus gemacht werde. Giordano meinte zu seiner Äußerung, er habe damit nicht körperliche Gewalt gegen Schönhuber gemeint, sondern daß endlich die Justiz gegen ihn vorgehen solle. In einem internen Vermerk kritisierte das Kieler Justizministerium das Verfahren, da die Aussage Giordanos offensichtliche nur politisch gemeint gewesen sei.
Linke Chaoten und Demagogen dürfen also weiter hetzen; es ist ja nur alles politisch gemeint. Aber wehe dem, einem Deutschen rutscht einmal ein ehrliches Wort über die Lippen, dann findet er sich sofort vor dem Kadi wieder; wegen Volksverhetzung, Aufruf zur Gewalt etc. **md**

Zieht Allah in die Berliner Gedächtniskirche ein ?

Der „Hohle Zahn" soll verunstaltet werden / Berliner „Künstler" will die Gedächtniskirche in ein Minarett umfunktionieren

Die Perversion kennt keine Grenzen, schon gar nicht in Berlin.
Um auf die „Probleme der 170 000 Muslime" in Berlin aufmerksam zu machen, will der Berliner „Künstler" **Jörg Reckhenrich (32)**, die Gedächtniskirche in ein Minarett umfunktionieren und zwei Monate lang fünfmal täglich, für drei bis fünf Minuten, einen elektronisch verstärkten Gebetsruf über Lautsprecher erschallen lassen. Diese „phantastische" Idee brachte Reckhenrich von einem staatlich unterstütztem Aufenthalt in Istanbul mit.


Jörg Reckhenrich

„Gleichzeitig wollen wir die Kirche grün anstrahlen. Das ist die heilige Farbe des Islams." Deshalb nannte er das Projekt auch „Al Chidr", der Grüne.
Das Vorhaben hat schon einige prominente Unterstützer gefunden. Die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) : „Das Projekt ermöglicht den Berlinern eine optische und akustische Begegnung mit fremdartiger Kultur." Auch Rainer E. Klemke, Sprecher des Kultursenators Ulrich Momin (SPD) meint dazu: „Die Idee macht deutlich, daß es in der Stadt verschiedene Religionen gibt. Deshalb ist es sinnvoll und richtig."
Es ist geradezu widerwärtig, auf was für Ideen deutsche Menschen in dieser Stadt kommen. Die Gedächtniskirche ist ein Mahnmal, ein deutliches Symbol für die Zerstörung anglo-amerikanische Terrorangriffe auf die wehrlose deutsche Zivilbevölkerung in dieser Stadt während des letzten Weltkrieges. Solch ein „künstlerisches Vorhaben" wäre nicht nur eine Erniedrigung der nationalen Bedeutung des Bauwerks, sondern auch eine schallende Ohrfeige für all die Millionen Menschen in aller Welt, die unter dem Islam und seinen fundamentalistischen Auswüchsen seit Jahrhunderten zu leiden haben.
Und auf die „akustische und optische Begegnung" mit fremden Kulturen können die meisten Berliner wohl verzichten. Die müssen sie nämlich jeden Tag auf der Straße oder am Arbeitsplatz erdulden.
Wenn in dieser Stadt Muslime leben, die sich benachteiligt fühlen und Probleme haben, so hindert sie niemand daran, wieder dorthin zugehen, wo sie unter ihresgleichen leben und beten können. Hier in Berlin und in Deutschland sind sie nur Gäste, und haben sich dementsprechend zu verhalten!
Wenn sich Frau John, Herr Reckhenrich und Herr Klemke so für diese Menschen einsetzen wollen, dann haben bestimmt die meisten Berliner nichts dagegen, wenn sie es in den Herkunftsländern dieser „ausländischen Mitbürger" tun, ihre Sachen packen und uns Deutsch endlich mit ihren abstrusen Ideen in Ruhe lassen! **md**

kurz notiert

Der argentinische Präsident Carlos Menem erwägt, ab er die Auslieferung der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher wegen Kriegsverbrechen verlangen soll. Er sagte vor der Presse: „ Es muß festgestellt werden, ob die Versenkung des argentinischen Kreuzers General Belgrano durch ein britisches U-Boot während des Falklandkrieges ein Kriegsverbrechen gewesen ist. Dann muß, bei allem Respekt, die Auslieferung Thatchers beantragt werden!" M. Thatcher war während des zehnwöchigen Falklandkrieges Englands Premierministerin. Die „General Belgrano" wurde am 2. Mai 1982 im Südatlantik versenkt, mit ihr gingen 323 Matrosen unter. Das ist etwa die Hälfte aller in diesem Krieg gefallenen Soldaten.

Es tut gut, wenn endlich einmal ein Land in dieser Erde den Mut aufbringt, das zu tun, was eigentlich auch Aufgabe der deutschen Regierung wäre: Kriegsverbrechen der Allierten beim Namen zu nennen und die Verantwortlichen auch endlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Sozialstaat als Räuber

Über 170 Milliarden Mark wanderten 1993 in der Bundesrepublik, dank staatlicher Hilfe, von den Armen zu den Reichen / Die Perversion des Sozialstaates fordert immer mehr Opfer

Eins steht fest: Der Sozialstaat hat es nicht geschafft, Armut und soziales Elend wirksam zu verhindern. Im Gegenteil: 1973 waren in der Bundesrepublik 918 000 Sozialhilfeempfänger regestriert, 20 Jahre später waren es alleine in den alten Bundesländern über drei Millionen, das sind über fünf Prozent der Bevölkerung.

Das schlimmste Moment dabei ist die rapide Zunahme der Familienarmut; 1992 wuchs jedes neunte Kind in einem Sozialhilfe-Haushalt auf, daß heißt, daß jeder dritte Sozialhilfeempfänger in Deutschland ein Kind ist. 1,2 Millionen sind es derzeit; ungefähr eine halbe Million Kinder sind von Obdachlosigkeit betroffen.

Dieser Staat hat schon vor Jahrzehnten die politischen Weichen falsch gestellt. Das falsche Leitbild des Materialismus und die damit verbundene künstliche Zerstörung des traditionellen Familienlebens beginnen sich nun auf fatale Weise auszuwirken.

Weil Kindererziehung in diesem Staat nicht als Arbeit zählt, lagen über die Hälfte der Renten von Frauen 1991 unter 431 Mark monatlich. Wer Kinder in dieser Gesellschaft großzieht, statt sich lukrativen Tätigkeiten hinzugeben, bleibt vom gesellschaftlichen Wohlstand abgeschnitten.

Einem kinderlosen Ehepaar, beide berufstätig mit einem Durchschnittsgehalt, bleiben nach Deckung der elementaren Lebensbedürfnisse ein beachtliches frei verfügbares Einkommen. Dies ist in der Regel mehr als zehnmal so hoch wie das einer Drei-Kinder-Familie mit demselben Grundgehalt! Der, der sich also um die Erhaltung der Familie, um das Heranwachsen von gesunden Kindern kümmert, und somit die elementare Grundvoraussetzung für das spätere Rentenalter legt, wird bestraft.

So entsteht auf der einen Seite eine Schicht neuer Wohlhabender, auf der anderen eine Verarmung, die man eindeutig an der Zahl der Sozialhilfeemfpänger ablesen kann.

Massenarmut und Arbeitslosigkeit bedeuten volkswirtschaftlich das Wegbrechen des Fundaments der Massennachfrage. Dies wiederrum hat zur Folge, daß Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. So entsteht ein Teufelskreis, der schließlich zum Zusammenbruch des sozialen Gefüges führen muß. Der Staat aber zeigt sich hilflos und überfordert, die Politik der etablierten Parteien lassen jeden konkreten gesellschaftspolitischen Ansatz zur Bewältigung dieser Probleme vermissen; sie trägt vielmehr die Hauptschuld an den gegenwärtigen Zuständen.

Die staatlichen Aufgaben wachsen rasant durch die Probleme der Überalterung, die Folgen der Massenverelendung und durch selbstauferlegte Büßer- und Geldverteilerrollen in alle Welt. Gleichzeitig schrumpfen die finanziellen Spielräume durch die hohen Zinsbelastungen immer mehr. Die astronomische Staatsverschuldung verschärft aber das Problem noch auf andere Weise. 1993 mußten die öffentlichen Hände rund 170 Milliarden Mark aus Steuertöpfen entnehmen und als Zinsen an die Gläubiger der Staatsschulden auszahlen. Das waren pro Kopf etwa 2100 Mark. Die Zinsen aber kassieren nur diejenigen, die Staatsanleihen gezeichnet haben, also nur ein verschwindend geringer Anteil der Haushalte. Das heißt, bei denen wachsen Riesenvermögen, die von den „Habenichtsen" finanziert werden! 170 Milliarden Mark wanderten so über staatliche Vermittlung von den Armen zu den Reichen; der Sozialstaat ist also selber der Räuber, der den Armen nimmt und den Reichen gibt! Bezeichnend ist, daß es eigentlich nur zwei Branchen gibt, die boomen: Die Banken und die Wachschutz-Unternehmen.

Diese Gesellschaft wird die materialistischen Geister, die sie rief, nicht mehr los; sie wird vielmehr an diesen Ungeistern zerbrechen. Zukunft kann man nicht auf Materialismus und Konsumdenken aufbauen, diese Lehre sollte man eigentlich aus der Menschheitsgeschichte gelernt haben. Es ist vielmehr an der Zeit sich wieder zuerst um die Belange der eigenen Bevölkerung zu kümmern, neue Wertmaßstäbe zu setzen und die Lösung der sozialen Frage im eigenen Lande politisch umzusetzen, statt ständig Gelder in alle Welt zu verschwenden.!

md

Impressum

Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen. Der auf der Vorderseite angegebene Preis ist der Selbstkostenpreis der Zeitung. Freiwillige Kostenerstattung und Spenden werden ausschließlich zur Verbesserung und Auflagensteigerung der Zeitung verwendet.

Herausgeber:
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach5, 13061 Berlin.

V.i.S.d.P.: Rudolf Schmitz
Auflage: 5000 Exemplare (Juni 1994)

Für namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel) Beiträge, sowie irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keine Verantwortung.

Erfolge im Mordfall Kaindl

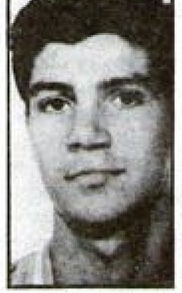
Sechs Tatverdächtige aus der antifaschistischen linken Terrorszene werden mit internationalem Haftbefehl gesucht

Über zwei Jahre ist es her, daß der deutsche Familienvater und Schriftführer der Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat", Gerhard Kaindl, in einem Kreuzberger Restaurant von vermummten Attentätern mit einer Machete ermordet wurde. Zwei seiner Begleiter erlitten durch Messerstiche schwere Verletzungen.

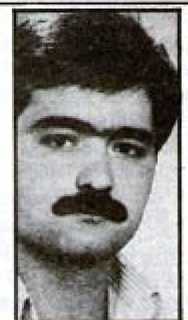
Die sofort eingeleitete Großfahndung der Berliner Polizei brachte keine brauchbaren Ergebnisse. Ein Mann, der kurz vor dem Anschlag eine verbale Auseinandersetzung mit Kaindl hatte und zur linksextremen Szene gehörte, wurde von der Polizei mit Phantombild gesucht. Nach wenigen Tagen erschien er dann mit einem Anwalt und stellte sich freiwillig. Nach seiner Aussage wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.



Gesucht: Carlo Biletz



Gesucht: Cengiz Ulutürk



Gesucht: Seyho Karaarslan

Gesucht: Orhan Ulusal

Gesucht: Hanns-Georg Theunert



Gesucht: Rebecca Forner

Einen Tag nach dem Überfall wurde sofort eine Sonderkommission aus 20 Mitarbeitern bei der Polizei gebildet, die sich seit dem nur noch um die Aufklärung dieses Falles bemüht. Trotzdem aber verliefen die Ermittlungen bisher sehr schleppend. Ende letzten Jahres konnten, Aufgrund von Hinweisen, vier mutmaßlich an der Tat beteiligte Mörder gefaßt und in Untersuchungshaft genommen werden. Die vier Angeklagten, es handelt sich um drei Türken und eine Kurdin, waren bis dahin politisch sehr aktive Personen in der türkischen antifaschistischen Szene, die als besonders brutal gilt.

Immer wieder durfte, völlig unverständlich, der linksterroristische Berliner Mob mit legalen Demonstrationen die Freilassung der inhaftierten fordern, und unter den Augen des Gesetzes ständig zu weiteren Terrorakten gegen national gesinnte Deutsche aufrufen. Bislang allerdings hat sich die nationale Szene nicht sinnlos herausfordern lassen, sondern rüstet und wartet...!

Die Polizei und der Staatsschutz bitten nun um die Mithilfe bei der Fahnung nach den weiteren, noch flüchtigen Tätern.

Welche Ausmaße die staatlich geduldete linksterroristische Szene, in roter Brüderlichkeit mit den hier wütenden Ausländerbanden Arm in Arm, und unterstützt von Linksparteien wenn es gegen anständige nationalgesinnte geht, angenommen hat, wird an diesem Fall deutlich. Dabei war es nicht der erste und wird auch nicht der letzte organisierte Mord der Linksterroristen gewesen sein.

Es ist die rote Politmafia in den Behörden und den Gerichten, die diese Verbrecher immer wieder begünstigt und nationale Menschen drangsaliert, verbiertet und verfolgt. Man braucht nur einmal einen Vergleich von Veranstaltungen und Demonstrationen durchführen, und wird schnell erkennen, was bei den einen ständig geduldet, bei den anderen aber drakonisch gestraft wird.

Das nationale Deutschland wird sich also rüsten müssen, damit solche Morde im Vorfeld verhindert werden können. Es sei den linken Verbrechern und den roten Politrattenfängern versichert: Es wird nichts vergessen und zu gegebener Zeit gründlich abgerechnet . . !

md

FAP HINWEISE :

Berliner Linksextremisten mißbrauen soziales Elend der Obdachlosen

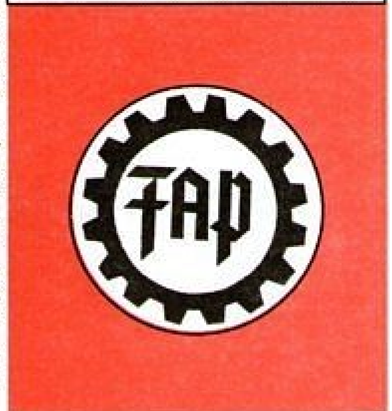
Die in den letzten Monaten wie Pilze aus der Erde schießenden Obdachlosenzeitschriften in Berlin werden zusehens von Linksextremisten als Sprachrohr für ihren geistigen Müll mißbraucht.

Viele Obdachlose versprachen sich mit der Herstellung und Verbreitung dieser Zeitungen Aufmerksamkeit und Hilfe von den wohlhabenden Bevölkerungsteile, wollten in erster Linie auf ihre Not aufmerksam machen und an uns alle appellieren, unsere deutschen Landsleute nicht zu vergessen.

Linksradikale Kreise, unterstützt und finaziert von einigen Berliner Geschäftsleuten und Parteien, sind nun dabei, den Spieß umzudrehen und die Obdachlosenzeitschriften inhaltlich und organisatorisch zu unterwandern und für ihre schmutzigen Zwecke zu benutzen.

So wird das Elend der vergessenen dieser Gesellschaft schamlos für Propagandazwecke ausgenutzt.

Darum fordern wir alle auf, den Kauf dieser Zeitungen zu boykottieren und den hilfebdürftigen deutschen Menschen überall in diesem Land nach eigenen Möglichkeiten tatkräftig und helfend zur Seite zu stehen! Wir Deutsche müssen endlich wieder zusammenhalten und gemeinsam das soziale Elend, die Korruption und den roten Unrat in unserem Land besiegen.





Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

2. Jahrgang 10. Ausgabe Juli/August 1994 Preis 2,00 DM

VERFOLGUNGEN, VERBOTE, VERHAFTUNGEN VON NATIONAL DENKENDEN DEUTSCHEN:



Die totalitäre Fratze dieser Demokratie

Verfolgung nationaldenkender Deutscher wird immer brutaler / Bundesdeutsche Politiker und Medien rufen zur Intoleranz und Hatz auf nationale auf / Polizei und BGS werden von diesem Staat für die totalitäre Dreckarbeit mißbraucht - wer nicht spurt fliegt raus / Der nationale Widerstand formiert sich !

Berlin. *Widerstand ist zur ersten Bürgerpflicht in diesem Staate geworden!*
Unverhohlen rufen „demokratische" Politiker und ihre gleichgeschalteten Umerziehungs-Medien, in bester „antifaschistischer" Manier, zum „Kampf gegen den nationalen Ungeist" auf, und erklären somit jeden anständigen deutschen Menschen zum Freiwild und potentiellen Opfer, linker, ausländischer und staatlich unterstützter Terror- und Verfolgungsbanden. Die grundgesetzlich verbriefte Meinungsfreiheit, das Recht auf die eigene persönliche Entfaltung, gilt nicht mehr für nationle Menschen.
Mit, in der Geschichte der BRD, beispiellosen Verfolgungs- und Verbotswellen versucht die Bonner Politik, jeden nationalen Gedanken, und sei er noch so gering, niederzuhalten, einzusperren, ja, nötigenfalls vielleicht sogar zu töten. Mit dem Ruf nach Freiheit 1989 wurde eine Mauer in Deutschland eingerissen; nun werden die Köpfe **aller** Deutschen mit einer unsichtbaren neuen Mauer zubetoniert.
Dieser Staat will die Vernichtung des Strebens aller deutschen Menschen nach Identität, nach wirklicher Freiheit und Selbstbestimmung, anstelle des plumpen Materialismus, mit allen Mitteln erreichen und schreckt dabei vor immer weniger zurück. Generalmobilmachung gegen rechts ist angesagt in diesen Tagen. Seite 12

Nur ein neuer Name für die bundesdeutsche Unterwürfigkeitsmentalität:

- Roman Herzog -

Der neue Bundespräsident macht da weiter, wo sein Vorgänger aufhörte, bei der ständigen Beschmutzung der Ehre des eigenen Volkes ! Dies jedenfalls hat er bei seinen ersten Stellungnahmen und offiziellen Reden angekündigt. Was will man von diesem Staate, der selber unablässig das eigene Volk belügt und betrügt, und seinem höchsten Repräsentant auch anderes erwarten...!

Seite 2

STOP! Keine Kinder für Lesben und Schwule !

Wie Kinder in gleichgeschlechtlichen Beziehungen leiden
Seite 9

DIE ANGST GEHT UM VOR KNALL-ROT-GRÜN *Seite 4*

Liberal-bürgerliche Front gegen *„Volksfront"*

Kontinuität beim Wechsel

Das neue Staatsoberhaupt setzt keine neuen Akzente / Der nicht vom Volk gewählte Präsident erledigte in Warschau seine „staatsmännischen Pflichten" mit Bravour...

„Ich schwöre,...

... daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe".

So lautet der offizielle Amtseid, den Roman Herzog, wie auch sein Vorgänger Richard von Weizsäcker geleistet haben.
Wie weit liegen da Anspruch und Wirklichkeit doch auseinander...!

Der neue Bundespräsident und vormalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes hat sich sofort nach seinem Amtsantritt wunderbar der „Persönlichkeit" seines Vorgängers angepaßt. Nach seiner ersten, spontanen Ansprache kurz nach der Wahl hatte Roman Herzog bei vielen den Verdacht genährt, Richard von Weizsäcker folge ein weniger „liberaler und toleranter" Präsident. Diese „Befürchtungen" hat der neue Bundespräsident aber schnell zerstreut. Seine, inhaltlich eidbrecherische Gesinnung dokumentierte er dann auch sehr deutlich in seiner Antrittsrede, begleitet vom Applaus aller Parteien.
Nationales Trara, Fanfaren und Tschinellen „sind das Letzte, was wir brauchen können". Für Roman Herzog hat sich der Nationalstaat als alleinige Form politischer Gestaltung überlebt.
Nach dieser abstrusen Gedankengymnastik setzte er Schwerpunkte seiner zukünftigen Arbeit. Seine ganz besondere Zuwendung gilt: den östlichen Nachbarn, den Menschen in den neuen Bundesländern, den Arbeitslosen und besonders den „ausländischen Mitbürgern".
Sie, die nach Deutschland geholt worden seien, um die Wirtschaft voranzubringen, müßten ihr Gastrecht behalten können. Und die Angehörigen der zweiten und dritten Ausländer-Generation, die hier zu Hause sind, müßten ebenfalls ein Heimatrecht haben.
Weiter bemerkte er bezeichnend:
Es ist historische Wahrheit, daß in den unseligen zwölf Jahren vom deutschen Boden ein Angriffskrieg ausgegangen ist, der die Welt in Brand gesetzt hat, daß Millionen von Juden und Hundertausende aus anderen Minderheiten ermordet worden sind, so wie es historische Wahrheit ist, daß unter den Folgen dieses verbrecherischen Systems auch unzählige Deutsche gelitten haben...

Die Krone der Selbstbeschmutzung und der einseitigen Geschichtsfälschung setzte er sich aber in Warschau, anläßlich des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes, auf, als er für die Bundesrepublik seine „feierliche" Gedenkrede hielt.
Von unermeßlicher Schuld der Deutschen gegenüber den Polen war da die Rede, von dem Leid und dem Elend, daß wir Deutsche über die Polen gebracht hätten. Angesichts solcher Tatsachenverdrehungen ist es fast schon ein Wunder, daß diesem Repräsentanten bei seinen Worten nicht die Zunge im Halse stecken blieb.
Kein Wort über die Massaker an der einheimischen deutschen Bevölkerung noch **vor** dem 1. September 1939, kein Wort über das jahrelange Elend, die Verfolgung der deutschen Menschen durch die Polen zwischen dem ersten und dem Begin des zweiten Weltkrieges. Kein Wort über die bestialischen Verbrechen der Polen an der deutschen Zivilbevölkerung **nach** Kriegsende; Vergewaltigungen, Morde und brutalster Landraub scheinen diesen Bundespräsidenten nicht zu berühren. Wen wunderts, repräsentiert er doch einen Staat, der mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze die brutale Gewaltausübung nach Jahrzehnten legalisiert und 14 Millionen vertriebenen deutschen Menschen die Heimat nun auch formaljuristisch entrissen hat.
Im übrigen war die Niederschlagung des Warschauer Aufstandes durch deutsche Truppen kein Verbrechen, sondern entspricht dem Kriegsvölkerrecht. Danach darf jedes kriegführende Land einen Aufstand hinter der Front niederschlagen!

Sicher ist, mit Polen kann es solange keine normalen Beziehungen geben, solange rund ein Viertel Deutschlands nun schon seit zwei Generationen von Polen besetzt bleibt!

Roman Herzog, ein feiner Bundespräsident. Wieder mal einer, der sämtliche Historiker scheinbar überflüssig macht, wissenschaftliche Erkenntnisse einfach ignoriert, weil nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf.
Ein Mann, der in seiner widerlichen Selbstgerechtigkeit genauso aufgeht, wie sein peinlicher Vorgänger; ein Mann, der scheinbar nicht das geringste dabei fühlt, auf der einen Seite einen Eid abgelegt zu haben, in dem er schwört, das Wohl des Deutschen Volkes zu wahren, Schaden von ihm abzuwenden, und andererseits unverholen wieder die alten Kamellen der Selbstbesudelung vom begonnenen Krieg und den vergasten Juden als verstaubte Rundumkeule benutzt, um eben dieses deutsche Volk ja nicht zu sich selbst kommen zu lassen. Mit „Schaden von ihm abwenden und Nutzen mehren" hat dies nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil!



Bundespräsident Herzog

Leider sind die Äußerungen des Herrn Herzog keine formbedingten verbalen Entgleisungen, sondern dokumentieren in eindrucksvoller Weise die Geisteshaltung des obersten Repräsentanten dieses Staates.
Aber zum Glück haben wir, das deutsche Volk, diesen Mann nicht gewählt. Es ist eben ein Unterschied, ob der Präsident aller Deutschen von einer ausgesuchten Politclique gekürt wird, oder ob das ganze Volk in freier und geheimer Wahl seinen Repräsentanten/in wählt, der/die auch mit seinem/ihrem Kopf für die Einhaltung des geschworenen Eides haftet!

Roman Herzog repräsentiert bestenfalls dieses politische System. Dies macht er schon jetzt mindestens genauso gut wie sein Vorgänger!
Mit dem Wohle des Volkes hat dies aber schon längst nichts mehr zu tun. *md*



14. JULI 1994

Deutliche Signale an Europa

Die Beteiligung der Bundeswehr an der Parade auf den Champs-Élysées läßt hoffen. Schon einmal in diesem Jahrhundert marschierten deutsche und französische Freiwillige Schulter an Schulter und opferten ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit Europas.

Das Militär als Vorreiter einer neuen, längst überfälligen politischen Realität in Europa?
Am 14. Juli 1994 nahmen zum ersten mal seit Kriegsende wieder deutsche und französische Soldaten gemeinsam an einer Parade teil. Nicht der unrühmliche Anlaß dieses Datums, sondern vielmehr die Tatsache des gemeinsamen Aufmarsches ist Grund genug über grundlegende Veränderungen in Europa nachzudenken.
Die europäischen Nationen kommen sich näher, trotz der tiefliegenden und immer wieder aufpolierten Ressentiments, vor allem uns Deutschen gegenüber. Immer wieder wird nicht nur im europäischen Ausland die häßliche Fratze des „bösen Deutschen" aufpoliert; wohl wissend, was einmal passieren könnte, wenn sich die europäischen Kulturnationen ihrer völkischen und historischen Gemeinsamkeiten eines Tages bewußt würden.
Das Euro-Corps, dessen Soldaten an diesem Tage marschierten, wurde 1991 gegründet. Dieses Corps wird in Zukunft mit seinen 50 000 Mann einer der größten Verbände auf europäischem Boden werden.
Viele, vor allem die Militärs beider Seiten, sehen in ihm den Grundstock einer zukünftigen europäischen Armee. Bislang untersteht das Euro-Corps nicht der NATO, ist aber, auf drängen der USA, vertraglich an diese gebunden. Zu groß ist die Angst der imperialen Wirtschaftslobby aus Übersee vor einer wirtschaftlichen und militärischen Unabhängigkeit der europäischen Staaten.

Das freie Europa auf dem Vormarsch

Die Idee einer europäischen Armee ist keine Erfindung der neunziger Jahre. Als vor fünfzig Jahren fast die ganze Welt gegen Deutschland kämpfte, erkannten viele europäische Völker, daß sich ihr Kampf nicht gegen Deutschland richten dürfe, sondern daß sie vielmehr gemeinsam mit uns den europäischen Kulturkontinent vor fremden imperialen Einflüssen verteidigen müßten.
Während die meisten noch aufgehetzt von ihren Regierungen fanatisch gegen alles deutsche zu Felde zogen, meldeten sich damals tausende Freiwilliger aus allen Nationen des Kontinents zum militärischen Dienst in der deutschen Wehrmacht, die diese Soldaten dann zu einem neuen Verband zusammenschloß: ***der Waffen-SS.*** Dies war die Geburtsstunde des europäischen Bewußtseins.



EU - da weiß man, was man hat !

Dem Enthusiasmus aber folgte die totale Zerstörung, und der Zerstörung die brutale Verfolgung. Europa lag in Trümmern, die völkerverbindende Idee wurde von den Siegermächten und ihren Stadthaltern geächtet und verboten.
49 Jahre nach der europäischen Schmach scheint es, als ob wenigstens einige Militärs endlich aus der gemeinsamen Geschichte gelernt haben. Vorerst sind es nur deutsche und französische Soldaten, die gemeinsam ihren Dienst tun. Aber es ist ein Anfang, eine winzige Möglichkeit, der scheinbar verlorenen Idee des großen Europas freier Völker eine zweite Chance zu geben.

Die EU ist nicht Europa !

Aber noch beherrschen die Interessenvertreter des zerstörerischen Liberal-Kapitalismus made in USA die politischen Bühnen. Mit der Schaffung der Institution EU hat sich diese Clique, die allein wirtschaftlichen Interessen dient und dabei die nationalen und kulturellen Besonderheiten der europäischen Völker langfristig zerstört, ein scheinbar unüberwindbares politisches Instrument aufgebaut; starr, dogmatisch und lebensfeindlich! Von dieser Einrichtung oder gar von den in ihr vertretenen Parteien Reformen und neue zukunftsweisende politische Veränderungen erwarten zu wollen, ist mehr als Träumerei.
Die europäischen Völker brauchen ein neues Bewußtsein, das sie an ihre gemeinsamen Wurzeln der kulturellen und völkischen Entwicklung bindet. Europa, das ist die Wiege der heutigen Zivilisation in all ihren Auswirkungen, die Heimat des schöpferischen geistigen und kulturellen Potentials, von dem die ganze übrige Welt profitiert.
Aber dieses Europa steht am Rande eines riesigen kulturellen Niederganges. Abermillionen Menschen aus anderen Kontinenten drohen die großen Kulturnationen auszusaugen, höhlen systematisch ihre schöpferischen Potentiale aus.
Die nach dem zweiten Weltkrieg aus den USA importierte anthropologisch falsche Ideologie des liberal-demokratischen Internationalismus, wonach alle Menschen gleich sind und Menschen unterschiedlicher Herkunft in verschiedenen kulturellen Zonen zu allen Leistungen der westlichen Industriekultur zu begaben sind, ist die Ursache der rasant fortschreitenden westlichen Dekadenz.
Solange es Parteien gibt, die diese Auffassung als Postulat ihrer Politik den freien Völkern Europas durch sogenannte demokratische Mehrheitsentscheidungen aufzwingen können, wird es keine Verbesserungen geben.
Erst wenn die Stadthalter der USA in Form der sogenannten demokratischen Parteien aus den europäischen Parlamenten verschwunden sind, und die EU in ihrer derzeitigen Form nicht mehr existent ist, wird es möglich sein ein Europa der freien Vaterländer zu schaffen.
Es bleibt zu hoffen, daß diese Ideale, die einst die Großväter der jungen Soldaten von heute im gemeinsamen Kampf zusammenschweißte, wieder in das Bewußtsein vordringen und den zukünftigen Generationen ein Leben in Selbstachtung und Verantwortung gegenüber ihrer Umwelt ermöglichen, ein Leben, in dem nicht mehr der pure materielle Egoismus des einzelnen zählt, sondern die soziale innerstaatliche, sowie staatenübergreifende Tat- und Schicksalsgemeinschaft!!! md

AUS RECHTER SICHT BETRACHTET:

Front gegen die „Volksfront"

Die bürgerlich-liberale-konservative Angst vor der „Volksfront" und Veränderungen in Deutschland

ANTEILSCHEIN
AM PDS-WAHLKAMPFFONDS 1994
1000
DEUTSCHE MARK

Nach den Landtagswahlergebnissen in Sachsen-Anhalt ist Panik ausgebrochen im Lager der bürgerlichen. Tatsächlich existiert im Deutschland nach '90 eine Landesregierung aus SPD und Grünen (nichts neues), aber toleriert und offen unterstützt von der neokommunistischen PDS. Dies wäre noch nicht so schlimm, wenn nicht für die langjährige Trittbrettfahrerpartei FDP die Stunde der Wahrheit geschlagen hätte, und sie aller Voraussicht nicht mehr in den neuen Bundestag, im Oktober dieses Jahres, gewählt wird. Das Gespenst der ***Volksfront*** geht um in Deutschland; die vereinigte Linke gegen die bürgerliche CDU/CSU.

Fast möchte man hämisch lachen über den politischen Hochmut, den diese in der Vergangenheit immer wieder hat heraushängen lassen.

Manch einem CDU-Hansel wäre wohl nun ein Bündnis mit den geächteten REP's hier und da als Mehrheitsbeschaffer insgeheim lieb, denn es sieht nicht so aus, als ob die CDU/CSU in der Lage ist, die absolute Mehrheit im Herbst zu erreichen. Also doch eine knallrotgrüne Bundesregierung demnächst in diesem Theater?

Na wenn schon, kann man da aus nationaler Sicht nur sagen. Gewiß, die Volksfront hat sich längst zur ROTFRONT gemausert, schließlich ist man ja traditionsbewußt. Und es wird allerorts in der Kommune gerüstet; die Vorbereitungen des roten Generalangriffs auf Bonn laufen auf Hochtouren. Es ist fast schon bewundernswert, wie die alten Kommunisten auf der einen Seite die Wohlhabenden schröpfen möchten um es angeblich den Bedürftigen zu geben, andererseits aber einen Geschäftssinn an den Tag legen, der einem professionellen „ausbeuterischen" Finanzmanager in nichts nachsteht. Trotz der gebunkerten Restkohle aus DDR-Zeiten scheint nun doch der finanzielle Spielraum etwas knapp geworden zu sein. Nicht umsonst sind die PDS-Genossen auf die „geniale" Idee gekommen, sogenannte Anteilsscheine, mit den verstaubten Wachsfiguren Marx und Engels und der PDS-Kandidatin Angela Marquardt als „Zierde", auszugeben. Jeder dumme kann sich die Dinger kaufen, sich an die Wand oder aufs Klo hängen und sich tierisch freuen, den Bonzen in Bonn eins ausgewischt zu haben. Das er sich selber mit seiner „Investition" aber langfristig ein Stück Lebensqualität und Zukunftsperspektive unter den Füßen weggekauft hat, das sieht der Bürger von heute nicht. Die Umerziehung hat den bundesdeutschen geistigen Horizont doch dem einer knienden Ameise sehr ähnlich werden lassen.

Grundsätzlich aber kann man angesichts der kommenden Dinge nur gelassen bleiben und sich freuen über das unweigerlich kommende Desaster in dieser Republik. Auch wenn der politische Druck auf alles nationale weiter steigen wird, so werden sich aber genau dort in den nächsten Jahren die wirklichen Reformkräfte in diesem Land sammeln. Wie ein Magnet wird das nationale Lager alle die anziehen, die es endgültig leid sind sich ständig verschaukeln zu lassen, und die es mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren können, tatenlos mit ansehen zu müssen, wie das eigene Volk in Grund und Boden regiert wird. Das zerstörerische Treiben der roten wird dann endgültig jedem Deutschen das moralische Recht des aktiven Widerstandes geben. Für die bürgerlich-liberalen Politkarikaturen gibt es dann keinen Platz mehr; tragen sie doch die Hauptverantwortung dafür, daß sich die jetzigen Zustände erst entwickeln konnten.

Also geben wir der *Volksfront* die Chance, es wird ihre endgültig letzte sein! Danach wird dann endlich der politische Müll der Neuzeit aufgeräumt und damit der Weg für die nationale Genesung unseres Volkes frei!

md



Verletzte durch Autonomen-Randale

Grüne/Bündnis 90, SPD und Gewerkschaften unterstützten die Krawalle in Göttingen

Göttingen. Fast schon bürgerkriegsähnliche Ausmaße nahme eine Demonstration sogenannter Autonomer Gruppen am 17. Juli in Göttingen an. Die Krawalldemo, an der sich ca. 4000 militante Linke beteiligten und die von den Grünen, der örtlichen SPD und den Gewerk.schaften unterstützt wurde, war die Reaktion auf eine vorangegangene, längst überfällige landesweite Polizei-Razzia eben gegen diese militanten Gruppen.

Trotz der schweren Ausschreitungen, bei denen sieben Beamte verletzt wurden, griff die Polizei nicht weiter ein. Sie mußte dem kriminellen Treiben aus politischen Zwängen tatenlos zusehen. Schließlich wird das Land Niedersachsen knallrot regiert, kein Polizeiführer wollte seinen Posten im Falle eines konsequenten Durchgreifens riskieren. So mußten hunderte Bürger tatenlos zusehen, wie ihre Vorgärten, ihre Autos und sonstiger Besitz von den linken Verbrechern in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Dies mag nur ein Beispiel sein, für alle, die meinen, man müsse linken Parteien, wie etwa auch der PDS, ihre Stimme geben - wenn auch nur aus Protest! Die rote Brut wird so wieder salonfähig, die Polizei handlungsunfähig und der deutsche Bürger das Opfer.

Aber es ist ja bekannt, daß die dümmsten Kälber ihre Schlächter selber auswählen !!! **md**

Dem deutschen Bildungssystem droht der Kollaps

Kein Geld für deutsche Hochschulen / Bürokratie und mangelnde Lernmotivation in den Schulen / Unterschiedliche Bildungsschwerpunkte der Lehrer in Ost und West

Allein in Berlin hat jeder 5. Lehrer die Nase voll !

Deutschland, das Land der Dichter und Denker? Dies war einmal.

So könnte man die katastrophale Bildungssituation beschreiben. Da werden für Reformen dringend benötigte Gelder für Hochschulen gestrichen, ganze Studiengänge einfach wegrationalisiert, Studienzeiten verkürzt bei gleichzeitiger Erhöhung der Leistungsanforderung ohne Rücksicht auf die prikäre soziale Lage vieler Studierender. Forschung und Entwicklung an deutschen Hochschulen ist kaum noch möglich wenn die Industrie nicht sponsert; studieren kann heute nur noch der, der ein reiches Elternhaus hat. Vom kümmerlichen BaföG kann kaum noch einer existieren.

Der Staat dreht den Geldhahn immer brutaler zu, und schießt sich langfristig damit ein Eigentor.

An den Schulen sieht es noch schlimmer aus.

Eine kürzlich ausgewertete Studie des Erziehungswissenschaftlers Peter Hüber, die von der Gewerkschaft erziehung und Wissenschaft (GEW) vorgestellt wurde, deckte erschreckende Zustände auf:

Von 660 befragten Berliner Lehrern klagten 55 % über eine höhere Belastung, 25 % gar über eine zu hohe. Durchschnittlich arbeiten die Pädagogen 57 Stunden die Woche. Die meiste Zeit verbringen sie mit dem korrigieren von Klassenarbeiten.

Die Klassen sind zu groß

Waren es früher im Osten höchsten 20 Schüler pro Klasse, die zu unterrichten waren, so sind es heute zwischen 30 und 40. Der Druck, der dadurch auf den Pädagogen lastet, schlägt sich zunehmend auch auf die Unterrichtsgestaltung nieder. So wird es immer unmöglicher, gezielt auf die Schwächen einzelner Schüler einzugehen. Das Prinzip „Friß, Vogel, oder stirb" bestimmt mehr und mehr den pädagogischen Alltag.

Die FAP fordert die dringend notwendige Reform des deutschen Bildungswesen.
Wir treten ein für eine weit aus stärkere staatlich geförderte Hochschulausbildung, an deren Finanzierung sich auch Unternehmen der Privatwirtschaft beteiligen müssen.
Deutschlands einzige Ressource ist sein geistig-schöpferisches Potential. Es ist die Aufgabe des Staates, diese Potentiale zu wecken und zu fördern um sie als zukünftige Nutzen für das deutsche Gemeinwohl zu bewahren !

Unterschiedliche Erziehungsziele

Ein besonderes Problem offenbarte sich in der unterschiedlichen Gewichtung der Erziehungsziele: Während die Ost-Berliner Lehrer vor allem Fachwissen vermitteln wollen, setzen ihre West-Berliner Kollegen auf die Ausbildung sozialer Fähigkeiten. Auch die Einstellung der Lehrer gegenüber ihren Schülern ist unterschiedlich. Ost-Berliner wollten die Kinder ehr kontrollieren und hielten mehrheitlich Strafen für ein Erziehungsmittel. Die Lehrerkollegen aus dem Westen versuchen dagegen das Interesse an dem Unterricht zu fördern.

Das Interesse an der Schule nimmt bei den Schülern in ganz Berlin rapide ab. Alle Lehrer beklagten die mangelnde Lernmotivation ihrer Schützlinge und die steigende Gewaltbereitschaft.

Insgesamt werden die Lehrer immer älter und häufiger krank. Junges Lehrpersonal wird aber, aus Kostengründen, kaum eingestellt. Auch darunter leidet natürlich der Unterricht.

Wenn man bedenkt, daß die Schüler von heute die Erwachsenen von morgen sind, dann kommt ein mulmiges Gefühl hoch.

Der Staat ist jetzt gefordert, einheitliche Rahmenbedingungen für eine zielorientierte Schulsausbildung zu schaffen, oder wir werden in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten eine Massengesellschaft der ungebildeten Konsumidioten vorfinden, die nicht mehr in der Lage sein wird, das eigene Leben zu organisieren oder selbstständige geistige, technische oder wirschaftliche Neuerungen zu entwickeln.

Deutschland auf dem Weg zur dritten Welt ?! **md**

kurz notiert

Weiterer mutmaßlicher Mörder geschnappt / taz hetzt gegen FAP !

Der 25 jährige Türke Seyho Karaaslan, der an der Ermordung des deutschen Familienvaters und Funktionärs der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", Gerhard Kaindl, in einem Berliner China-Restaurant am 4. April 1995, beteiligt war, wurde endlich in Passau von der bayrischen Grenzpolizei festgenommen.

Mit der Festnahme des verbrecherischen türkischen „Antifaschisten" bleiben noch weitere fünf Tatverdächtige übrig, nach denen die Berliner Polizei fieberhaft fahndet (Wir berichteten in der letzten Ausgabe ausführlich mit Bildern).

Unsere Verbreitung der noch gesuchten Mörder veranlaßte die linke „taz" zu einem Artikel, in der sie der FAP unterstellt, sie würde zur Gewalt aufrufen.

Diese ewiggestrigen Genossen sind an Frechheit und Tatsachenverdrehungen wohl kaum noch zu übertreffen. Der bekannte antifa-Schreiberling UWE RADA, der für den Artikel verantwortlich zeichnet, sollte sich lieber mal um seinesgleichen kümmern, bevor er seine verqueren Ansichten zu Papier bringt.

Die FAP hat zu keiner Zeit zur Gewalt aufgerufen, wohl aber dazu, sich vor den ständigen plumpen Angriffen linker Chaoten im Vorfeld zu schützen. Schließlich unterstützen wir keine Mörder und Terroristen ! md

Impressum

Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen. Der auf der Vorderseite angegebene Preis ist der Selbstkostenpreis der Zeitung. Freiwillige Kostenerstattung und Spenden werden ausschließlich zur Verbesserung und Auflagensteigerung der Zeitung verwendet.

Herausgeber:
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin

V.i.S.d.P. Rudolf Schmitz

Auflage: 5000 (Juli/August 1994)

Für namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel) Beiträge, sowie irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung.

Warum FAP ?

Weil Deutschland eine neue Kraft braucht, neue Ideen und neue Persönlichkeiten!
Weil deutsche Menschen Arbeit und bezahlbaren, lebensgerechten Wohnraum brauchen!
Weil deutsche Kinder nicht mehr von Sozialhilfe und auf den Straßen leben dürfen!
Weil Meinungsfreiheit ein Grundrecht ist!
Weil wir alle verantwortlich für die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen sind!
Weil wir uns nicht kampflos dem moralischen und politischen Verfall ergeben dürfen!
► Deshalb brauchen wir die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei ! ◄

Studenten der linken Kaderschmiede FU besorgen Waffen für Ausländerbanden

Berlin. Als Reaktion auf eine in der U-Bahn überfallene 26 jährige türkische Studentin, hat der AStA der Freien Universität Berlin (FU) beschlossen, Waffen an Ausländer zu verteilen, damit sie sich besser schützen könnten.

Ali S. (26), Sprecher der Studentenvertretung AStA redet Klartext:

„Wir besorgen jetzt Waffen zur Selbstverteidigung. Da die Polizei nicht für Sicherheit sorgt, müssen wir uns selbst schützen". Seinen vollen Namen wollte Ali nicht nennen, aus Angst vor Racheaktionen.

Es ist schlimm, wenn Menschen bedroht und überfallen werden. Das aber nun ausgerechnet die persönliche Aufrüstung im großen Stil diesen Vorkommnissen Einhalt gebieten könnte, ist ein fataler Trugschluß. Hier muß man differenzierter an das Problem herangehen.

Wenn es nicht nur in Berlin, sondern fast in jeder deutschen Großstadt fast schon zum Alltag gehört, daß ausländische Jugendbanden deutsche Menschen terrorisieren, daß dieser Bevölkerungsteil das Lieblingskind der bundesdeutschen Politik geworden ist und deutsche Jugendliche einfach vernachlässigt werden, dann braucht sich niemand zu wundern, wenn es hier und da zu einer Entladung angestauter Frustration und persönlicher Enttäuschungen kommt. Das es dann meist den falschen trifft, interessiert in der konkreten Situation nicht.

Man kann sich leicht vorstellen, was passieren könnte, wenn jeder ausländische Student, und davon gibt es in Berlin einige tausend, mit einer Waffe in der Tasche herumläuft. Waffen senken Hemmschwellen und das Alibi des Selbstschutzes würde schnell das Generalargument der eigenen Aggression werden, daß natürlich einen hohen Wahrheitsgehalt hat. Denn schließlich gibt es überall in Deutschland Ausländerfeinde, ..., sagen die Medien und die bundesdeutschen Politiker.

Solche Tendenzen an einer Universität, die zwar landläufig als linke Kaderschmiede bekannt ist, sind gefährlicher als es zunächst den Anschein hat.

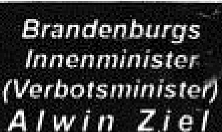
Hier wird ein Grundpotential erzeugt, eine gefährliche Mischung aus pseudointelektuellem multikulturellem Bewußtsein, gepaart mit radikal kommunistischen Ideen und Haß auf alles natürliche (nationales Empfinden), das sich in nicht allzuferner Zukunft als neue Form eines militanten „antifaschistischen" Widerstandes à la RAF manifestieren könnte.

Der Staat ist nun eindeutig gefordert, diesen gefährlichen Umtrieben an einer deutschen Hochschule Einhalt zu gebieten, bevor sich ein nicht mehr zu kontrollierender Flächenbrand der Gewalt entfacht. Ansonsten wird es nötig sein, daß sich jeder Deutsche ebenfalls bewaffnen muß, um sich gegen „gefährdete" ausländische Studenten schützen zu müssen! **md**

Polithysterie nach friedlichem Konzert in Rüdersdorf

Der anerzogene Kadavergehorsam innerhalb der Polizei hat diesmal versagt - Ziel feuert bürgernahen Polizeirat

900 Jugendliche aus der rechten Szene trafen sich am 8. Juli zu einem Konzert des bekannten nationalen Liedermachers Frank Rennicke in Rüdersdorf (Kreis Märkisch Oderland),



um friedliche seinen heimatbezogenen Liedertexten zu lauschen.

Obwohl das Landesinnenministerium von dem friedlichen Verlauf der Veranstaltung Kenntnis hatte, wies es den zuständigen Polizeipräsidenten an, das Konzert mit allen Mitteln zu unterbinden.

Der Vernunft und der ehrbaren Einstellung des zuständigen Einsatzleiters der Polizei war es in erster Linie zu verdanken, daß die Veranstaltung trotzdem wie geplant durchgeführt werden konnte. Die Teilnehmer boten keinerlei Grund für ein Eingreifen der etwa 100 Beamten vor Ort.

Die Rache des einschlägig bekannten Innenministers Ziel: Der Einsatzleiter wurde sofort vom Dienst gefeuert! Weil er sich nicht devot den Anordnungen Ziels gefügt hatte, und stattdessen seinem Gewissen gefolgt war.

Das ist die Demokratie im roten Land Brandenburg. Wer nicht spurt und wer falsch denkt wird verfolgt und verboten!

Wir möchten dem ehemaligen Polizeirat, Herrn Schadow, auf diesem Wege für seinen Einsatz und Mut danken, den er bewiesen hat.

Viele seiner Kollegen sollten sich ein Beispiel an diesem Mann nehmen, und statt auf demokratische Willkür realitätsferner Politiker zu hören, verstärkt ihr Gewissen und die konkrete Situation vor Ort als Maßstab ihres Handelns wählen. Die Zeiten des Kadavergehorsams sind in Deutschland eigentlich schon längst vorbei.

In Brandenburg erlebt sie aber anscheinend in den letzten zwei Jahren eine beängstigende Renaissance, geraden bei der geistigen Ausrichtung innerhalb des Polizeiapparates.

Natürlich heulen nun die gewählten Politkarikaturen der etablierten Parteien, allen voran die PDS, auf wie ein geprügelter Köter.

Der nationale Stachel im faulen Fleisch der Rpublik hat seine Wirkung mal wieder nicht verfehlt. md

Weiter so, Kameraden !



Wieder ein Polizeipräsident gefeuert

Der neue rote Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Höppner (SPD), hat zugeschlagen.

Er versetzte den Magdeburger Polizeipräsidenten **Stockmann** in den einstweiligen Ruhestand.

Begründung: Ein nach den Himmelfahrts-Krawallen „nachhaltiges gestörtes Vertrauensverhältnis".

Die Republik wandelt sich. Nicht nur, daß die knallroten Politgangster immer enger zusammenarbeiten, wie in Sachsen-Anhalt, auch scheinen sie ein neues Hobby entdeckt zu haben: Die wenigen anständigen Polizisten in führenden Dienststellungen aus ihren Ämtern zu feuern. Wo die Politik immer deutlicher versagt, müssen Polizeibeamte dafür büßen.

Wir wünschen uns, daß dieses Spielchen noch recht lange so weiter geht, immerhin erkennen so auch immer mehr Polizeibeamte, für was für ein mieses System sie ihren Kopf hinhalten. **md**

Asoziale Punker-Randale am Chaos-Tag in Hannover



Etwa 600 schmuddelige Punks aus dem gesamten Bundesgebiet haben mit nächtlichen Krawallen Hannover in Angst und Schrekken versetzt.
Die meisten jungen und alkoholisierten Leute bedrohten Bürger, zerschlugen Fenster und Türen, setzten Autos in Brand, warfen Container auf die Straßen und drangsalierten die Polizei mit Steinen und Flaschen.
Alljährlich finden in Deutschland die sogennaten „Chaos-Tage" statt, ein zentrales Treffen aller Punks. Punks, das sind meist Jugendliche, die schmutzig und in Lumpen, mit bunt-verfilzten Haaren auf dem (hohlen) Kopf oftmals bettelnd durch die Straßen ziehen und in linksradikalen Kreisen gern- und oftgesehene Schlägertrupps bilden. Frei nach dem Motto: Kein Krawall ohne Punker-Power!
Diese merkwürdige Lebenseinstellung ist ebenso ein aus England importiertes „Kulturgut" wie das Skinhead-Dasein.
Skins allerdings sind weder krawallsüchtig, noch asozial, noch arbeitsscheu. Bis auf die Ausnahmen, die immer wieder die Regel bestätigen.
Und noch ein wesentlicher Unterschied trennt die zwei Lebensphilosophien: Während Punks schmutzig-multikulturell und linkslastig sind, findet man bei den meisten Skins ein anständiges, ehrliches Nationalbewußtsein vor.

Das Verschweigen chronisch unbequemer Tatsachen:

BKA-Statistik über Ausländerkriminalität

Hannover. Der Anteil von Ausländern an Straftaten ist laut Bundeskriminalamt gerade bei schweren Verbrechen stark angestiegen. Aus einer bislang nicht veröffentlichten BKA-Statistik geht hervor, daß „Nichtdeutsche" bei Mord 35,4 und bei Totschlag 36,4 Prozent der Tatverdächtigen stellen.
Der Sprecher von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU), Detlef Dauke, lehnte auf Nachfrage jede Stellungnahme zu den Zahlen ab.
Was wird hier eigentlich gespielt, in dieser ach so freien Demokratie?
Warum wird nicht solch eine Kriminalstatistik der Öffentlichkeit zugängig gemacht, wo doch sonst jeder Müll in den Medien breitgelatscht wird?
Herr Kanther wird nun eifrig in seiner Behörde nach den undichten Stellen suchen müssen, die diese Statistik in die Öffentlichkeit trug. Schließlich steht der „gute" Ruf der Überfremdungsdemokratie auf dem Spiel. Denn bislang war nicht wahr, was nicht wahr sein durfte. Kriminelle Ausländer? Alles nur rechtsradikale Propaganda! Nach diesem Motto wurde bisher alles unter den schmutzigen Teppich der Politik gekehrt.
Das unsere „ausländischen Mitbürger" das Hätschelkind demokratischer Politik sind, wohl aber bei weitem keine Unschuldslämmer, dies beweist nun die BKA-Statistik eindrucksvoll.
Angesichts der darin veröffentlichten Zahlen mag manch einem Bundesbürger ein kalter Schauer über den gebeugten Rücken rieseln.
Nun stellt sich aber die Frage was nicht noch alles vor der Öffentlichkeit verschwiegen wird.
Oder war diese Statistik nur der Ausfluß einiger, rechtsradikal angehauchter, Beamte des BKA...?
Wen würde es wundern, wenn demnächst wieder einmal einige Polizeiköpfe rollen, als Strafe für diese Veröffentlichung ? md

NATIONALE SOLIDARITÄT statt ANTIFA-TERROR

DIE STEILE KARRIERE DES EX-MINISTERS GÜNTHER KRAUSE :

Vom schmarotzenden Politiker zum Finanzboss

Politversager können in dieser Republik wenigstens noch Millionäre werden / Der Fall Günther Krause zeigt wie !



Wer kennt ihn nicht, den „Schmarozki Krause", Ex-Staatssekretär der DDR, Ex-Verkehrsminister und CDU-Politiker.

Dieser selbstlose Wende-Politiker ließ sich erst seine Putzfrau vom Arbeitsamt bezahlen, dann verkaufte er familien-eigenes Land zu überhöhten Preisen und stockte mit den saftigen Gewinnen sein mageres Politiker-Budget auf, ganz zu schweigen von dem Verkauf privater Autobahnraststätten an höllandische Unternehmen.

Damit nicht genug. Auch seinen privaten Umzug finanzierte er mit öffentlichen Geldern und sein Sohnemann, Krause-junior, fuhr in deutschen Landen mit einer amerikanischen Fahrlizenz herum, obwohl er keine achtzehn Jahre alt war.

Aber dies alles ist Schnee von gestern; immerhin schon ein gutes Jahr her.

Schmarozki Krause ist inzwischen Pri-vatmann geworden und nun auch Firmen- und Finanzboss.

Mit 20 Millionen DM wird er Teilhaber der renomierten Bank Companie Nord in Kiel!

Gleichzeitig steigen zu gleichen Teilen die ebenfalls millionenschweren Landhandelskaufleute Peter und Alexander Rothe (Vater und Sohn) bei der BCN ein.

Für den Deal reichte aber das Geld, das er als Politiker verdiente, nicht aus. **Er kassierte nur 400 000 DM plus Abgeordneten-Diäten jährlich.**

Nicht umsonst ist er dagegen Geschäftsführer der erfolgreichen Aufbau-Invest GmbH in seinem Heimatort Börgerende, die im September letzten Jahres gegründet wurde. Hier fließt das Geld schon üppiger in die Taschen des Herrn Krause. Und das seine Frau aus einer vermögenden Familie stammt, ist ein weiterer glücklicher Umstand. Der Ex-Politiker wird sich also in Zukunft verstärkt um Anlage- und Wertpapiergeschäfte und um Kreditgeschäfte für Privatkunden kümmern. Und natürlich wird nun richtig expandiert; Filialen in Berlin und Rostock stehen vor der Eröffnung. Schließlich muß der Rubel endlich mal richtig rollen, in die Privattasche des Herrn Krause.

Es war aber von ihm nicht zu erfahren, ober er nun endlich auch seine Schulden an die Staatskasse bezahlt, die er zu aktiven Politikerzeiten hier und da ein wenig beutelte.

Nun, Krause gestand gegenüber der Presse: **„Die Freiheit, die man als Unternehmer hat, ist für mich viel reizvoller als die Enge eines Ministerpostens"**.

Da stellt sich die Frage, ob Herr Krause nach der Wende nicht gleich Politiker wurde, um ein wenig abzusahnen.

Aber dieser Mann hat wohl rechtzeitig den Absprung geschafft und reiht sich nun ruhigen Gewissens in die lange Kette der bundesdeutschen Politversager ein, die ihr Heil in der Wirtschaft gefunden haben.

Politiker werden hat in dieser Republik den Vorteil, daß man kein Risiko einzugehen braucht: Entweder man belügt geschickt genug die dummen Wähler und behält so die Macht (und die Kohle), oder aber man findet sofort unter seinesgleichen ein warmes Plätzchen als Geschäftsführer, Firmenboss oder ähnlichem in der Wirtschaft, die mindestens genauso charakterlos und korrupt ist wie das politische Parkett in diesem Staat! md

Aus der CDU wird bald die DU

Der deutsche JUDE Michael Friedman soll in den CDU Bundesvorstand

Die CDU wird weiter „gewandelt" / Das „C" im Namen stört den Juden

War die CDU kurz nach ihrer Gründung in den Nachkriegsjahren durchaus noch eine akzeptable Volkspartei, so hat sie sich in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zu einer Anti-Deutschland Partei entwickelt; wie jeder weiß. Allein die Ära Kohl weißt unzählige, gegen die Interessen Deutschlands gerichtete politische Ereignisse auf, wie etwa der ungehemmte Zustrom von Asylbewerbern, die steigende Arbeitslosigkeit, das Versagen beim wirtschaftlichen Aufbau in Mitteldeutschland, die Hofierung des verbrecherischen SED-Staates DDR, die Preisgabe Ostdeutschlands an die Polen, die totalitäre Unterdrückung national denkender Deutscher und, und, und!

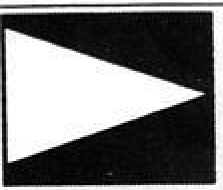
Maßgeblich für die stramme antinationale Marschrichtung der Partei sind unter anderen solche Leute wie Geißler, Süßmut und Scholz.

Nun steht ein weiterer Wandel bevor: Die deutschen Juden, allen voran der Frankfurter Michael Friedman (38) blasen zum offenen Sturm auf die CDU. Als erstes müsse das „C" verschwinden, äußerte sich das künftige Bundesvorstandsmitglied. Dann endlich ist diese Partei wirklich multikulturell und -national.

Weiter so, kann man dazu nur sagen. Wenn erst Juden, Moslems und weitere Heilsbringer offen die „deutschen" Interessen vertreten, dann wird vielleicht doch eines Tages den Bundesbürgern die Augen aufgehen.

Wie heißt es doch so schön in der Bibel: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Na, dann wählt mal weiter die (C)DU . . . md



Kinder für Lesben und Schwule ?

Die Perversion in den westlichen Gesellschaften kennt scheinbar keine Grenzen / Kinder in gleichgeschlechtlichen Beziehungen leiden

Eine heiße Diskussion zieht sich wie ein roter Faden durch die Länder der westlichen Welt. Sollten Lesben und Schwule, die in eheänlichem Verhältnis leben auch das Recht haben, „eigene" Kinder großzuziehen?

Man stelle sich einmal vor, ein Kind wird geboren, von einer künstlich befruchteten Lesbe. Es hat eigentlich alles, was andere Kinder auch haben, nur eines nicht: den natürlichen Vater!

Was wird dieses Kind auf seinem Lebensweg lernen, was wird es an Werten erfahren und übernehmen? Sicherlich wird es, was die natürliche Beziehung zwischen Mann und Frau angeht, andere Erfahrungen machen und zwangsläufig ein gestörtes Verhältnis zu diesen Dingen des Lebens entwikkeln. Aber diese Gedanken stehen bei der Diskussion nicht im Vordergrund, sondern der Anspruch der gleichgeschlechtlichen Partner, ein Recht auf ein Kind zu haben, wie andere, normale Menschen, auch.

Und um sich dieses Recht zu erfüllen, werden alle möglichen medizinischen Tricks angewandt. Dabei verkommt das Kind zum Rechtsanspruch, der Mensch wird zum Befriedigungsobjekt anderer.

Das eigentliche Wohl des Kindes interessiert dabei nur sekundär.

Welch ein perversen Wandel vollzieht sich hier?

Die Natur hat eindeutig bestimmt, daß ein Kind eben nur aus einer Beziehung zwischen Mann und Frau entstehen kann und hat damit auch die natürlichen Rahmenbedingungen für eine normale, familiäre Entwicklung bestimmt. Und die Familie ist die kleinste Zelle einer größeren, gesunden Gemeinschaft, dem Volk. Dies sind zunächst die natürlich vorgegebenen Bedingungen und hat mit ethischen Werten zunächst nichts zu tun.

Fest steht, Lesben und Schwule sind, was ihre sexuellen Empfindungen angehen, kranke Menschen die Hilfe bedürfen, aber keine Kinder.

Jeder zivilisierte Staat, der solche „Rechtsansprüche" legalisiert würde die Natur Lügen strafen und sich selbst ad absurdum führen, wenn er gleichzeitig für den Schutz der Familie und des Kindes per Gesetz eintritt.

In der Bundesrepublik besteht gegenwärtig noch eine gesetzliche Grauzone. Zwar dürfen Gleichgeschlechtliche schon heiraten, ein Recht auf Nachwuchs haben sie bislang nicht. Da bleibt den Lesben nur eine Alternative: die künstliche Befruchtung im Ausland, etwa in Holland.

> **Die oberste Pflicht eines deutschen Staates ist die ideelle und materielle Förderung der Familie und die konsequente Bekämpfung von lebens- und naturfeindlichen Tendenzen, die nichts anderes sind, als die Auswüchse der immer dekadenter werdenen westlichen Wohlstandsdemokratien.**

Die oberste Pflicht eines deutschen Staates ist die ideelle und materielle Förderung der Familie und die konsequente Bekämpfung von lebens- und naturfeindlichen Tendenzen, die nichts weiter als die Auswüchse der immer dekadenter werdenen westlichen Wohlstandsdemokratien sind.

Kein Mensch hat das Recht auf einen anderen Menschen!

Denn die Zeiten der Sklaverei sind längst vorbei.

Nichts anders aber wäre solch ein Rechtsanspruch auf Kinder. md

FAP-HINWEISE:

aktuell - aktuell - aktuell - aktuell - aktuell - aktuell - aktuell - aktuell - aktuell -

Der Prozeß beginnt - am 20. September 1994 !

In Berlin wird am 20. September der Prozeß gegen die Mörder von dem deutschen Familienvater Gerhard Kaindl durch linksterroristische Türken und Kurden eröffnet / antifa-Gruppen rufen zur Gewalt gegen Deutsche Menschen auf / Nationaler Widerstand formiert sich gegen die linken Verbrecher

Endlich ist es soweit. Der Mordprozeß gegen die in Untersuchungshaft sitzenden türkischen und kurdischen Mörder, die den deutschen Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", Gerhard Kaindl, im April 1992 heimtückisch mit einem Messer in einem Restaurant von hinten ermordeten, wird am 20. September in Berlin eröffnet.

Schon jetzt mobilisieren die linken Gewaltblätter und geistige Brandstifter, wie etwa die „junge welt" und die „taz", den „antifaschistischen" Chaotenmob, um ihre deutliche Solidarität mit den Tätern zu demonstrieren und gegen jeden anständigen nationalen deutschen Menschen den sinnlosen Haß weiter zu schüren.

Leider hat die Polizei bislang nur einen Teil der verdächtigen in Gewahrsam nehmen können.

„Wohlklingende" Namen wie **Fatma Balamir, Abidin Eraslan, Mehmet Ramme, Erkan Sönmez, Erkan Bahrettin und Seyho Karaaslan** schmükken die selbsternannten „Kämpfer gegen den Faschismus", denen immer wieder deutsche Menschen zum Opfer fallen, und die sich nun auf der Anklagebank des Gerichts wiederfinden und sich für ihre Schandtaten rechtfertigen müssen.

Dieser Prozeß wird eine Signalwirkung haben. Es stellen sich zwei wichtige Fragen, deren Beantwortung langfristige Auswirkungen für das innenpolitische Klima in Deutschland haben wird. Wie ernst nimmt der Staat die Bedrohung durch „antifaschistische" Terroristen, deutsche wie ausländische, und hat die Justiz genug Mut, diese Verbrecher zu den, leider viel zu geringen, Höchststrafen zu verurteilen, und wird es dem nationalen Widerstand in dieser Republik gelingen, in Zukunft eine einheitliche Front und Aktionsgemeinschaft zum Selbstschutz gegen die ständige Bedrohung dieser Mörderbanden zu organisieren.

Es sind schon zuviele nationale Menschen von Ausländern und deutschen „Antifaschisten" zusammengeschlagen und ermordet worden, als daß man diesen Prozeß einfach ignorieren könnte.

Wir werden jedenfalls alles mögliche unternehmen, damit kein deutscher mehr Opfer dieser Verbrecher wird. Es ist eine Notwendigkeit, daß alle überführten Mörder zu Höchststrafen verurteilt werden und nicht etwa durch gesinnungsfreundliche Staatsanwälte und Richter mit einem blauen Auge davon kommen.

Dann nämlich kann es passieren, daß dem gebeugten Recht etwas nachgeholfen werden könnte . . .

Diese Subjekte sollen ruhig wissen, daß wir nichts vergessen und, mit deutscher Gründlichkeit, gewissenhaft alles bis zum Ende erledigen, was wir uns einmal vorgenommen haben!

Es wird ein jeder das bekommen, was er sich redlich verdient hat...! md

Aufruf

Am 20. September beginnt ein Prozeß, dessen Ausgang für das nationale Deutschland für entscheidender Bedeutung sein kann.

Wir rufen alle nationalen Kräfte in Deutschland, besonders aus dem Mitteldeutschen Raum, auf, am 20. September nationale Solidarität mit dem Opfer, Kamerad Gerhard Kaindl, und seiner Familie zu beweisen und den antifaschistischen Verbrechern nicht länger die Straßen und das politische Parkett zu überlassen.

Kommt möglichst zahlreich und „gut vorbereitet" zum Prozeß!!!

Weitere Infos können über unser Postfach und über uns bekannte Kameraden bezogen werden.

Der nationale Widerstand formiert sich

Ein Märtyrer für Deutschland, ein Idol der deutschen Jugend

-Rudolf Hess-

Am 17. August jährte sich der Todestag des ehemaligen Stellvertreters des Reichsoberhauptes und Reichsministers Rudolf Hess zum 7. male.
Dieser unerschütterliche deutsche Politiker ist durch seine heldische Gesinnung und seiner 46 jährigen widerrechtlichen Inhaftierung im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau ein leuchtendes Vorbild der nationalen deutschen Jugend geworden.
Mit dem festen Willen, Deutschland und Europa den Frieden zu bringen, flog er im Mai 1941 nach England. Gegen jedes geltende Völkerrecht wurde er dort bis Kriegsende inhaftiert und später nach Berlin-Spandau überführt.

Dort wurde er am 17. August 1987 im Alter von 93 Jahren von der britischen Wachmannschaft heimtückisch ermordet! Das nationale Deutschland beugt sich in tiefer Erfurcht vor diesem Helden, dessen Opfergang auch gleichzeitig Mahnung und Aufforderung an die zukünftigen deutschen Generationen ist.



Gleichgültig, was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen, ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, er spricht mich frei !

Rudolf Hess

Die „antifaschistische" Diktatur der Demokraten

Nationale Deutsche werden zum Freiwild erklärt / Gewalt gegen rechts ist legitim/ Widerstand ist Notwehr !

von Seite 1

Was für eine politische Geisteshaltung und daraus resultierende Situation in der Bundesrepublik vorherrscht wird in diesen Tagen mehr als deutlich. Seit Wochen wurden „verdächtige" nationale Menschen von den staatlichen Behörden überwacht und bespitzelt, um herauszufinden, was denn geplant sei am Tage des Gedenkens an den großen Deutschen Politiker Rudolf Hess. Die Innenminister der Länder ließen ihre Repressionsmechanismen auf volle Touren anlaufen, es wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, einfach so, ohne Grund. Menschen wurden einfach inhaftiert, wie es im amtsdeutsch heißt „zur Verhinderung von Straftaten"!

Hunderten von Leuten in Türingen, Brandenburg, Berlin und Sachsen wurde in den letzten Wochen widerrechtlich ihr Eigentum in Form von Büchern, Bildern, Computern etc. einfach so beschlagnahmt. Und warum das alles? Weil man mit diesen Mitteln diesen „Zielpersonen" und allen anderen Angst einjagen möchte, sich ja nicht politisch auf nationaler Seite einzusetzen, ja, um zu demonstrieren, wer falsch, also nicht so denkt, wie die linken und Bonner Bonzen, der ist ein Krimineller. Wie zu Stalins Zeiten soll aufgeräumt werden. Nationale Opposition in den Knast!

Diese Demokratie läuft Amok. Kohl, Schwätzer, Süssmuth, Geißler, Bubis, Leutheuser-Schnarrenberger, Bernrath, Gysi, Kanther und seine Stadthalter in den einzelnen Ländern wie Ziel, Eggert und wie sie alle heißen; sie alle sind sich einig, unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder in einem freien und sauberen Deutschland der Ehre mit allen Mitteln zu verhindern. Und somit wird mit Hilfe der Polizei und der Justiz das Recht gebrochen und pervertiert. Recht hat nur noch der, der das richtige Gedankengut oder, besser noch, das richtige Parteibuch besitzt und sich anpasst. **Diese Demokratie ist längst zu einer Diktatur gegen das eigene Volk mutiert.**



Da werden Gedenkveranstaltungen zu Ehren der Toten verboten, Gräber von der Polizei geschändet, deutsche Patrioten brutal von diesen Staatsdienern auf Befehl von oben zusammengeschlagen und inhaftiert.

Währenddessen dürfen kriminelle Verbrecher der linken Szene durch die Straßen marschieren und ihren geistigen Müll kundtun. Einträchtig marschiert das demokratische System mit dieser roten Brut Schulter an Schulter. Und der deutsche Bundesbürger liegt irgendwo faul in Sonne, im „wohlverdienten" Urlaub und interessiert sich höchstens noch für die allwöchentlichen Lottozahlen.

Doch der Widerstand gegen diese unnatürlichen Zustände wird größer und erfaßt immer breitere Bevölkerungsschichten.

Die staatlichen Säuberungsaktionen in den Justiz- und Polizeibehörden dokumentieren für jeden, noch abseitsstehenden, Bundesbürger, aber auch dem nationalen Lager, diese Tatsache sichtbar. Dieser Staat hat Angst! Und Angst macht unvorsichtig! Und aus der Unvorsichtigkeit wächst die Chance für den nationalen Widerstand!!!

Wir werden diesen Terror nicht läger einfach so hinnehmen! Es ist unsere moralische Verpflichtung der deutschen Geschichte und unseren zukünftigen Generationen gegenüber, diesem System klar die Schranken zu weisen und für ein neues, freies, sauberes deutsches Vaterland der Ehre und des Rechts mit allen Mitteln einzutreten.

Es waren zu allen Zeiten nur wenige, die das Feuer des Widerstands entfachten.

Wir stehen in der Tradition des nationalen Widerstandes, der in der deutschen Geschichte immer wieder die Kraft aufbrachte, despotische staatliche Unterdrückungsmechanismen zu vertreiben. Das war in den Befreiungskriegen so, nach dem ersten Weltkrieg und wird nun auch, wenn auch Jahrzehnte vergangen sind, nach dem zweiten Weltkrieg so sein!!! Denn Deutschland ist viel mehr, als nur ein Wort, es ist unser aller Leben!

Wenn Sie mehr erfahren wollen und den Aufbruch regelmäßig erhalten möchten schreiben sie an:

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
- Mitteldeutschland -
Postfach 5, 13061 Berlin

Name: ______________________
Vorname: ______________________
Ort: ______________________
Straße: ______________________
Alter: ______________________

ausfüllen - ausschneiden - einsenden !



Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland

2. Jahrgang | 18. Ausgabe | September 1994 | Preis: 1,50

ENDLICH! *Nach 49 Jahren und 8 Monaten:*

Amis, Russen, Franzosen und Engländer gehen!

Die Besatzer verlassen Deutschland

Sind wir nun wirklich wieder frei und souverän? Oder ist die Bonner Politik nur die Fortführung des Krieges mit politischen Mitteln gegen das eigene Volk? Ist diese Nachkriegsdemokratie noch zeitgemäß? Haben wir Deutschen, außer plumpen Materialismus und Konsumdenken, nichts weiter dazugelernt? Niemand kann sich nun mehr hinter dem Argument verstecken, daß wir kein souveräner Staat seien. Jetzt wird es sich zeigen, wer eine politische Erneuerung für unser Volk will, und wer aus Angst und Feigheit dem bisherigen Status quo anhängt. Es ist höchste Zeit zum Handeln!
Wir alle haben die Wahl: Dumpfer Wohlstand oder nationale Erneuerung, Demokratie oder eine gesunden Zukunft! *Seite 3*



Endlich: Zwei Besatzungssoldaten der Berlin-Brigade holen in ihrem Hauptquatier zum letzten Mal die US-Flagge ein

LANDTAGSWAHLEN IN BRANDENBURG UND SACHSEN:

Roter Kaiser Manfred und schwarzer König Kurt -

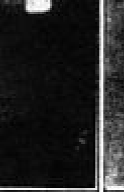
Die Demokratie festigt ihre Diktatur

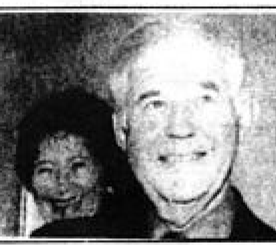
Von Meinungsvielfalt und politischem Neubeginn keine Spur - Kommunistische PDS legte in beiden Ländern kräftig zu - Nur die Nichtwähler haben sich nicht schuldig gemacht!

Das war's also! Mit einer satten Mehrheit kann der rote Stasi-Stolpe in Brandenburg in Zukunft alleine regieren. Ebenso der schwarze Sheriff Biedenkopf in Sachsen.
Die Mehrheit der Wähler hat sich so entschieden - meint man. Das dem aber nicht so ist, zeigt die Tatsache, daß fast die Hälfte aller Wahlberechtigten in beiden Ländern erst gar nicht wählen gingen und sich damit an dem traurigen Spektakel der Postenhascherei nicht mitschuldig gemacht haben.
Volkes Meinung ist also keineswegs rot oder schwarz, das Volk hat es nur satt, sich dauernd durch die etablierte Politik verschaukeln zu lassen.
Diese etablierte Politik hat ja dann auch von vornherein die Wahlteilnahme von kleinen und neuen Parteien verhindert. Die entsprechenden Wahlgesetzte machen es kleinen Parteien und Gruppierungen fast unmöglich, die für ihre Wahlteilnahme erforderlichen Unterstützungsunterschriften aus der Bevölkerung beizubringen. Dazu muß, laut diesen „demokratischen" Wahlgesetzen, der Unterschriftleistende sich persönlich ins Rathaus der zuständigen Gemeinde begeben um seine Unterstützungsunterschrift dort zu leisten; natürlich nur während der Öffnungszeiten, nicht am Wochenende oder gar in der Mittagspause der Damen und Herren Staatsdiener.
Das bei solchen Bedingungen weite Teile der Bevölkerung von der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen werden, ist den roten und schwarzen Herren in den „neuen" Bundesländern nur recht. Ist ihnen doch eines gemeinsam: Bloß keine nationale politische Kraft in Deutschland auftreten zu lassen. Schließlich gebärden sich Brandenburg und Sachsen mit ihren Polizeiapparaten wie einst die Stasi, wenn es gegen Freiheit fordernde, nationale Parteien und Organisationen geht.
So kann man also in Ruhe den großen Kuchen ohne „lästige" Querulanten unter sich aufteilen.

Einziger Lichtblick am dunklen Polithorizont ist das Abschneiden der PDS. Man kann all den Wählern der roten nur gratulieren. Macht weiter so, und ihr werdet sehen was ihr in Zukunft davon habt. Wenigstens ihr scheint begriffen zu haben, daß dieses System einer dringenden Veränderung bedarf, die ihr freilich nicht herbeiführen könnt. Wie auch, mit rotem Knoten und Dogmen im Kopf. Aber ihr tragt kräftig dazu bei, daß diese Republik allmählich dem Ende entgegen taumelt und schafft somit den nötigen Platz für eine erneuernde starke nationale Opposition!







Die Sieger: Stasi-Stolpe und Sheriff Biedenkopf

Das diese nationalen Gegenkräfte immer stärker werden kann niemand mehr wegdiskutieren. Auch wenn sie gegenwärtig nicht auf Wahlzetteln vertreten sind, so sind sie in vielen Regionen Mitteldeutschlands für die Bürger doch sichtbar.
Überhaupt stellt sich die Frage, ob man in diesem Lande mit Wahlen wirklich etwas grundlegend verändern kann, oder ob es in Zukunft nicht sinnvoller erscheint, außerhalb der Parlamente starke Strukturen aufzubauen, die den Proteststurm der verratenen und ständig durch die eigene Regierung geächteten deutschen Menschen auffängt und kanalisieren kann, wenn aus der vorrübergehenden Politikverdrossenheit Wut und entschlossener Wille für einen grundlegenden Neubeginn in Deutschland erwachsen wird.

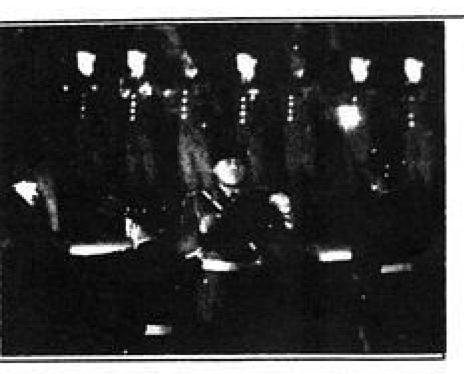
Wir von der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei reichen jedem Deutschen, egal, ober er noch bei den unbelehrbaren der PDS mitläuft oder gegenwärtig noch in seiner anerzogenen Profitgeilheit andere ausnützt, die Hand, gemeinsam mit uns nicht nur für die nächsten vier oder fünf Jahre, sondern für die Zukunft unseres ganzen Volkes über die nächsten Generationen hinaus zu arbeiten.
Denn was wären wir doch für Lumpen, wenn wir nur an unseren satten Bauch dächten und unser Leben auf dieser jämmerlichen Welt nicht einer höheren, größeren Sache widmen würden.
Wir machen keine Unterschiede ob Arbeiter, Unternehmer oder Professor.

Wer rechtzeitig erkennt, der ist einer von uns. Wer aber uns bekämpft wider besseren Wissens, der wird sich in Zukunft vor uns, vor jedem anständigen deutschen Menschen in acht nehmen müssen !!! md

Nur wer auch in Zukunft nicht wählt, wird sich nicht schuldig am Elend des deutschen Volkes machen.

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

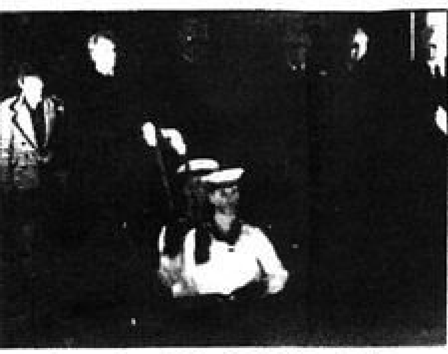
Verweigert bei jeder Wahl eure Stimme, entzieht den selbstherrlichen Demokraten die Legitimation und baut mit den nationalen Kräften in Deutschland eine neue politische Zukunft auf. Es geht um die Ehre, Würde und die Zukunft von uns allen und um die unserer Kinder!



Großer Zapfenstreich am Brandenburger Tor:

Die Militärische Besetzung Deutschlands ist endgültig vorbei - Der politische Neubeginn steht noch aus !

Soldaten der Bundeswehr beim großen Zapfenstreich am Brandenburger Tor



8. September 1994, 22.07 Uhr, Pariser Platz am Brandenburger Tor. Der große Zapfenstreich hat begonnen und damit die militärische Besetzung Deutschlands nach 49 Jahren und 8 Monaten geendet. Ein wahrhaft historischer Augenblick.

Amis, Engländer und Franzosen sind angetreten um von der Bundeswehr verabschiedet zu werden. Die Russen mußten schon einige Tage früher nach Hause fahren. Die gemeinsame „Verabschiedungsfeierlichkeit" wurde ihnen verweigert, waren diese doch ehr noch Besatzer als die West-Alliierten, so die offizielle Verlautbarung. Dabei haben sich Amerikaner und Russen beim ihrem Einmarsch in Deutschland 1945 in ihren Mord-, Vergewaltigungs- und Plünderungsorgien keineswegs unterschieden. Die einen nutzten nur die zur Verfügung stehende Technik, um mit tagelangen Terrorangriffen aus der Luft die deutsche Bevölkerung zu ermorden, die anderen dagegen besorgten dies ehr handgreiflich, sozusagen Auge in Auge.

Nun aber sind unsere „Freunde und Befreier" endgültig, zumindest größten Teils, aus Deutschland verschwunden. Zurück bleiben gemischte Gefühle, eine künstlich installierte Staatsform und jede Menge Umweltschäden; mal abgesehen von den geistigen der Bundesbürger . . .! Das deutsche Volk, oder das, was davon noch übrig geblieben ist, ist nun zum ersten mal seit Kriegsende in die Pflicht genommen, wieder frei und selbstständig über sein Schicksal zu entscheiden. Soll alles so weitergehen wie bisher (uns geht´s ja gut), oder ist es nicht vielmehr an der Zeit, endlich wieder als eigener Herr über sein Schicksal zu bestimmen.

Damit letzteres nicht geschieht, oder nur unter gewaltigen Anstrengungen, haben unsere lieben „Befreier" rechtzeitig vorgesorgt. Mit einer in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Umerziehung zum Haß auf sein Volk und sich selber, hat man die Deutschen von heute zu herrlich unterwürfigen Demokraten gemacht. Dieser Tatsache verdanken wir auch unsere demokratische Staatsform. Und damit alles so bleibt, wie es ist, der politische status quo also unantastbar bleibt, nennt die Bundesrepublik Deutschland auch einen der besten Polizei- und Bespitzelungsapparate der Welt ihr eigen.

Von politischem Neubeginn also scheinbar keine Spur.

Wirklich nicht ?

Sicher, von einem revolutionärem Umbruch in diesem Staate ist nichts zu spüren. Oberflächlich bleibt wohl erstmal alles, wie es ist. Aber unter der Oberfläche beginnt es sich zu regen, steigt die Unzufriedenheit. Der Hunger nach geistigen Werten, nach Idealen und nach einer greifbaren Zukunft wird ständig größer. Immer mehr Menschen in diesem Lande erkennen, daß zu einem ausgefüllten Leben mehr als nur Wohlstand und plumpe Politparolen gehören. Die typischen Anzeichen eines jeden staatlichen Niederganges werden auch heute bei uns immer deutlicher: Je mehr der Wohlstand abnimmt, desto lauter und grotesker werden die Politparolen, vor allem dann, wenn auch noch Wahlkampfzeit ist.

Wir sind nicht umerzogen, uns hat man unsere deutsche Seele nicht geraubt; unser Verstand ist nicht vernebelt sondern klar und wirklich frei. Wir haben erkannt: Der wirkliche Feind steht noch immer im eigenen Land !

Die historische Gerechtigkeit nimmt ihren Lauf

Deutschland ist wieder frei und macht sich nun an das Aufräumen der Hinterlassenschaften der „Befreier".

Milliarden wird es den deutschen Steuerzahler in den nächsten Jahren kosten um die Umweltschäden und zerstörten Wohnungen zu beseitigen oder zu sanieren.

Und dennoch überkommt einem die Freude über die eintretende historische Gerechtigkeit. Als erste haben diese die Russen zu spüren bekommen. Als Sieger kamen sie, nun sind sie als Verlierer in ihre heruntergewirtschaftete Heimat abgezogen.

Manch ein Bundesbürger wird die Verabschiedungszeremonien im Fernsehen live miterlebt haben. Und manch einem wird wohl auch heimlich eine Gänsehaut über den Rücken gekrochen sein, als bei der Verabschiedung der Russen diese noch einmal mit preussischem Drill an ihrem Staatschef vorbei paradierten. Auch dieses Volk hat gelitten unter den 70 Jahren kommunistischen Terrors. Aber dieses Volk hat sich seine Ehre bewahrt und seine Soldaten sind mit Würde gegangen.

Nun ist es eine Frage der Zeit, wann auch die anderen drei Siegermächte ihre gerechte historische Strafe für ihre Verbrechen an Deutschland bekommen werden. Nur eines ist sicher. Ihre Würde haben diese „Befreier" schon längst verloren, Ehre wohl nie besessen. Diese Völker wurden von keinem Despoten in den Krieg getrieben, nur ihre eigene Großmannssucht, die eigene Profitgier und der Egoismus ließen Millionen Menschen als Opfer ihres verbrecherischen Treibens auf den Schlachtfeldern Europas zurück.

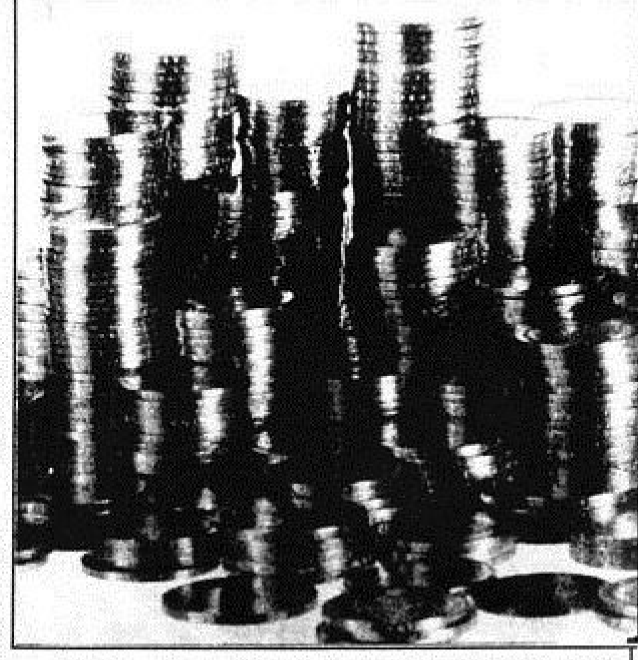
Das werden wir Deutsche diesen Demokraten und Menschenrechtsaposteln sicherlich nie vergessen. Die Geschichte hat mit der Sowjetunion abgerechnet, nun folgen die anderen. Und dabei werden wir jungen Deutschen kräftig mithelfen!

rs

DAS MIESE GESCHÄFT DER BANKEN:

Kredite schon an Minderjährige

Banken ködern immer häufiger Kinder als „potentielle Kunden"/ Eltern brauchen aber nicht zu haften



Money, Money, Money !!!
Wenn es um Geld und Profit geht kennen die Banken keine Hemmungen mehr.

Beim Kundenfang scheint alles erlaubt. Immer dreister versuchen Banken Jugendliche als Kunden anzuwerben. Mit Briefen, Telefonaten und sogar Hausbesuchen wird versucht, Jugendliche zu ködern.

Obwohl für eine Kontoeröffnung oder gar Kredite die Einverständniserklärung des Erziehungsberechtigten vorliegen muß, verzichten immer mehr Geldinstitute auf diese. Stattdessen geht man freizügig mit der Bank- und Eurocheque-Karte um. Damit können dann die Jugendlichen bis 400 DM Schulden pro Woche machen.

Das Argument der Banken für ihr Treiben: Sie wollten Jugendliche möglichst früh mit Geld- und Bankgeschäften in Berührung bringen und sie sogar dabei unterstützen.

Wie diese Unterstützung dann praktisch aussieht offenbart eine Untersuchung der Verbraucher-Zentralen: Jeder zehnte Jugendliche ist bei „seiner" Bank dauerhaft verschuldet!

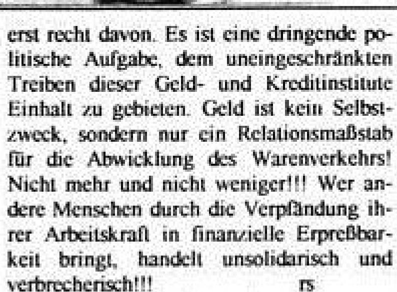
Die meisten Kreditinstitute besitzen die Frechheit, die Eltern oder Erziehungsberechtigten der Jugendlichen für die aufgeschwatzten Kredite haftbar zu machen. Und oftmals geht diese verbrecherische Rechnung aus Unkenntnis der Betroffenen auf. Das Geld wird in kleinen Raten, natürlich mit kräftigem Zinssatz, abgestottert; die ersten Berufsjahre vieler Jugendlicher beginnen so mit der Abtragung von Schulden.

Dabei ist die Rechtslage eindeutig:
Für jede Art der Kreditgewährung ist das Einverständnis der Erziehungsberechtigten erforderlich. Sie ist ein gesetzliches „Muß"! Fehlt sie, so ist die Kredigewährung unwirksam.

Die Banken können sich dann auch nicht bei den Eltern schadlos halten, denn für nichtige Geschäfte gibt es keine Haftung.

Schon für Kontoeröffnungen und Sparverträge ist die Zustimmung der Eltern notwendig, sonst sind sie schwebend unwirksam. Erfolgt die Genehmigung nicht oder wird sie verweigert, wird der Vertrag unwirksam.

Es ist ein moralisches Verbrechen an den Kindern und Jugendlichen, diese möglichst früh an die schmutzigen Wuchergeschäfte heranzuführen, ohne sie vorher genau über den komplizierten Mechanismus der Geldwirtschaft augeklärt zu haben. Aber weder die Banken noch der Staat haben daran ein Interesse. Denn je mehr ihre Arbeitskraft den Kreditinstituten verpfänden, desto abhängiger sind sie von diesen und damit umso erpreßbarer. Und wenn die Bank ihre Gewinn mit Wucherzinsen erzielt, profitiert Vater Staat



erst recht davon. Es ist eine dringende politische Aufgabe, dem uneingeschränkten Treiben dieser Geld- und Kreditinstitute Einhalt zu gebieten. Geld ist kein Selbstzweck, sondern nur ein Relationsmaßstab für die Abwicklung des Warenverkehrs! Nicht mehr und nicht weniger!!! Wer andere Menschen durch die Verpfändung ihrer Arbeitskraft in finanzielle Erpreßbarkeit bringt, handelt unsolidarisch und verbrecherisch!!! rs

Die bürgerliche Rechte ist politikunfähig

Reps und DVU haben nichts dazu gelernt

Stuttgart/München. Die bayerische Posse will kein Ende nehmen.

Die zwei alten, starrköpfigen Männer, Schönhuber und Frey, sowie einige „Vorzeigedemokraten" beider Parteien haben sich wieder einmal in den Haaren.

Dabei fing alles so schön an. Da hatten es die zwei Herren nach Jahren sinnlosen Streites endlich geschafft, einmal auch Gemeinsamkeiten festzustellen, ist der Traum der „nationalen Einheit" auch schon wieder vorbei.

Die selbstherrlichen Funktionäre beider Parteien liefen angesichts dieser Vorgänge Amok. Befürchteten sie doch ihre Pöstchen bei einer eventuellen Einigung an andere abtreten zu müssen und ihre Lieblingsbeschäftigung, nämlich die jeweilig andere Partei herunterzumachen, einstellen zu müssen.

Anstatt endlich zu erkennen, daß das gesamte nationale Lager mit einer Stimme sprechen und mit einer Faust handeln muß wenn man in diesem Lande grundlegende Veränderungen herbeiführen will, ist nun alles wieder beim alten. Freys DVU hetzt nun weiter auf Schönhubers REPs und umgekehrt. Es ist wirklich lächerlich, angesicht dieser Vorgänge von nationalen, oder gar politischen Alternativen sprechen zu können.

Und wiedereinmal hat sich bestätigt, daß es nur eine einzige nationale Alternative gegenwärtig zu dem Parteienkartell der linken und etablierten Politgangster gibt: Die

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei!

Wir verzichten gerne auf Typen vom Schlage eines Frey und Schönhuber!

Der anhaltende Geburtenschwund in Deutschland zerstört die Lebensgrundlage unseres Volkes

In fünfzig Jahren gibt es nur noch halb soviel Deutsche

Der anerzogene Materialsmus und die familienfeindliche Politik dieser Demokratie lassen das deutsch Volk langsam aussterben/Demokratische Politiker und Wirtschaft setzen auf Einwanderung/Deutschland braucht dringend eine neue Politik - Nationale Opposition statt Vernichtung!

Während sich die ganze Welt Sorgen um die Überbevölkerung macht, droht uns Deutschen in absehbarer Zeit das biologische Aus. Als Ursachen für diese Entwicklung ist in erster Linie das anerzogene materialistische Denken und die anhaltende familienfeindliche Politik dieses Staates verantwortlich.

Was den Siegermächten im zweiten Weltkrieg nicht gelang, besorgen nun die, vom „Volk gewählten" Demokraten: der Holocaust am deutschen Volk ist im vollen Gange.

Deutliche Anzeichen dafür ist die sprunghaft ansteigende Zahl der immer älter werdenden Menschen bei gleichzeitig rapide abnehmenden Geburtenzahlen. Aller Orts müssen Kindergärten geschlossen werden, Schulen werden zusammengelegt oder ganz geschlossen. Es fehlen die Kinder.

Andererseits sind immer weniger Bundesbürger bereit, ihre persönliche Zukunft zu gunsten einer großen Familie zu opfern. Wer heute drei Kinder hat gilt schon als kinderreich und wird in allen Bereichen von diesem Staat finanziell benachteiligt.

Hatte sich die Lage nach der Wiedervereinigung durch den Kinderreichtum vieler mitteldeutscher Familien etwas entspannt, so ist nun auch in den neuen Bundesländern eine gefährliche Babyflaute eingetreten.

Die demographische Schwindsucht greift immer rascher um sich. Bei anhaltender Tendenz wird es in fünfzig Jahren nur noch etwa halb soviele deutsche Menschen geben wie heute.

Angesichts dieser wohlbekannten Tatsache setzen immer mehr Politiker und auch Wirtschaftsfachleute auf verstärkte Einwanderung von außen. Frei nach dem Motto: Das eigene Volk ist egal, Hauptsache ist, es kommen Menschen her die arbeiten und uns weiter wählen, damit wir an den Freßtöpfen der Gesellschaft bis zum Lebensende sitzen und genießen können.

Diese Gesellschaft ist längst kein in sich geschlossener natürlicher Volkskörper mehr. Zu Egoisten erzogene Massenkonsumenten hetzen durch ihr eigenes, möglichst uneingeschränktes Leben, ohne Ideale und innere Werte. Dabei laufen sie ständig an diesen vorbei, nicht fähig sie auch zu erkennen. Denn wohl kaum ein Bundesbürger hat sich einmal grundsätzlich überlegt, was er einmal für ein einsames, abhängiges Leben führen muß, wenn er ohne Familie im Alter seine Tage dahin fristen muß. Alleine, eingepfercht in einem Altersheim.

Hätten andere Generationen vor uns ähnlich gedacht, würden wir heute wohl nicht die Früchte des Wohlstandes genießen können.

Kinder sind nicht nur ein ideeller Reichtum, sondern vor allem einfach lebensnotwendig für die eigene Altersversorgung.

Unser Volk braucht endlich eine grundsätzliche geistige, und damit auch substanzielle Erneuerung. Den Menschen müssen wieder die Ideale des Lebens zugängig gemacht werden. Je länger wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen, desto fataler wird uns einmal in absehbarer Zeit das Leben strafen: eine überalterte Gesellschaft der Greise, in der kein helles Kinderlachen mehr die Herzen der Menschen erfreuen wird.

Wir fordern:

♦ **Die sofortige uneingeschränkte finanzielle und ideelle Förderung der Familie,**

♦ **die Erziehung zur Gemeinschaft auf der Grundlage der natürlichen Gesetzmäßigkeiten,**

♦ **die Stellung der deutschen Frau und Mutter nicht nur per Gesetz, sondern vor allem ideell aufzuwerten und Jahre der Kindererziehung rentenrechtlich endlich den Berufstätigen gleichzustellen,**

♦ **drastische Mehrbelastungen für gewollt kinderlose Ehen,**

♦ **Die Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in erster Linie für Familien mit Kindern,**

♦ **den sofortigen Stop weiterer Einwanderungen und die schrittweise Rückführung aller hier lebenden Ausländer.**

Wir Deutsche brauche den Lebensraum in unserem Lande zuerst für uns!!!

Darum: FAP !

kurz notiert

Polizei schützt linke Krawalle beim „Tag der Heimat" in Berlin

Einige ältere Vertriebene, die am 4. September nach Berlin zum alljährlichen „Tag der Heimat" anrückten, sind um einige Erfahrungen reicher geworden, was das Verhalten der Berliner Polizei angeht.

Das bei solchen Treffen auch immer wieder ein jämmerliches Häuflein linker Krawllumpen auftaucht um ihren geistigen Müll zu verbreiten, ist nichts neues.

Das aber die Polizei junge deutsche Menschen, die eigens zum Schutz der älteren anreisten, ohne erkennbaren Grund des Platzes verwiesen und mehrere sogar in Untersuchungshaft steckte, ist neu. Selbst in Berlin.

Der perverse Polizeiapparat hatte wohl befohlen, an diesem Tage besonders „antifaschistisch" aufzutreten.

Allein der Tatsache, daß viele Vertriebene wohl aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters immer noch CDU wählen, ist es überhaupt zu verdanken, daß sie sich einmal im Jahr treffen dürfen. Ansonsten wäre diese Veranstaltung wohl auch von vermummten SEK-Einheiten aufgelöst worden.

Es könnte ja der „Rechtsstaat" angesichts solch massiven Auftretens der älteren Herrschaften ernstlich gefährdet werden...!? ***md***

Impressum

Der Aufbruch ist als Mitteilungsblatt der FAP für Mitteldeutschland kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen. Der auf der Vorderseite angegebene Preis ist der Selbstkostenpreis der Zeitung. Freiwillige Kostenerstattung und Spenden werden ausschließlich zur Verbesserung und Auflagensteigerung der Zeitung verwendet.

Herausgeber:
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Landesverband Berlin, Postfach 5, 13061 Berlin
V.i.S.d.P. Rudolf Schmitz
Auflage: 5000 (September 1994)
Für namentlich gekennzeichnete (auch Kürzel) Beiträge, sowie irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung.

Nacktes „Vorbild": *einfach ekelig!*

SPD geht in Berlin mit nacktem Jugendsenator auf Stimmenfang

Der noch amtierende Berliner Jugendsenator Thomas Krüger (SPD) possiert für alle Wähler sichtbar als Nackedei auf den Wahlkampfplakaten, um so für sich und seine Partei bei der nächsten Bundestagswahl zu werben.

Die textillosen Plakate kommen aber bei der Bevölkerung wenig an. Einfach zu geschmacklos, meinen die einen. Nackt macht mich nicht an, die anderen. Dabei wollte der Jugendsenator doch nur provozieren. Auch in Bonn, wie er sagt.

Jeder solle seine ehrliche Haut sehen und ihm sein Vertrauen schenken. Er habe nichts zu verbergen, so Krüger.

Wahrlich, zu verbergen hat er wahrhaftig nichts. Und mit seinem „Adonis-Körper" provoziert er allenfalls den Brechreiz seiner Beschauer.

Wie einfallslos, plump und geschmacklos die SPD insgesamt ist, dokumentiert sie mit diesem Mann auf einem einzigen Plakat. Eigentlich ist es eine Frechheit und Zumutung, soetwas öffentlich auszustellen.

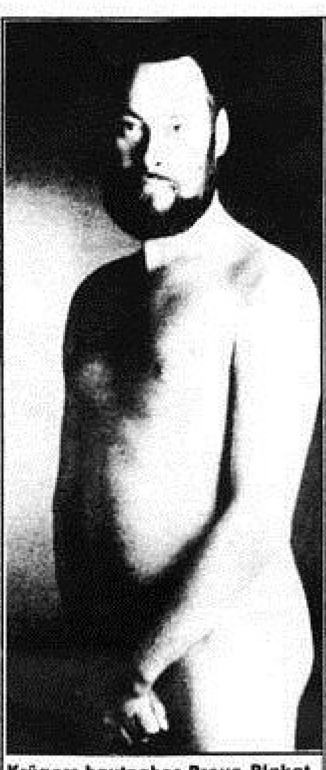
Das dieser Mann den Posten des Jugendsenators innehat, sich also innerhalb der Landesregierung um die Belange und Angelegenheiten der Jugend in dieser Stadt kümmern soll, ist bezeichnend. Wenn solch ein Typ eine Vorbildfunktion wahrnehmen soll, braucht sich niemand über die Auswüchse seiner Jugendpolitik zu wundern.

Berlins nackter Jugendsenator Thomas Krüger (SPD)

Ausländische Jugendbanden, Drogensüchtige, gewalttätige Schüler und asoziale Jugendliche in der Hausbesetzerszene gehen auf sein Konto. Die kleinen in den Kitas sind sein Lieblingsvorzeigeobjekt. Bei denen konnte er noch nicht so viel Unheil anrichten.

Aber wenigstens hat mal ein Politiker die Hüllen fallen lassen und seine wahre Persönlichkeit zur Schau gestellt.

Im Gegensatz zu Gysi oder gar Helmut Kohl dürfte der Herr Jugendsenator allerdings noch eine rechte Augenweide sein.



Krügers hautnahes Provo-Plakat

Die nackte Idee stammt allerdings nicht von Krüger selber, sondern von seinem Freund. Der „Werbeprofi" Hans-Joachim Ziemann (33) aus Friedrichshain zog seinen Freund nackt aus und fotografierte ihn.

Wie man hört, sollen noch weitere Nacktfotos existieren. Die allerdings liegen streng geheim in einem Tresor des Foto-Studios.

Wir können dem Herrn Krüger und seinem Freund nur danken für soviel Entgegenkommen. Endlich sehen die betroffenen Bürger den Mann, der für das Elend ihrer Schützlinge in der Stadt die politische Verantwortung trägt, so, wie er ist: unerträglich und einfach ekelig !

Kirchenasyl für Ausländer weitete sich aus

EKD sieht Abschiebung von Ausländern nicht als generell unmoralisch an



Trotz der zehn Thesen zum Kirchenasyl, die der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) kürzlich beschloß, breitet sich das sogenannte Kirchenasyl in Deutschland wie eine Krankheit aus.

Nicht die Kirche, sondern nur der Staat kann Asyl gewähren, konstatierte die EKD in ihrem Thesenpapier. Wer Flüchtlinge in rechtswidriger Form, etwa durch Verstekken vor Behörden, helfe, müsse das alleine verantworten, als persönliche Gewissensentscheidung. Nach dieser Erklärung handeln also die Gemeinden, die Asylanten verstecken, auf eigene Verantwortung und eindeutig rechtswidrig. Trotzdem aber unternimmt der Staat nichts, um der abzuschiebenden Personen habhaft zu werden und die verantwortlichen Helfer vor Gericht zu stellen. Es kann und darf nicht angehen, daß einzelne Gemeinden sich derart in die Interessen der Politik und der Gesellschaft einmischen; zumal sie auch gegen ihre eigene Kirchenführung handeln. Nichts ist schlimmer, als quasi autonome Heuchel-Christen, die den lieben Herrgott immer so auslegen, wie sie ihn gerade für ihre Interessen brauchen.

Politik und Wirtschaft - zwei getrennte Welten ?

Top-Manager der Wirtschaft als Schützenhelfer der Demokraten

Eine grundlegende wirtschaftliche und politische Erneuerung in Deutschland ist von diesen „Spizten-Typen" nicht zu erwarten

Die unheilige Allianz zwischen Politik und Wirtschaftsfunktionären bleibt im allgemeinen dem Bürger weitgehenst verborgen. Nur eine Minderheit der Top-Manager der deutschen Wirtschaft besitzen ein Parteibuch. Aber auch ohne Parteibuch ist bei vielen offenkundig, wo ihr Herz schlägt. Allen gemeinsam ist jedoch, daß keinem an einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsordnung zum allgemeinen Wohle gelegen ist. Wie **Hilmar Kopper (Deutsche Bank)** und Medienmogul **Leo Kirch** setzt die Mehrheit der Manager auf den Fortbestand der Bonner Regierungskoalition.

Wir möchten den Lesern nur einige der grauen Eminenzen im Hintergrund der Politik vorstellen. Denn um etwas zu verändern, muß ein jeder erst einmal erkennen, wer für das wirtschaftliche Desaster in dieser Republik die Verantwortung trägt.

DIE CDU-GARDE

Heinrich Kriwet	Heinrich Weiss	Klaus Asche	Jens Odewald	Jürgen Dormann	Hans Ch. v. Rohr	Heinrich v. Pierer
Der Thyssen-Chef wurde geistig geprägt von der liberalen Freiburger Schule um WALTER EUCKEN. Die kurze parteipolitische Karriere brach er schnell ab und wechselte in die Wirtschaft.	*Weil er bei Kohl wegen seiner kritischen Äußerungen in Ungnade viel, mußte er als Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zurücktreten.*	*Der neue BDI-Chef leitet unter anderem die Holsten-Brauerei. Er ist aktives CDU-Mitglied mit guten Kontakten zum SPD-Bürgermei-ster von Hamburg, Henning Vosche-rau.*	*Ein Manager mit politischen Visionen. Der Kohl-Vertraute überwacht die Treuhand-Arbeit, leitet den Kaufhof-Konzern und will in nächster Zeit endgültig in die Politik wechseln.*	*Der neue Hoechst-Chef trat 1968 in die CDU ein, weil er sich zu Marktwirtschaft und persönlicher Freihet bekennen wollte. Er war auch mal kommunalpolitisch aktiv.*	*Der Chef der Klöckner-Werke ist stellv. Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates und war wirtschaftspolitischer Sprecher in der Hamburger Bürgerschaft.*	*Der Siemens-Chef ist CSU-Mann. Er sitzt im Erlanger Stadtrat und kandidiert für die Bundestagswahl. Für Kohl ist er der Koordinator der wirtschaftlichen Interessen in Asien.*

DIE SPD-GARDE

Edzard Reuter	Friedel Neuber	Friedrich Hennemann	Ernst Pieper	Andreas Schleef	Fritz Ziegler	Richard Klein
Der Vorzeige-Sozialdemokrat wird immer wieder für einen politischen Posten gehandelt. Er ist Noch Daimler-Chef und Ratgeber führender SPD-Funktionäre.	*Der WestLB-Chef ist die Zentrale Figur von Ministerpräsident Johannes Rau, wenn es um Wirtschafts- und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen geht.*	*Ohne den früheren Bremer Finanzsenator und heutigen Vulkan-Chef läuft in der Werftindustrie und der Bremer Wirtschaft nichts.*	*Der ehemalige Preussag-Chef ist in Niedersachsen der Vertraute von Ministerpräsident Schröder und kümmert sich um die Flugzeugwartung in Lemswerder.*	*Der Audi-Personal-Chef gehört als Wirtschaftsminister zum Schattenkabinett der bayerischen SPD-Herausvorderung um Renate Schmidt, die Edmund Stoiber ablösen will.*	*Der heutige VEW-Chef im roten Dortmund war vor seiner Manager-Tätigkeit roter Regierungspräsident von Arnsberg.*	*Der rote Oberstadtdirektor von Duisburg wird Vorstand der RWE Energie. Bislang hatter nur einen Posten im RWE-Aufsichtsrat.*

FRECHHEIT: Bundesregierung streicht Schlechtwettergeld für Bauarbeiter

Wieder soll bei den einfachen Arbeitern gespart werden/Bundesweiter Arbeitskampf angekündigt/FAP kündigt Unterstützung des Arbeitskampfes an

Empörung und Wut unter den hart arbeitenden Bauarbeitern hat der Beschluß der Bundesregierung ausgelöst, das Schlechtwettergeld ab 1996 ersatzlos zu streichen. Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (IGBSE) will für den Erhalt des Schlechtwettergeldes notfalls auch in den Arbeitskampf ziehen. Die ersten Protest-Aktionen der Arbeiter fanden schon Anfang des Monats in fast 300 Städten statt.

Es ist für jeden arbeitenden Menschen langsam unerträglich, fast hilflos mitansehen zu müssen, wie dieser Staat die sauer und hart verdienten Groschen immer stärker aus der eigenen Tasche zieht. Gerade das Baugewerbe trägt mit seiner Arbeit entscheident für unsere Lebensgrundlage bei. Darum ist es für alle deutschen Arbeiter Pflicht, sich dem bevorstehenden Arbeitskampf anzuschließen und gegen die Bonner Ausplünderungspolitik zu Felde zu ziehen. Die **FAP** wird die deutsche Arbeiterschaft bei ihrem Kampf mit allen Mitteln unterstützen. Der deutsche Arbeiter leistet einen wesentlichen Anteil für die Lebensgrundlage unseres Volkes. Wir werden es nicht mehr länger zulassen, daß diese Menschen noch länger nur als Mittel zum Zweck der Wirtschaft und als Stimmvieh für die korrupten Demokraten mißbraucht werden!

Multi-Kulti-Gymnasium im sächsischen Waldenburg

Hier können Eltern ihre Kinder zu richtigen Weltbürgern und wurzellosen Egoisten erziehen lassen/So zerstört der Staat die Zukunft unseres Volkes



Der Neger Amadou Diallo aus Guinea unterrichtet als Fachlehrer im Euro-Gymnasium im sächsischen Waldenburg in den Fächern Englisch und Französisch.

Er ist nur einer der multikulturellen Fachkräfte, die das Land Sachsen auf unsere deutschen Kinder losläßt.

Sachsen macht Dampf! Im Mittelpunkt der Ausbildung an der ersten privaten gymnasialen Einrichtung in Sachsen, dem Eurogymnasium in Waldenburg, steht neben Fremdsprachen die multikulturell Erziehung auf dem Lehrplan. Lehrer aus aller Herren Länder werden auf deutsche Schüler losgelassen, um so bei den jüngsten schon jede nationale Bindung an die eigene Heimat und Kultur zu zerstören.

Diese Einrichtung soll das Abitur nach europäischer Norm ermöglichen. Das heißt, daß das Bildungsniveau im Vergleich zu den Anforderungen des deutschen Abiturs abgesenkt wird. Also werden die Schüler nicht nur umerzogen, sondern brauchen auch weniger zu lernen, werden weniger gefördert und ausgebildet.

Man muß sich schämen, daß solch eine Einrichtung auf deutschem Boden ohne nennbaren Widerstand aus der Bevölkerung überhaupt möglich wird.

Wir rufen alle verantwortungsbewußten Eltern auf, ihre Kinder nicht auf diese Schule zu schicken und diese Einrichtung mit allen Mitteln zu boykottieren! Weitere Schritte gegen diese Einrichtung werden gegenwärtig von uns geprüft!

Warum FAP ?

Weil Deutschland eine neue Kraft braucht, neue Ideen und neue Persönlichkeiten!
Weil deutsche Menschen Arbeit und bezahlbaren, lebensgerechten Wohnraum brauchen!
Weil deutsche Kinder nicht mehr von Sozialhilfe und auf den Straßen leben dürfen!
Weil unsere natürliche Umwelt in Gefahr ist!
Weil Meinungsfreiheit ein Grundrecht ist!
Weil wir alle verantwortlich für die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen sind!
Weil wir uns nicht kampflos dem moralischen und politischen Verfall ergeben dürfen!

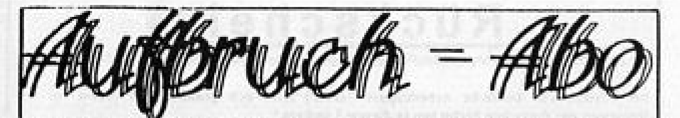
Deshalb brauchen wir die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei !

Wir leisten Widerstand gegen die, die unser Volk zerstören und uns die Zukunft rauben wollen!

Wenn Sie mehr erfahren wollen und den Aufbruch regelmäßig erhalten möchten schreiben sie an:

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
- Mitteldeutschland -
Postfach 5, 13061 Berlin

Name: ....
Vorname: ....
Ort: ....
Straße: ....
Alter: ....



Bestellschein

Zutreffendes bitte deutlich ankreuzen, vollständig in Druckbuchstaben ausfüllen und zurückschicken !

- ❑ **Ich möchte ab Januar 1994 für 25,-- DM den Aufbruch für ein halbes Jahr abonnieren.**

  Das Abo läuft automatisch ab, wenn ich nicht schriftlich meine Bestellung rechtzeitig vorher verlängere.
- ❑ **Ich bestelle ....Exemplare monatlich.**
- ❑ **Das Geld liegt bei.**
- ❑ **Der Scheck liegt bei.**

Name:

Vorname: .... **Alter:**..................

Straße:

Plz: **Wohnort:**......

Der *Aufbruch* erscheint pünktlich jeweils am 15. des Monats. Er berichtet über zeitgeschichtliche Vorgänge in Deutschland und versucht die Ursachen politischer Entscheidungen in diesem Staate aus nationaler und sozialer Sicht zu ergründen und zu kommentieren.

Somit kann das Wesen des *Aufbruch* nicht neutral sein, sondern ist subjektiv geprägt.

Der *Aufbruch* eignet sich hervorragend für alle die, die mehr wissen und verstehen wollen, denen blinder Konsumgeist und vorgefertigte Massenmedien-Meinungen nicht ausreichen.

Der *Aufbruch* versteht sich als Mitteilungsblatt einer nationalen Opposition in diesem Staate. Er wird vorwiegend in Mitteldeutschland verbreitet.

Der *Aufbruch* will nicht nur informieren, sondern durch gezielte Provokation die deutschen Menschen in unserem Lande zum Nachdenken und Hinterfragen scheinbarer Gegebenheiten anregen.

Der Aufbruch finanziert sich ausschließlich aus Spenden und ist kein gewerbliches Unternehmen.
Daher wird jede finanzielle Hilfe, sei sie auch noch so klein, dringend gebraucht!
- Wir arbeiten heute, damit Deutschland morgen eine Zukunft hat !!! -

Rückschein

Den Rückschein vollständig und sauber ausfüllen und zurückschicken !

Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) setzt sich grundsätzlich zuerst für die Interessen der deutschen Menschen in diesem Land ein !

Wir sind der Meinung, daß in der heutigen Zeit eine starke nationale Opposition von unten fehlt, um die Lebensinteressen unseres Volkes zu schützen.

Die herrschenden "Volksparteien" und ihre Wirtschaftsfunktionäre haben diesen Staat heruntergewirtschaftet und sind weder willens noch fähig, grundlegenden Veränderungen in unserem Heimatland Platz zu machen. Die Verquickungen von Wirtschafts- und Politikinteressen, sowie das Dogma der "Multikultur" lähmen die Handlungsfähigkeit des Staates; das gesamte demokratische System ist nicht mehr in der Lage unserem Volke eine lebensgerechte Zukunft zu garantieren.

Wir fordern:

- ***den Abwanderungstrend der deutschen Industrie in Billiglohnländer gesetzlich zu unterbinden,***
- ***daß Arbeitsplätze zuerst an Deutsche vergeben werden,***
- ***daß der Staat wieder finanzielle und soziale Anreize zur Förderung der deutschen Familie geben muß,***
- ***daß der Leitgedanke der nationlen Solidartät die Grundlage einer staatlich geförderten Jugend- und Ausbildungspolitik sein muß,***
- ***den Austritt der Bundesrpublik aus der Institution der EU und damit die Erhaltung und Stärkung der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sowie des deutschen Bauernstandes,***
- ***staatliche Wohnungsbauförderungsprogramme und eine gesetzliche Mietpreisbindung für jeden Wohnraum.***

Wir handeln heute, damit unsere Kinder morgen eine Zukunft haben !

- ❑ ***Ich möchte Mitglied werden***
- ❑ ***Ich möchte die Arbeit der FAP finanziell unterstützen***
- ❑ ***Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden***
- ❑ ***Ich möchte gegen eine Gebühr von 5,-- DM weiteres Info-Material***

Name: ____________________

Vorname: ____________________

Alter: ____________________

Straße: ____________________

Plz: ____________________

Wohnort: ____________________

Wir finanzieren uns selber, jede Geld- oder Sachspende ist ein Beitrag zur Sicherung der deutschen Zukunft! ***Deutsche, helft mit !!!***

Ausgefüllt einsenden an:

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
- Mitteldeutschland -
Postfach 5
13061 Berlin